



www.MinisterieVanPropaganda.org

WALTER ULBRICHT

ZUR GESCHICHTE
DER DEUTSCHEN
ARBEITERBEWEGUNG

AUS REDEN UND AUFSÄTZEN



Walter Ulbricht

WALTER ULBRICHT

ZUR GESCHICHTE
DER DEUTSCHEN
ARBEITERBEWEGUNG

AUS REDEN UND AUFSÄTZEN

BAND I: 1918—1933



DIETZ VERLAG BERLIN

1953

Mit 1 Faksimile und 12 Bildbeilagen

2. Auflage • 51.—80. Tausend

Copyright 1953 by Dietz Verlag GmbH, Berlin • Printed in Germany • Alle Rechte vorbehalten • Typographie: Dietz Entwurf • Einband: Hans Kurzhahn • Papierformat: 61X86 • Autorenbogen: 38 • Druckbogen: 42 • Lizenznummer 1 Satz: (III/9/1), Sächsische Zeitung, Dresden N 23, Riesaer Straße 32 953 14126
Druck: VEB Offizin Haag-Drugulin in Leipzig III/18/38

VORBEMERKUNG

Die Veröffentlichung der ausgewählten Reden und Schriften des Genossen Walter Ulbricht in drei Bänden erfolgt auf Beschluß des Politbüros der SED zum 60. Geburtstag des Generalsekretärs der Partei.

Die Werke erscheinen auf Vorschlag des Verfassers unter dem Gesamttitel „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“. Sie sind in doppeltem Sinne bedeutende Beiträge zu dieser Geschichte: als wissenschaftliche, marxistisch-leninistische Darstellung der wichtigsten Etappen der Geschichte der Arbeiterbewegung seit der Novemberrevolution 1918 und als Dokumente der aktiven Teilnahme des Genossen Ulbricht an der Gestaltung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und damit der deutschen Nation in den 45 Jahren seiner revolutionären Tätigkeit.

Band I enthält Arbeiten bis Februar 1933. Es sind Aufsätze, Broschüren, Reden gegen den deutschen Imperialismus und die Vorbereitung des Krieges, gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur, für ein sozialistisches Deutschland und für die Freundschaft des deutschen Volkes mit der Sowjetunion. Zahlreiche Schriften und Reden behandeln die Organisierung der Massenkämpfe, die Arbeit in den Gewerkschaften sowie politische und organisatorische Probleme der Schaffung einer marxistisch-leninistischen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse. Der I. Band endet mit einer Darstellung der Aufgaben, wie sie Ernst Thälmann, der Führer der deutschen Arbeiterklasse, in seiner letzten richtungweisenden Rede vor der KPD gestellt hat.

Band II umfaßt Arbeiten aus der Zeit von 1933 bis zur Gründung der SED. Sie geben den Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen den faschistischen Imperialismus wieder, den Kampf für die Schaffung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse, für den Zusammenschluß aller antifaschistischen Kräfte zum Sturz des Hitler-Regimes und für den Aufbau

eines einigen, demokratischen Deutschlands. Dieser Band enthält ferner wichtige Beiträge über die Arbeit unter den deutschen Soldaten und Offizieren für die Beendigung des verbrecherischen Hitlerkrieges. Aus der Zeit nach der Befreiung Deutschlands durch die heroische Sowjetarmee ist besonders die programmatische Rede vom 25. Juni 1945 hervorzuheben, in der der wegweisende Aufruf der KPD erläutert wird.

Band III enthält Arbeiten von der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bis zum III. Parteitag der SED im Sommer 1950. Unter ihnen befinden sich bedeutungsvolle Reden und Schriften über die Bodenreform, über den Zweijahresplan, über den Charakter der neuen, demokratischen Staatsverwaltung, über das Gesetz zur Förderung der Jugend sowie andere Beiträge zur Entwicklung des demokratischen Aufbaues in der sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. Dieser Band endet mit der Verkündung des Fünfjahresplans, der den ersten Abschnitt auf dem Wege zum Sozialismus bedeutet.

Die Arbeiten werden in chronologischer Reihenfolge veröffentlicht, mit Ausnahme von einigen später geschriebenen umfassenden wissenschaftlichen Abhandlungen zu einzelnen Etappen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Diese Arbeiten sind jeweils dem betreffenden Abschnitt eingefügt. Ein Teil der Reden und Schriften des Genossen Ulbricht ist gekürzt wiedergegeben.

Der Verfasser selbst hat an einigen Stellen Anmerkungen gemacht, die sich aus der späteren kritischen Überprüfung einiger Losungen der KPD von 1929 bis 1933 durch den VII. Weltkongreß und die Brüsseler Parteikonferenz der KPD ergaben.

Um dem Leser das Studium aller Schriften des Genossen Ulbricht zu erleichtern, wurde dem III. Band ein bibliographisches Verzeichnis der bis jetzt erfaßten Schriften angefügt.

Die Redaktionskommission

Die Novemberrevolution und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse in der Nachkriegskrise des deutschen Kapitalismus

1918—1923

Der Zusammenbruch Deutschlands im ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution

Die Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vom Beginn der Periode des Imperialismus bis zum Wendepunkt der Weltgeschichte — der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution — zu ziehen und die Wirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland zu studieren ist für den Kampf um Demokratie und Sozialismus von größter Bedeutung. Die Partei muß diese Fragen gegenwärtig besonders gründlich durcharbeiten, weil die Mehrzahl der Mitglieder in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands aus jüngeren Genossen besteht, die die großen Kämpfe der Vergangenheit nicht selbst erleben konnten. Andererseits sind die Lehren der Vergangenheit für den Teil der deutschen Arbeiterklasse, der in den westlichen Zonen lebt, von großer erzieherischer Bedeutung und eine große Hilfe in seinem Kampf für die Demokratie in Westdeutschland.

Nachfolgende Arbeit ist eine zusammenfassende Darstellung aus einer größeren wissenschaftlichen Arbeit über den Zusammenbruch Deutschlands und die Novemberrevolution, die ich nach Erscheinen der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang“ in den Jahren 1939 und 1940 ausgearbeitet habe. W. U.

Der falsche Weg der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg

Wie war die Lage um die Jahrhundertwende, als der Kapitalismus in sein höchstes Stadium, den Imperialismus, eingetreten war? Die Ablösung der freien Konkurrenz durch die Monopole, die Verschärfung der Klassengegensätze durch die Diktatur des Monopolkapitals und der Kampf der imperialistischen Großmächte um die Neuaufteilung der Welt bedeuteten, wie Lenin lehrt, daß der

„Imperialismus der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats ist“, und „daß es gerade infolge dieser Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus zu imperialistischen Kriegen kommt, die die Kräfte des Imperialismus schwächen und es möglich machen, die Front

des Imperialismus an dem Punkt zu durchbrechen, der sich als der schwächste erweist¹.

Lenin erkannte rechtzeitig, daß die Periode des Imperialismus die Periode des sterbenden Kapitalismus ist und daß damit die Periode gewaltiger Klassenkämpfe, Kriege und Revolutionen begonnen hat. In genialer Weise erklärte Lenin der Vorhut der Arbeiterklasse, daß es nunmehr gelte, eine revolutionäre Kampforganisation zu schaffen, die fähig ist, die Arbeiterklasse zur Erstürmung der kapitalistischen Festung zu führen. Lenin konzentrierte seine ganze Aufmerksamkeit auf die Schaffung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse und entwickelte die Theorie von der Partei neuen Typus. Er lehrte, daß die revolutionäre Partei die Hauptwaffe der Arbeiterklasse ist, der Stab zur Führung des Kampfes um die Eroberung der Macht durch das Proletariat.

Lenin half durch seine Kritik unmittelbar den Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampfe gegen den Opportunismus. Genosse Stalin schreibt darüber in seiner Arbeit „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“:

„Jeder Bolschewik, der wirklich Bolschewik ist, weiß, daß Lenin schon lange vor dem Kriege, etwa seit 1903—1904, als sich in Rußland die Gruppe der Bolschewiki herausbildete und als sich die Linken in der deutschen Sozialdemokratie zum ersten Male bemerkbar machten, eine Linie verfolgt hat, die auf den Bruch, die Spaltung mit den Opportunisten sowohl bei uns, in der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, wie auch dort, in der II. Internationale, im besonderen in der deutschen Sozialdemokratie, gerichtet war. Jeder Bolschewik weiß, daß sich gerade deswegen die Bolschewiki schon damals (1903—1905) in den Reihen der Opportunisten der II. Internationale den ehrenvollen Ruf von ‚Spaltern‘ und ‚Desorganisatoren‘ erwarben.“²

Die große internationale Bedeutung der Lehren Lenins für alle sozialdemokratischen Parteien des Westens hob Genosse Stalin in dem genannten Aufsatz durch folgende Charakteristik der Grundfragen des Kampfes gegen den Opportunismus in der Sozialdemokratie hervor:

¹ Siehe „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 211.

² J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 426/427.

„Jawohl, die russischen Bolschewiki stellten in den Vordergrund die Hauptfragen der russischen Revolution, wie die Fragen der Partei, der Stellung der Marxisten zur bürgerlich-demokratischen Revolution, des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, der Hegemonie des Proletariats, des parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfes, des Generalstreiks, des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische, der Diktatur des Proletariats, des Imperialismus, der Selbstbestimmung der Nationen, der Befreiungsbewegung der unterdrückten Nationen und der Kolonien, der Politik der Unterstützung dieser Bewegung usw. Sie stellten diese Fragen in den Vordergrund als den Prüfstein, an dem sie die revolutionäre Standhaftigkeit der linken Sozialdemokraten im Westen erprobten.“¹

Im Gegensatz zu Rußland bestanden in Deutschland zu Beginn der Periode des Imperialismus an der Jahrhundertwende bereits starke Organisationen der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und der Genossenschaften. In allen diesen Organisationen hatten aber die rechtsopportunistischen Kreise entscheidenden Einfluß. Die sozialdemokratische Parteiorganisation war ein Wahlverein, in dem die Ideologie der Überschätzung der Mitgliederzahl herrschte. Sie war orientiert auf die Erreichung höherer Stimmzahlen bei den Wahlen und die Durchsetzung friedlicher Reformen.

Bereits Anfang des Jahrhunderts wurde jedoch sichtbar, daß besonders in einem Lande wie Deutschland, wo das Großkapital mächtige Konzerne organisierte und der feudale Großgrundbesitz mit der imperialistischen Bourgeoisie verschmolz, die alten parlamentarischen und rein gewerkschaftlichen Kampfmethoden der Arbeiterbewegung nicht mehr genügten. Im Crimmitschauer Weberstreik des Jahres 1904 mußten sich die Arbeiter gegen die zunehmende Aggressivität der Unternehmerorganisationen zur Wehr setzen. Im Jahre 1905 proklamierten die Bergarbeiter des Ruhrgebiets den Generalstreik. Im Jahre 1906 führten die Arbeiter Hamburgs einen halbtägigen Generalstreik gegen die Wahlrechtsverschlechterung durch. Der Kampf um die Tarifverträge verschärfte sich. Wo die Arbeiter in gewohnter Weise am 1. Mai in den Streik traten, antworteten die Unternehmerorganisationen in vielen Betrieben mit der Aussperrung der Arbeiter.

¹ Ebenda, S. 432/433.

Die sich seit Beginn der imperialistischen Periode verschärfen- den Klassenkämpfe machten eine Organisation notwendig, die fähig war, unter diesen neuen Bedingungen die Arbeiterklasse zum Siege zu führen. *Die Schaffung einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse stand also in Deutschland wie in allen kapitalistischen Ländern auf der Tagesordnung.*

Die Führer der deutschen Sozialdemokratie verschwiegen jedoch die Lehre Lenins vor der deutschen Arbeiterklasse oder brachten seine Anschauungen den Mitgliedern in gefälschter Weise zur Kenntnis. Als unter dem Einfluß der russischen Revolution von 1905 unter der Führung von Rosa Luxemburg die Frage des politischen Massenstreiks in Deutschland gestellt wurde, kam es wohl zu Diskussionen, aber es gelang den Revisionisten in der Führung der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der Genossenschaften sowie den Zentristen um Kautsky, Beschlüsse für die Vorbereitung von Massenstreiks in Deutschland zu verhindern. Statt die Trennung von den Rechtsopportunisten durchzuführen und eine revolutionäre Kampfpartei zu schaffen, blieben die Linken im Interesse einer falsch verstandenen Einheit mit den Opportunisten zusammen in einer Partei, in der der Glaube an die Allmacht des Parlamentarismus, an die Mitgliederzahlen, an Vereinsbeiträge, Kontobücher, Arbeitersekretariate, Unterstützungssätze usw. herrschte. Die damalige einflußreiche Schicht in der deutschen Arbeiterbewegung wurde von Lenin während des ersten Weltkrieges treffend mit den Worten charakterisiert:

„Es ist eine ganze Gesellschaftsschicht von Parlamentariern, Journalisten, Beamten der Arbeiterbewegung, von privilegierten Angestellten und gewissen Kategorien des Proletariats herangewachsen, die mit ihrer nationalen Bourgeoisie verwachsen ist und die diese Bourgeoisie durchaus richtig einzuschätzen und sich ‚gefügig‘ zu machen verstanden hat. Man kann das Rad der Geschichte weder zurückdrehen noch aufhalten — man kann und muß furchtlos vorwärtsschreiten, von den vorbereitenden, legalen, im Opportunismus befangenen Organisationen der Arbeiterklasse zu revolutionären Organisationen, die es verstehen, sich *nicht* auf die Legalität zu beschränken, und die fähig sind, sich vor opportunistischem Verrat zu sichern...“¹

¹ W. I. Lenin, „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 56.

Das deutsche Monopolkapital verstand es, aus seinen Überprofiten eine kleine Oberschicht der Arbeiteraristokratie — Meister, Vorarbeiter, Kontrolleure usw. — zu korrumpieren, um sich diese dienstbar zu machen. Gleichzeitig wurden manchen sozialdemokratischen Führern und Gewerkschaftsführern solche materiellen Bedingungen geschaffen, die es der Bourgeoisie erleichterten, sie ideologisch zu beeinflussen und mit ihrer Hilfe die Theorie der friedlichen Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit in die Arbeiterklasse zu tragen. *Die deutsche Sozialdemokratie hoffte auf den friedlichen Übergang zum Sozialismus mit den Methoden der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie.*

Der offene Übergang der deutschen Sozialdemokratie in das Lager des kaiserlichen Imperialismus

Als sich im Juli 1914 die imperialistischen Gegensätze aufs äußerste zugespitzt hatten und der deutsche Imperialismus den Weltkrieg vom Zaun brach, wurde das politische Wesen der Arbeiterparteien in den einzelnen Ländern offen sichtbar. „Die Führer der sozialistischen Parteien gingen, das Proletariat vertratend, auf die Position des Sozialchauvinismus und der Verteidigung der imperialistischen Bourgeoisie über.“¹

Lenin und die Bolschewiki jedoch blieben den Beschlüssen der internationalen Kongresse der II. Internationale treu. Auf dem Internationalen Kongreß 1907 in Stuttgart war beschlossen worden:

„Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für eine *rasche Beendigung einzutreten* und mit *allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen* und dadurch *die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.*“²

Lenin und die Bolschewiki handelten nach diesen Beschlüssen wie auch nach denen des Internationalen Sozialistenkongresses von Basel im Jahre 1912. Die Bolschewiki gaben die Losung der

¹ „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 206.

² W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (Anhang), Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 140.

„Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ aus, das heißt, das revolutionäre Proletariat hatte die Pflicht, im imperialistischen Krieg alles zu tun, um die Niederlage der eigenen Bourgeoisie herbeizuführen, sie dadurch zu schwächen und die Gewehre gegen sie zu kehren, ihre Macht zu stürzen, den Krieg zu beenden und einen gerechten Frieden zu erreichen.

Die deutsche Sozialdemokratie ging jedoch am 4. August 1914 offen ins Lager des deutschen Imperialismus über, stimmte im Parlament für die Kriegskredite und erklärte sich für die Unterstützung des Krieges bis zum Siege. Karl Liebknecht und eine kleine Gruppe sozialdemokratischer Funktionäre nahmen den Kampf gegen die Politik des sozialdemokratischen Parteivorstandes auf, ohne jedoch sofort die Konsequenz zu ziehen, das heißt ohne sich von der verräterischen Sozialdemokratie zu trennen und eine neue, revolutionäre Partei der Arbeiterklasse zu schaffen. In den Thesen des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 16. September 1948 über die Novemberrevolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung heißt es darüber:

„Allein die Linken in der deutschen Sozialdemokratie blieben unter Führung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts dem internationalen Sozialismus treu. Während Liebknecht am 2. Dezember 1914 offen gegen die Kriegskredite stimmte, organisierten die Linken gleichzeitig den illegalen Kampf gegen den Krieg und sammelten unter den Losungen: ‚Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg‘, ‚Der Feind steht im eigenen Land‘ die Opposition in der Sozialdemokratie. Die ganze brutale Gewalt der Militärdiktatur richtete sich gegen diese heldenhaften Kämpfer gegen den Krieg, ohne sie in ihrem Kampfe zu entmutigen. Aber auch jetzt noch verzichteten die Linken auf die Organisation einer eigenen Partei. Sie schlossen sich lediglich im ‚Spartakusbund‘ zusammen, der als lose Gruppe der im Jahre 1917 entstandenen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) angehörte, in der neben aufrechten revolutionären Kämpfern auch zahlreiche unklare, schwankende und opportunistische Elemente vereinigt waren.“¹

Die deutschen Imperialisten, unterstützt von der Sozialdemokratie, hatten offen ihr Eroberungsprogramm verkündet, wozu ein Kreis deutscher Professoren die Begründung lieferte. Im

¹ „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 112/113.

April 1916 erklärte der damalige Reichskanzler Bethmann Hollweg im Reichstag, daß Deutschland Anspruch erhebe auf Belgien, auf das Erzbecken von Briey-Longwy und auf das Gebiet von der Ostsee bis zu den Wolhynischen Sümpfen, auf Polen, Litauen und Lettland.

Bereits 1916/1917 war es jedoch für die herrschenden Kreise des kaiserlichen Deutschlands offenkundig, daß der Krieg verloren war. Nachdem die Überraschungstaktik der deutschen Armee fehlgeschlagen war und hatte fehlschlagen müssen, wurde das wirtschaftliche und militärische Übergewicht der Ententemächte immer erdrückender. In dieser Situation stürzte in der Februarrevolution die russische Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern die zaristische Selbstherrschaft. Am 7. November 1917 ging das revolutionäre Proletariat Rußlands unter der Führung seiner bolschewistischen Partei, mit Lenin und Stalin an der Spitze, zum Aufstand gegen die Bourgeoisie und ihre Kerenski-Regierung über und eroberte die politische Macht. Der Spartakusbund schrieb in einem Flugblatt „An die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen“ über die russische Revolution:

„Die Arbeiterschaft war nie mächtiger als jetzt im Krieg, wenn sie geschlossen, solidarisch handelnd und kämpfend sich betätigt, die herrschende Klasse nie sterblicher. Die Herrschenden haben den Krieg zur Aufrechterhaltung und zum weiteren Ausbau ihrer Herrschaft entfesselt. Sie sind außerstande, den begonnenen Krieg zu beenden.

Nur die deutsche Revolution kann allen Völkern den heißersehten Frieden und die Freiheit bringen! Die siegreiche russische Revolution im Bunde mit der siegreichen deutschen Revolution sind unbesiegbar. Von dem Tage an, wo unter den revolutionären Schlägen des Proletariats die deutsche Regierung samt dem deutschen Militarismus zusammenbricht, beginnt ein neues Zeitalter, in dem Kriege, kapitalistische Ausbeutung und Bedrückung für immer verschwinden müssen.“

Die Wirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die Entwicklung in Deutschland

Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution stärkte die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse ungeheuer und gab ihnen Mut zur Verstärkung des Kampfes gegen

den Feind im eigenen Land, gegen die deutschen Imperialisten, die Kriegsinteressenten und Kriegsgewinnler. In den breitesten Kreisen des deutschen Volkes wuchs der Friedenswille.

Wiederum zeigte Lenin der deutschen Arbeiterklasse und den friedliebenden Kräften im deutschen Volk den Weg. Am 8. November 1917 übermittelte Lenin allen Regierungen und Völkern durch Funkspruch das *Angebot auf sofortigen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen*. Die Sowjetregierung war nicht nur bereit, sofort mit allen Völkern Frieden zu schließen, sondern auch, als England und Frankreich dazu nicht gewillt waren, sofort einen *Sonderfrieden mit Deutschland* abzuschließen.

Die Verkündung des Aufrufs für den sofortigen Frieden hatte in der aussichtslosen Lage, in der sich Deutschland bereits befand, eine große Wirkung auf das deutsche Volk. Entsprach doch ein demokratischer Friede ohne Annexionen und Kontributionen ebenso sehr den Interessen des deutschen wie denen des russischen Volkes.

In Auswirkung der Februarrevolution trat in Leipzig bereits im April 1917 die Mehrzahl der Arbeiter für die Erfüllung folgender Forderungen in den Streik: Verbesserung der Versorgung; Erklärung der Regierung zur völligen Bereitschaft, den Frieden zu schließen, und Verzicht auf jede offene oder versteckte Annexion; Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur sowie aller Beschränkungen des Vereinslebens und der Versammlungsfreiheit; Aufhebung des Gesetzes über den „Vaterländischen Hilfsdienst“; Freilassung der politischen Gefangenen; völlige Bürgerfreiheit und allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht in allen deutschen Ländern. Auch in Berlin und anderen Städten, besonders in den Großstädten, kam es zu Massenbewegungen, wobei von den Werktätigen ähnliche Forderungen gestellt wurden.

Das Charakteristische der damaligen Massenbewegung war die Forderung nach sofortigem Frieden. Die Regierung sollte angesichts der ausweglosen militärischen Lage auf jede Annexionsforderung verzichten. Statt dessen versuchten die Militärs durch eine Erfolgspropaganda den Eindruck zu erwecken, als ob noch eine militärische Wendung möglich sei. Es war von allen möglichen Offensiven an den Fronten die Rede, die allerdings in

der Regel nach mehreren Tagen, längstens nach einer Woche zusammenbrachen.

Die damalige Regierung gab auf das Friedensangebot der Sowjetregierung eine ausweichende Antwort. Die herrschenden Konzern- und Bankherren und Großgrundbesitzer gingen von ihren Raubinteressen aus, die im Gegensatz zu den nationalen Interessen des deutschen Volkes standen. Die deutschen Großgrundbesitzer wollten die eroberten Gebiete in Polen und in der Ukraine in ihren Händen behalten, und die Großindustriellen verlangten neue Rohstoffgebiete zur Ausbeutung.

Als die deutsche Delegation endlich zu Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland nach Brest-Litowsk fuhr, gab ihr Ludendorff mit auf den Weg, daß als deutsche Grenze der Fluß Pilica festgelegt werden müsse, das heißt, die deutsche Grenze sollte zwischen Lodz und Warschau verlaufen. Die deutschen Unterhändler gingen also nach Brest-Litowsk, um einen Gewaltfrieden zu diktieren. Ungeachtet dessen, daß Lenin und Stalin im Namen des Zentralkomitees darauf bestanden, selbst auf diese schweren Friedensbedingungen einzugehen, um nicht die Existenz der jungen Sowjetrepublik aufs Spiel zu setzen, setzte sich Trotzki als Leiter der Sowjetdelegation in Brest-Litowsk verräterisch über diese ausdrückliche Direktive hinweg. Hindenburg befahl die Weiterführung der Offensive für die Eroberungsziele des deutschen Imperialismus. Die deutschen Truppen drangen weiter in ukrainisches Gebiet ein. Erst am 22. Februar 1918 unterzeichnete die deutsche Regierung den zur Gewinnung einer Atempause von Lenin telegrafisch vorgeschlagenen Friedensvertrag, dessen Bedingungen noch drückender waren als die ursprünglichen.

Trotzdem forderte Lenin die russischen Werktätigen zur Unterstützung der deutschen Friedenskräfte auf. In seiner Rede zur Ratifizierung des Friedensvertrages am 14. März 1918 auf dem IV. Außerordentlichen Allrussischen Sowjetkongreß erklärte er:

„... kein einziger Vertreter der Werktätigen, kein einziger ehrlicher Arbeiter wird es ablehnen, die größten Opfer zur Unterstützung der sozialistischen Bewegung in Deutschland zu bringen, denn in dieser ganzen Zeit, an der Front, hat er unterscheiden gelernt zwischen den

deutschen Imperialisten und den von der deutschen Disziplin gepeinigten Soldaten, die zum größten Teil mit uns sympathisieren."¹

Entgegen den nationalen Interessen Deutschlands führten die herrschenden Kreise den Krieg weiter und beharrten auf ihren Raubforderungen. *Die Vertreter des deutschen Finanzkapitals glaubten, wenn sie eine aggressive Politik gegenüber Sowjetrußland durchführten, wenn sie sich als Bollwerk gegen den Bolschewismus betätigten, würden England, Amerika und Frankreich ihnen im Westen Entgegenkommen zeigen. Das Ergebnis dieser verhängnisvollen Politik jedoch war der Versailler Vertrag, mit dem Deutschland die Anbiederung der deutschen Regierung und der deutschen Militärs an die Westmächte sowie sein Anerbieten, als Schutzwall gegen den Sozialismus zu dienen, bezahlen mußte.*

An der Ostfront kamen die deutschen Truppen unter den Einfluß der Friedenspropaganda der Sowjetregierung. Sie setzten ihre Offiziere ab, wählten Arbeiter- und Soldatenräte und forderten sofortigen Friedensschluß. Zugleich beschleunigte das Weiterbestehen von mehreren Fronten den Zusammenbruch der deutschen Westfront, denn die Divisionen, die nach wie vor im Osten standen, fehlten an den anderen Fronten. Die Weiterführung der aggressiven Politik gegen Sowjetrußland führte zur Beschleunigung des Zusammenbruchs der Balkanfront und der Westfront. Die Niederlage war nicht mehr aufzuhalten.

„Während das Sowjetland für die neuen Kämpfe gegen die ausländische Intervention seine Vorbereitungen traf, spielten sich im Westen, im Hinterland und an den Fronten der kriegführenden Länder entscheidende Ereignisse ab. Deutschland und Österreich erstickten in den Fängen des Krieges und der Lebensmittelkrise.“²

Die Isolierung Deutschlands, die von den herrschenden Mächten des Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer hervorgerufen war, wurde offenbar. Lenin hat ein treffendes Bild des zusammenbrechenden deutschen Imperialismus gegeben:

„Diese Maschine (der Krieg von Millionen. W. U.) ist weiter gelaufen, als die deutschen Imperialisten selber gewollt haben, und hat

¹ W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXII, Zürich 1934, S. 441.

² „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 287.

sie zermalmt. Sie blieben im Sumpf stecken, sie gerieten in die Lage eines Menschen, der sich überfressen hat und eben dadurch seinem Untergang entgegengeht... Zuerst ist dieser (der deutsche Imperialismus. W. U.) über drei Viertel von Europa unglaublich angeschwollen und hat sich aufgebläht, dann aber ist er unter Zurücklassung eines fürchterlichen Gestanks geplatzt.“¹

*Das Anwachsen der Streikbewegung
und der Plan der deutschen Bourgeoisie,
auch in der Niederlage ihre Machtpositionen zu retten*

Auch im Hinterland tat die Friedenspropaganda der Sowjetregierung ihre Wirkung. In den großen Munitionsarbeiterstreiks in Berlin, in Mitteldeutschland, in West- und Süddeutschland kam der Wille der Arbeiterklasse nach sofortigem Frieden und Beseitigung der Regierung des Krieges zum Ausdruck.

„Der Zauber der russischen Revolution“, sagte Lenin in seinem Referat auf der Moskauer Gouvernementskonferenz der Betriebskomitees am 23. Juli 1918, „fand in einer höchst grandiosen Aktion der deutschen Arbeiter — der ersten während des Krieges — seinen Ausdruck. Sie reagierten auf die Brester Verhandlungen mit einem kolossalen Streik in Berlin und anderen Industriezentren. Diese Aktion des Proletariats in einem Lande, das von nationalistischem Taumel trunken und vom Gift des Chauvinismus berauscht ist, ist eine Tatsache von erstklassiger Wichtigkeit und bezeichnet einen Wendepunkt in den Stimmungen des deutschen Proletariats.“²

Die Führer der deutschen Sozialdemokratie, die Ebert & Co., hielten jedoch auch in dieser Situation das Versprechen, das sie der herrschenden Klasse Deutschlands am 4. August 1914 gegeben hatten. Sie unternahmen alles, um die großen Munitionsarbeiterstreiks abzuwürgen, und trugen damit die Hauptverantwortung für die unzähligen Opfer der Weiterführung des Krieges.

Die Fortsetzung des Krieges diente vom Standpunkt der herrschenden Klasse nur dem Zweck, einen solchen Übergang von der imperialistischen Eroberungspolitik zum Frieden zu

¹ W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXIII, Moskau 1940, S. 338/339.

² Ebenda, S. 185.

finden, der die Rettung der Machtpositionen des deutschen Monopol- und Bankkapitals und der Großgrundbesitzer ermöglichte. Aus den Methoden, mit denen die imperialistischen Machthaber angesichts der unvermeidlichen militärischen Niederlage Deutschlands ihre Macht zu retten suchten, lassen sich wichtige Lehren für das ganze deutsche Volk ziehen.

Die deutschen Konzernherren hatten sich rechtzeitig mit sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern und dem Sozialdemokraten Gustav Bauer in Verbindung gesetzt, um sozialpolitische Maßnahmen zu vereinbaren, die in der Arbeiterklasse den Eindruck einer demokratischen Umwälzung erwecken sollten. Karl Kautsky entwarf Vorschläge für eine „Übergangswirtschaft“, ohne daß die Machtpositionen des deutschen Finanzkapitals und der Großgrundbesitzer irgendwie angetastet wurden. Die Gewerkschaftsorganisationen überreichten am 30. Juni 1917 dem Bundesrat eine Petition, in der gefordert wurde, in das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft sowie in den Wirtschaftsausschuß im Reichsamt des Innern Vertreter der Gewerkschaften und der wichtigsten Industrie- und Gewerbegruppen zu berufen. Außerdem wurde für jede Provinz die Bildung eines Wirtschaftsamtes gefordert, dem in gleicher Zahl Vertreter der Unternehmer und der „Arbeitnehmer“ sowie der zuständigen Staatsregierung angehören sollten.

Dann wurden die Einrichtung von Massenspeisungen, Maßnahmen gegen Preissteigerung, Organisierung der Arbeitsvermittlung, Urlaub für die Kriegsteilnehmer in Kurorten und Erholungsheimen, Einstellung von Kriegsbeschädigten in den Betrieben, Schaffung amtlicher Schlichtungsstellen für die Beilegung von Streitigkeiten bei Tariffragen, Förderung der Bautätigkeit, besonders von „kleinen Wohnungen“, Maßnahmen zur „Ansiedlung von Kriegsbeschädigten“ usw. gefordert.

Durch solche Maßnahmen, die weder die Macht des deutschen Monopolkapitals noch die der Großgrundbesitzer beeinträchtigten, sollten die Arbeiter beruhigt, ihr Friedenswille betäubt und sie selbst zum Verzicht auf ihre revolutionären Kampf-forderungen — Liquidierung der Grundlagen der Herrschaft der imperialistischen Kriegsverbrecher, der kapitalistischen Konzerne, Banken und des Großgrundbesitzes — gebracht werden.

Es wurde ferner ein „Reichsarbeitsamt“ gebildet, das den Gewerkschaftsmitgliedern das volle Koalitions- und Mitbestimmungsrecht vortäuschen sollte.

Am 30. September 1918 wurde eine kaiserliche Botschaft veröffentlicht, in der heuchlerisch gesagt wurde, daß das deutsche Volk „wirksamer als bisher“ an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeiten solle. Um das System zu retten, wurde am 14. Oktober 1918 eine Regierungsumbildung durchgeführt, und die Sozialdemokraten Gustav Bauer, der zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, und Philipp Scheidemann wurden als Staatssekretäre in das Kabinett des neuen Kanzlers, des Prinzen Max von Baden, aufgenommen. Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Legien, erklärte ganz offen:

„Heute wie damals (August 1914. W. U.) haben die Gewerkschaften die Pflicht, sich der Landesverteidigung zur Verfügung zu stellen.“

Und der Staatssekretär des Äußeren, Hintze, gab zynisch zu, daß durch diese Maßnahmen „der Revolution von unten“ vorgebeugt werden sollte.

All diese Maßnahmen wurden am 4. November 1918 in einem Aufruf der Regierung des Prinzen Max von Baden als „Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat“ bezeichnet. Das Mitteilungsblatt der Generalkommission der Gewerkschaften brachte diesen Regierungsauftrag noch am 9. November 1918 in vollem Wortlaut mit zustimmendem Kommentar, worin der Wiederaufbau der Volkswirtschaft versprochen wurde, „damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, sich ihre und ihrer Familie Existenz wieder zu sichern“. Als „Erfolg“ der Gewerkschaften wurde besonders herausgestellt:

„Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren, jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiet sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt.“

So bezogen die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, die rechtssozialdemokratische Führung mit Ebert,

Scheidemann, Kautsky und die Arbeitgeberverbände — die Organisationen des deutschen Monopolkapitals — eine einheitliche Linie der „Übergangswirtschaft“, das heißt eines Übergangs von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft ohne Beseitigung der Macht der Kriegsverbrecher: der wilhelminischen Militärkamarilla, des Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer. Dieser Verrat der Führer der Sozialdemokratie und der Generalkommission der Gewerkschaften war die konsequente Fortsetzung des Verrats vom 4. August 1914.

Der Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Dr. Reichert, hat in einer Rede am 30. Dezember 1918 die Politik des deutschen Großkapitals wie folgt formuliert:

„Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren?“

Am 9. Oktober 1918 hatte im Stahlhof zu Düsseldorf eine Anzahl von Eisenindustriellen zusammengesessen und sich über diese Dinge unterhalten, und Dr. Reichert schilderte dann die Schlußfolgerungen, zu denen die Industriellen bereits damals gekommen waren:

„Einen überragenden Einfluß schien die organisierte Arbeiterschaft zu haben. Daraus zog man den Schluß: Inmitten der allgemeinen großen Unsicherheit, angesichts der wankenden Macht des Staates und der Regierung, gibt es für die Industrie nur auf seiten der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften.“

Um den Betrug an den Arbeitern zu gewährleisten und die Macht der Monopolisten zu retten, waren diese zu sozialpolitischen Konzessionen bereit, die sie letzten Endes wenig gekostet haben.

Die Novemberrevolution

Während die deutsche Bourgeoisie angesichts der bevorstehenden Niederlage alles unternahm, um die sozialdemokratischen Führer noch fester an sich zu binden, während gleichzeitig SPD- und Gewerkschaftsführung einen Übergang von ihrer Burg-

friedenspolitik im Eroberungskrieg zur Arbeitsgemeinschaftspolitik der Nachkriegszeit suchten, brachten die Massen der Arbeiter und Soldaten immer entschlossener ihre Forderung nach sofortigem Friedensschluß zum Ausdruck.

Am 1. Oktober 1918 fand die geschichtlich bedeutungsvolle Konferenz des Spartakusbundes statt, die die Arbeiterklasse zum Sturz der Regierung des Krieges aufrief. Der von der Oktoberkonferenz angenommene Aufruf enthielt folgende Forderungen:

1. Unverzügliche Freilassung der politischen Gefangenen.
2. Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.
3. Sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.
4. Annullierung der Kriegsanleihen.
5. Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten, wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung von Mindestlöhnen.
6. Enteignung des Großgrundbesitzes.
7. Übergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.
8. Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien u. a.

Wörtlich hieß es dann:

„Die Erreichung dieser Ziele bedeutet noch nicht die Erreichung aller Ziele, sie sind der Prüfstein dafür, ob die Demokratisierung, die die herrschenden Klassen und deren Agenten euch vorflunkern, echt ist. Der Kampf um die Demokratisierung gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz.“

Wir sehen, die Vertreter des Spartakusbundes riefen am 1. Oktober bereits zum revolutionären Kampf um die Enteignung der Konzernherren, der Kriegsschuldigen und der Großgrundbesitzer auf. Sie stellten richtig fest, daß die Beseitigung des Militarismus und die konsequente Demokratisierung nur erreicht werden können, wenn die Vorrechte und die Macht des Bank- und Konzernkapitals und des Großgrundbesitzes beseitigt werden.

Den Anlaß zur Volkserhebung gab der Befehl des Flottenkommandos vom 29. Oktober zum Auslaufen der gesamten Hochseeflotte. Diese sollte im Kampf gegen die englische Flotte „in Ehren untergehen“. Die Ausführung dieses Planes hätte nicht

Scheidemann, Kautsky und die Arbeitgeberverbände — die Organisationen des deutschen Monopolkapitals — eine einheitliche Linie der „Übergangswirtschaft“, das heißt eines Übergangs von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft ohne Beseitigung der Macht der Kriegsverbrecher: der wilhelminischen Militärkamarilla, des Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer. Dieser Verrat der Führer der Sozialdemokratie und der Generalkommission der Gewerkschaften war die konsequente Fortsetzung des Verrats vom 4. August 1914.

Der Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Dr. Reichert, hat in einer Rede am 30. Dezember 1918 die Politik des deutschen Großkapitals wie folgt formuliert:

„Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren?“

Am 9. Oktober 1918 hatte im Stahlhof zu Düsseldorf eine Anzahl von Eisenindustriellen zusammengesessen und sich über diese Dinge unterhalten, und Dr. Reichert schilderte dann die Schlußfolgerungen, zu denen die Industriellen bereits damals gekommen waren:

„Einen überragenden Einfluß schien die organisierte Arbeiterschaft zu haben. Daraus zog man den Schluß: Inmitten der allgemeinen großen Unsicherheit, angesichts der wankenden Macht des Staates und der Regierung, gibt es für die Industrie nur auf seiten der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften.“

Um den Betrug an den Arbeitern zu gewährleisten und die Macht der Monopolisten zu retten, waren diese zu sozialpolitischen Konzessionen bereit, die sie letzten Endes wenig gekostet haben.

Die Novemberrevolution

Während die deutsche Bourgeoisie angesichts der bevorstehenden Niederlage alles unternahm, um die sozialdemokratischen Führer noch fester an sich zu binden, während gleichzeitig SPD- und Gewerkschaftsführung einen Übergang von ihrer Burg-

friedenspolitik im Eroberungskrieg zur Arbeitsgemeinschaftspolitik der Nachkriegszeit suchten, brachten die Massen der Arbeiter und Soldaten immer entschlossener ihre Forderung nach sofortigem Friedensschluß zum Ausdruck.

Am 1. Oktober 1918 fand die geschichtlich bedeutungsvolle Konferenz des Spartakusbundes statt, die die Arbeiterklasse zum Sturz der Regierung des Krieges aufrief. Der von der Oktoberkonferenz angenommene Aufruf enthielt folgende Forderungen:

1. Unverzügliche Freilassung der politischen Gefangenen.
2. Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.
3. Sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.
4. Annullierung der Kriegsanleihen.
5. Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten, wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung von Mindestlöhnen.
6. Enteignung des Großgrundbesitzes.
7. Übergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.
8. Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien u. a.

Wörtlich hieß es dann:

„Die Erreichung dieser Ziele bedeutet noch nicht die Erreichung aller Ziele, sie sind der Prüfstein dafür, ob die Demokratisierung, die die herrschenden Klassen und deren Agenten euch vorflunkern, echt ist. Der Kampf um die Demokratisierung gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz.“

Wir sehen, die Vertreter des Spartakusbundes riefen am 1. Oktober bereits zum revolutionären Kampf um die Enteignung der Konzernherren, der Kriegsschuldigen und der Großgrundbesitzer auf. Sie stellten richtig fest, daß die Beseitigung des Militarismus und die konsequente Demokratisierung nur erreicht werden können, wenn die Vorrechte und die Macht des Bank- und Konzernkapitals und des Großgrundbesitzes beseitigt werden.

Den Anlaß zur Volkserhebung gab der Befehl des Flottenkommandos vom 29. Oktober zum Auslaufen der gesamten Hochseeflotte. Diese sollte im Kampf gegen die englische Flotte „in Ehren untergehen“. Die Ausführung dieses Planes hätte nicht

nur die Waffenstillstandsverhandlungen gestört, sondern die Völker, die den Frieden wollten, noch mehr gegen Deutschland aufgebracht. Die Matrosen weigerten sich auszufahren. Der Ausgangspunkt der Volksbewegung war also der Versuch des deutschen Generalstabes, den verlorenen Krieg weiterzuführen und dafür noch mehr Menschenleben zu opfern.

Unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bildeten die Matrosen in Kiel ihre Räte, welche innerhalb weniger Tage die gesamte Macht in Kiel in Händen hatten. Dadurch wurde die revolutionäre Hochspannung im Reiche noch mehr gesteigert. Die Revolution breitete sich schnell über den ganzen Norden Deutschlands aus. Die Regierung sandte den Sozialdemokraten Noske nach Kiel, der mit gewissen Zusagen, wie Amnestie und Verbesserung der Ernährungslage, die aufrührerischen Matrosen beruhigen sollte. Die Ereignisse hatten aber schon alles überholt. Die Matrosen selbst hatten ihre Forderungen mit revolutionären Mitteln durchgesetzt.

Unterdessen hatte die Idee der Räte immer mehr an Einfluß gewonnen. Fast ohne Schuß hatten sich in ganz Deutschland bis zum 8. November Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Nur Berlin blieb noch zurück. Berlin war durch den Militärapparat vom Reiche abgeschlossen. In der Hauptstadt war der ganze Machtapparat des kaiserlichen Reiches konzentriert. Hier befanden sich auch die Zentralinstanzen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, deren Führer alles unternahmen, um die revolutionäre Bewegung zu verhindern, denn sie selbst hatten bereits mit den Führern der Unternehmerverbände ihre Arbeitsgemeinschaft geschlossen. Die revolutionären Obleute in Berlin, die im Januarstreik 1918 und später von den Arbeitern gewählt worden waren, wurden von den Massen gedrängt, endlich zur Aktion zu schreiten. Die Mehrzahl ließ sich aber noch von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern zurückhalten.

Der Spartakusbund und die revolutionären Obleute riefen zum 9. November zum Generalstreik und zum bewaffneten Aufstand auf. Die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Konservativen, und die Sozialdemokraten forderten die Abdankung Wilhelms II. Erst als die Arbeiter der Großbetriebe, der Parole der revolutionären Obleute folgend, zum Zentrum der Stadt marschierten, zog

die Sozialdemokratie ihre Vertreter Scheidemann und Gustav Bauer aus der Regierung des Prinzen Max von Baden zurück. Prinz Max von Baden übergab Friedrich Ebert die Regierung, nachdem dieser zugesagt hatte, daß die Geschäfte im Rahmen der Reichsverfassung, das heißt der Verfassung des kaiserlichen Deutschlands, geführt würden. Im Lustgarten rief *Karl Liebknecht* die sozialistische Republik aus, während *Scheidemann* die „freie deutsche Republik“ verkündete. Die SPD hatte sich mit ihrer Losung der Republik so sehr verspätet, daß Scheidemann diese Erklärung improvisieren mußte, was der sozialdemokratische Journalist Stampfer später wie folgt erklärte:

„Scheidemann wollte die Parole der Republik nicht den weiter links stehenden Kreisen allein überlassen.“

Das Ergebnis der Volkserhebung war zunächst die Absetzung Wilhelms II. Das war leicht und unblutig erreicht worden: nicht mehr als 25 Tote hatte die Revolution gekostet. Die Massen waren über den leichten Sieg begeistert. Das war das Gefährliche. Die Situation wird am besten durch ein Wort von Karl Marx gekennzeichnet, der über die Februarrevolution von 1848 in Frankreich geschrieben hatte:

„Die Republik fand keinen Widerstand, weder von außen noch von innen. Damit war sie entwaffnet.“¹

Bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung forderten die Soldatenvertreter den Eintritt Karl Liebknechts in die Regierung. Sein Name sollte den Abschluß eines Waffenstillstandes beschleunigen helfen. Liebknecht forderte als Bedingung seines Eintritts in die Regierung, daß Deutschland als soziale Republik konstituiert wird, in der die gesamte beschließende und ausführende Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten liegt. Scheidemann antwortete im Namen der Sozialdemokratie, daß über das Ziel der Regierungspolitik — die Schaffung einer sozialen Republik — die konstituierende Versammlung zu entscheiden habe, das heißt, er verschob die Ent-

¹ Karl Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, in Marx/Engels, *Ausgewählte Schriften*, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 134.

scheidung über diese Lebensfrage des ganzen Volkes auf künftige Wahlen. Die weitere Forderung Liebknechts, daß die Macht in den Händen der Vertrauensmänner des werktätigen Volkes liegen müsse, lehnte die sozialdemokratische Führung ab.

Das Programm der Regierung Ebert-Scheidemann-Haase ging über soziale Reformen im Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung nicht hinaus. Die Forderungen auf Versammlungsfreiheit, Aufhebung der Zensur, Aufhebung des Gesetzes über den „Vaterländischen Hilfsdienst“ waren von den Werktätigen schon verwirklicht. Statt der Bodenreform, die eine Zuendeführung der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland bedeutet hätte, wurde nur die Aufhebung der Gesindeordnung gefordert. So konnte es kommen, daß nicht nur die alten feudalen Großgrundbesitzer im Besitze ihres Bodens und ihrer Macht blieben, sondern auch ihre Söhne zum großen Teil ihre Posten im Staatsapparat und in den Truppenteilen, die unter dem Kommando Hindenburgs standen, behielten.

So einig sich die Mehrheit der Arbeiterklasse und der Werktätigen über den Sturz Wilhelms II. war und so entschieden von der Mehrheit der Arbeiterklasse der Sozialismus gefordert wurde, so weit gingen die Meinungen über die Fundierung der errungenen Freiheiten und den Weg zum Sozialismus auseinander. Nachdem der deutsche Imperialismus die Nation in die furchtbare Katastrophe des Krieges geführt hatte und zum Hindernis der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Deutschlands geworden war, stand geschichtlich der Kampf um den Sozialismus auf der Tagesordnung. Das um so mehr, als die Große Sozialistische Oktoberrevolution gesiegt hatte und der Sieg einer Volksrevolution in Deutschland der einzige nationale Ausweg für das deutsche Volk war, der zugleich eine Stärkung der weltpolitischen Position des sozialistischen Sowjetrußlands bedeutete hätte.

Entsprechend den historischen Notwendigkeiten hatte der Spartakusbund im Programm vom 1. Oktober 1918 den Kampf um den Sturz der Macht des Monopolkapitals und die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution durch die Verwirklichung der Bodenreform und die Säuberung des Staatsapparates als nächste Aufgabe bezeichnet. Diese Politik des Spartakusbundes

entsprach der Lehre Lenins in seinen grundlegenden Werken „Was tun?“ und „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“.

„... der ist kein Sozialdemokrat“, sagte Lenin, „der in der Praxis vergißt... daß wir... verpflichtet sind, *vor dem ganzen Volke die allgemein demokratischen Aufgaben* darzulegen und hervorzuheben, ohne auch nur einen Augenblick lang unsere sozialistischen Überzeugungen zu verheimlichen. Der ist kein Sozialdemokrat, der in der Praxis seine Pflicht vergißt, in der Aufrollung, Zuspitzung und Lösung *jeder allgemein demokratischen Frage allen voranzugehen.*“¹

Das Zentralorgan des Spartakusbundes, „Die Rote Fahne“, schrieb am 10. November 1918:

„Diese Revolution muß nicht nur hinwegschwemmen alle Reste und Ruinen des Feudalismus, sie muß nicht nur brechen alle Zwingburgen des Junkertums... ihre Losung heißt nicht nur Republik, sondern *sozialistische Republik!* ... Noch stehen wir am Anfang dieses schwierigen ... Wegs. Nicht gilt es, sich vorschnell des errungenen Sieges zu freuen. Arbeiter und Soldaten! Organisiert euch, befestigt eure Macht! Behaltet die Waffen!“

Weiter stellte sie den revolutionären Arbeitern als wichtigste Aufgabe, *die Mehrheit in den Räten zu gewinnen für die Sicherung der Revolution, für die Säuberung des Staatsapparates und des Heeres von den Konterrevolutionären, für die Schaffung einer Roten Garde aus revolutionären Arbeitern, für die Enteignung der großkapitalistischen Kriegsverbrecher, der Fürsten und Generale und ihre gerichtliche Verurteilung, für die Kontrolle der Produktion durch die Räte und für das Hinaustragen der Revolution in das Dorf durch die Enteignung der Großagrarien und für die Beseitigung der feudalen Überreste mit Hilfe der Räte der Landarbeiter und der Kleinbauern.*

Aus Furcht vor den Massen gab die Sozialdemokratie die geringen demokratischen Errungenschaften der Novemberrevolution preis, indem sie sich unter der Führung von Friedrich Ebert mit Hindenburg verbündete und auf die militärische Macht der reaktionären Truppen stützte, während sie die Arbeiter durch die Einführung des Achtstundentages und einiger anderer

¹ W. I. Lenin, „Was tun?“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 121/122.

sozialer Reformen beschwichtigte. Diese sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer, die während des Krieges der Regierung Wilhelms II. treu gedient hatten, verzichteten sogar auf die Bodenreform, weil diese mit dem Bündnis Friedrich Eberts mit Hindenburg, dem Vertreter der militaristischen Großgrundbesitzer, nicht zu vereinbaren war.

Die Regierung Ebert-Scheidemann war auf der Vollversammlung der Räte gewählt worden, aber die Mehrheit der Mitglieder der Räte war in bürgerlich-parlamentarischen Illusionen befangen. Die Räte waren zwar ihrer Form nach von Sowjetrußland übernommen, hatten aber einen anderen Inhalt. Sie waren mehr Ordnungsorgane, die den Übergang von der Kriegsniederlage zum Frieden durchführen halfen. Nur ein Teil der Räte und ein Teil ihrer Mitglieder führten den Kampf gegen den alten reaktionären Staatsapparat, gegen die Herrschaft der Konzern- und Bankherren. Die Regierung sprach viel davon, daß „der Sozialismus marschiert“, aber sie führte nicht einmal die notwendigsten Maßnahmen zur Demokratisierung des Staatsapparates durch. Friedrich Ebert hatte ausdrücklich in seinem ersten Aufruf die alten Behörden ersucht, unter der neuen Regierung mitzuarbeiten. Die meisten Staatssekretäre der kaiserlichen Regierung blieben in ihren Ämtern und setzten ihre Tätigkeit in dem Bestreben fort, soviel wie möglich von den alten Zuständen zu erhalten.

Gegen den Willen der Regierung Ebert-Scheidemann-Haase und gegen den Willen des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer kämpften die Arbeiter in vielen Orten unter der Führung der Arbeiter- und Soldatenräte für eine entschiedene Demokratisierung. So wurden in Braunschweig die herzoglichen Güter und Ländereien vom Arbeiter- und Soldatenrat zum Eigentum des Braunschweiger Landes erklärt. In Leipzig und in anderen Großstädten übernahmen die Arbeiter- und Soldatenräte vollständig die Kontrolle der Verwaltung und besetzten die leitenden Funktionen neu. In Bremen wurden die alten Militaristen aus den Schulen entfernt, es wurde dort mit der Schulreform begonnen, und in die Polizei wurden zuverlässige Arbeiter eingestellt. In Braunschweig wurde eine neue Polizeiverwaltung aus Werktätigen geschaffen.

Die Arbeiter führten energisch den Kampf gegen die alten Reaktionäre. Es fehlte ihnen jedoch an einer zielbewußten Führung. Ebert wandte sich gegen die Säuberung der Verwaltung. Die Verständigung zwischen Ebert und Hindenburg, das heißt die Belassung der militärischen Macht in den Händen des deutschen Generalstabes, und die Verständigung zwischen dem Führer der Generalkommission der Gewerkschaften, Legien, und dem Konzernherrs Stinnes sicherten die Erhaltung der Macht der militaristischen Generale und der Konzernherren. Auf Anweisung von Ebert wurde in den Truppenteilen die Befehlsgewalt der alten reaktionären Offiziere wiederhergestellt. Den Räten wurde am 16. November das Recht auf Einmischung in die Tätigkeit der Gerichte abgesprochen. Einige Tage später wurde die Waffenabgabe befohlen. Das war die Entwaffnung der Werktätigen. Während reaktionäre Offiziersorganisationen, Freiwilligenformationen und reaktionäre „Ordnungswehren“ wie Pilze aus der Erde schossen und voll bewaffnet waren, wurde von den Arbeitern die Ablieferung der Waffen gefordert.

Das Zentralorgan des Spartakusbundes, „Die Rote Fahne“, mußte feststellen:

„Es sind bereits einige Tage ins Land gegangen, und bis heute wurde nichts getan, um die Macht der Kriegsschuldigen zu brechen, um die feudalen Überreste in Deutschland zu beseitigen.“

Am 11. November 1918 wurde der Waffenstillstand mit der Entente geschlossen. Es ist charakteristisch für die Ebert-Regierung, daß dabei vereinbart wurde, die deutschen Truppen hätten das sowjetisch-ukrainische Gebiet weiterhin besetzt zu halten. Außerdem wurden deutsche Truppen in das baltische Gebiet entsandt zur Entwaffnung und Niederschlagung der dortigen revolutionären Bewegung. Auch nach der Abdankung Wilhelms II. und der Errichtung der Republik blieb also die Position der deutschen Regierung antisowjetisch. Sie versuchte sich durch ihren Antibolschewismus bei den Westmächten anzubiedern, um bessere Friedensbedingungen zu erhalten, erreichte aber genau das Gegenteil. Sie demonstrierte nur die eigene Schwäche, statt die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu vertreten und bei dem Lande Rückhalt zu suchen, das einen konsequenten Kampf um Frieden und Fortschritt führte.

„Die Sozialisierung marschieret“

Die Massen wollten den Sozialismus. Sie wollten die alten Herren der Industrie und des Großgrundbesitzes enteignen. Diesen Stimmungen der Massen Rechnung tragend, entfaltete die Regierung eine breite Propaganda für die „Sozialisierung“. Sie bildete eine „Sozialisierungskommission“, die angeblich die Sozialisierung vorbereiten sollte. In dieser Kommission saßen die prominentesten Vertreter der Sozialdemokratie, unter anderen Kautsky, mit Vertretern der Industriellen zusammen. Das Wesen dieser Kommission drückte der „Vorwärts“ selbst sehr deutlich folgendermaßen aus:

„Aufgabe der Sozialisierungskommission wird es sein, von vornherein *beruhigend* zu wirken in dem Sinne, daß keine unvernünftigen Experimente zu befürchten sind und daß zumindest niemand einen Schaden davon haben wird, wenn er zunächst seiner vor dem Kriege gewohnten Beschäftigung wieder nachgeht. Sie wird sich des weiteren dessen bewußt sein müssen, daß zu jeder Nationalisierung, Verstaatlichung, Vergesellschaftung eine konstituierende Nation, ein *konstituierter Staat*, eine konstituierte Gesellschaft vorhanden sein muß, wie sie im Augenblick bei uns noch nicht bestehen. Die müssen erst wieder geschaffen werden, wenn wir festen Baugrund bekommen wollen.“¹

Die kapitalistischen Kreise, die während und kurz nach der Revolution von dem Drange der Massen nach Sozialisierung sehr beunruhigt waren, hatten sich schnell wieder beruhigt. Am 16. Dezember bereits schrieb in einem Börsenbericht die „Nationalzeitung“ unter anderem folgendes:

„Die schwersten Sorgen der Börse, das heißt die Gefahr des Bolschewismus und ebenso die Gefahr einer allgemeinen Sozialisierung der Industrie, dürfen heute als gänzlich überwunden angesehen werden.“²

Die „Sozialisierungskommission“ setzte ihre Untersuchungen über die Möglichkeit der Sozialisierung fort, mit dem Erfolg, daß kein einziger Konzern- oder Bankherr und kein einziger Großgrundbesitzer enteignet wurde.

Bei der Tätigkeit der sogenannten „Sozialisierungskommission“ konnte auch nichts herauskommen, denn angesichts der

¹ „Vorwärts“ vom 5. Dezember 1918.

² „Nationalzeitung“ vom 16. Dezember 1918.

Verbundenheit der Regierung Ebert-Scheidemann mit Hindenburg und den Arbeitgeberverbänden konnte nur nach Beseitigung der Regierung Ebert-Scheidemann und nach der Bildung einer Regierung des Volkes eine Sozialisierung durchgeführt werden. Die Mehrheit der Arbeiterklasse ließ sich damals betören. Sie verstand noch nicht, daß die Voraussetzung für den Sozialismus der Sturz der Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer war. Die Mehrheit der Arbeiterschaft war jahrzehntelang im Geiste der formalen bürgerlichen Demokratie, des Parlamentarismus, des Sammels von Stimmen erzogen worden. Sie richtete ihre Hoffnung auf die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung und verstand nicht, daß die Voraussetzung demokratischer Wahlen eine Änderung der realen Machtverhältnisse war. Das konnte nur durch den Kampf um die rücksichtslose Säuberung des Staatsapparates und die Enteignung der Konzern- und Bankherren und Großgrundbesitzer erreicht werden.

Die Verhinderung der Bodenreform

Die Regierung Ebert-Scheidemann unternahm im Bunde mit den Grundbesitzern in der Armee und im Reichslandbund alles, um die Ausdehnung der Revolution auf das Dorf zu verhindern. Die alten Kriegswirtschaftszentralen blieben bestehen. Die Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft wurde nicht aufgehoben. Kein Wunder, daß die werktätigen Bauern keine Sympathie für die neue Ordnung gewinnen konnten.

Viele Landarbeiter und werktätige Bauern waren bereit, den Kampf um die Bodenreform zu führen. In einigen Gebieten Deutschlands, zum Beispiel in Württemberg, kam es zwar zu Bauernbewegungen, die aber ohne Hilfe und ohne Führung durch die Arbeiterklasse blieben, so daß sie sich nicht zu größeren revolutionären Bewegungen entwickeln konnten. Die Hauptursache dafür war die falsche Einstellung der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu den werktätigen Bauern. Diese ideologischen Unklarheiten, das Unverständnis gegenüber der von unseren großen Lehrmeistern gelehrten Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit den Bauern verhinderten, daß die Arbei-

terklasse zur führenden Kraft wurde und Einfluß auf die Masse der Landarbeiter und werktätigen Bauern gewinnen konnte. Die sozialdemokratischen Führer traten mit der fadenscheinigen Begründung gegen die Agrarreform auf, daß dadurch die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung gefährdet würde. Um die Opposition unter den Landarbeitern und werktätigen Bauern abzulenken, gab die Regierung Ebert-Scheidemann die Anweisung, Bauernräte zu bilden, die dann auch von den Organisationsleitungen des Landbundes, das heißt von den Beauftragten der Junker, Großgrundbesitzer und Großbauern, vielfach geschaffen wurden.

Der erste Reichsrätekongreß

Während sich die konterrevolutionären Truppen formierten, die bürgerlichen Parteien sich reorganisierten und sich neue Namen gaben, ohne ihr politisches Wesen zu ändern, fanden die Vorbereitungen für den Reichsrätekongreß in Berlin statt. Die Regierung Ebert und die sozialdemokratische und Gewerkschaftsführung kämpften um die Mehrheit im Kongreß unter den Losungen:

Ruhe und Ordnung;
Friede und Arbeit;
Spartakus stört den Friedensschluß;
Sozialisierung ohne Störung der Wirtschaft u. ä.

Diesen Losungen stellte der Spartakusbund seine Losung der Fortsetzung des revolutionären Kampfes um die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte entgegen. Die organisatorische Schwäche des Spartakusbundes und ideologische Unklarheiten führten dazu, daß der Spartakusbund keinen breiten Einfluß auf die Wahl der Delegierten gewinnen konnte.

Am 16. Dezember 1918 trat in Berlin der Reichsrätekongreß zusammen. Zu dieser Zeit wirkten folgende politische Hauptkräfte:

der Spartakusbund und die links-unabhängigen Sozialdemokraten, die Vorhut der Arbeiterklasse, die die Forderungen vertraten: Alle Macht den Räten, Entwaffnung der Konterrevolution, Kampf um den Sozialismus;

die Regierung Ebert-Scheidemann, die von der Mehrheit der Arbeiterklasse unterstützt wurde. Sie sprach von Sozialisierung, aber sie führte den Kampf gegen links und nicht gegen die Konterrevolution;

die deutsche Bourgeoisie, die einerseits die Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften für sich benutzte und zugleich die halbfeudalen Offiziere, preußische Feldwebel und irreführte Soldaten zum militärischen Kampf gegen die Arbeiterklasse aufputschte und finanzierte;

die organisierte militärische Konterrevolution, die von der alten Offizierskaste geführt wurde und die in Freiwilligenverbänden zusammengefaßt war, in der Gardekavallerieschützendivision und anderen militärischen Formationen. Diesen Organisationen gehörten viele Leute an, die uns später unter dem Faschismus bekannt wurden, wie Killinger, General v. Epp und wie sie alle hießen, die damals an der Spitze der reaktionären Soldateska kämpften.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hatten auf dem Reichsrätekongreß kein Mandat. Während der ersten Sitzung marschierte eine riesige Arbeiterdemonstration (250 000 Teilnehmer) vor dem Kongreßgebäude auf und forderte eine einheitliche sozialistische Republik.

Die Mehrheit der Delegierten auf dem Rätekongreß war durch Versprechungen über „unverzügliche Sozialisierung“, durch den Antrag der Hamburger Delegierten auf „Entfernung aller Rangabzeichen und Verbot des außerdienstlichen Waffentragens“ usw. überzeugt, daß nunmehr die sozialistische Entwicklung in Deutschland garantiert sei. Die Delegierten erkannten nicht die Bedeutung des Paktes zwischen Ebert und Hindenburg sowie zwischen Legien und Stinnes. Sie waren so tief in bürgerlichen Staatsauffassungen befangen, daß sie nicht verstanden, daß sie durch ihren Beschluß auf Übertragung der vollziehenden und gesetzgebenden Gewalt an die Ebert-Regierung und die Nationalversammlung ihre Machtpositionen selber aufgaben und der Reaktion die Machtmittel in die Hand gaben, um die Durchführung der Beschlüsse des Rätekongresses zu verhindern. Die Soldaten waren begeistert, daß die Abschaffung der Achselstücke

und Seitengewehre beschlossen war, und sahen nicht den Aufmarsch der Freikorps, der Gardekavallerieschützendivision usw.

Entgegen dem Willen breiter Arbeitermassen beschloß der Kongreß die Übertragung der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt an die Regierung Ebert-Scheidemann und die Wahlen zur Nationalversammlung. Es war den sozialdemokratischen Führern mit Hilfe ihres Organisationsapparates, des Staatsapparates, des Sozialisierungsbetruges wie auch mit Hilfe der ewig schwankenden USPD-Führer gelungen, die Mehrheit in den Räten zu gewinnen. Die zentristischen USPD-Führer lähmten die Aktionskraft der Arbeiterklasse durch ihre kleinbürgerlichen Bemühungen um die Verkopplung der bürgerlichen Diktatur mit den Organen der Arbeiterklasse, den Räten, jedoch mit Räten, die weder gesetzgebende noch vollziehende Gewalt haben sollten.

Die Gewinnung der Masse der sozialistischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder erschwerte sich der Spartakusbund dadurch, daß er die in seinem Aufruf vom 1. Oktober 1918 aufgestellten demokratischen Forderungen, die unmittelbar die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution zum Ziel hatten, nicht in den Mittelpunkt des Massenkampfes stellte. Solche Forderungen waren: die Säuberung des Staatsapparates von den feudalen und militaristischen Kräften, die unverzügliche Enteignung der Konzern- und Bankherren, die Konfiskation der dynastischen Vermögen, die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Durchführung der Bodenreform, die Säuberung der Schulen von den alten Feldwebeln und Offizieren, die im kaiserlichen Deutschland als Lehrer angestellt worden waren. Das mangelhafte Verständnis für die Leninsche Lehre von den „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ erschwerte auch die Gewinnung der Mehrheit der Mitglieder der USPD.

Die Novemberrevolution blieb dadurch eine bürgerliche Revolution, durch die lediglich die Monarchie beseitigt und für die Werktätigen einige demokratische Rechte und sozialpolitische Verbesserungen erreicht wurden. An die Stelle der Monarchie trat die bürgerlich-demokratische Republik, in der — verschleiert durch den bürgerlichen Parlamentarismus unter sozialdemokratischer Führung — das Monopol- und Bankkapital und die Großgrundbesitzer weiterhin die Macht in Händen hatten. *Die Grund-*

aufgabe der Novemberrevolution: die Grundlagen des Imperialismus in Deutschland zu vernichten, den alten Staatsapparat zu zerschlagen und damit die Voraussetzungen für Demokratie und Sozialismus zu schaffen, wurde nicht gelöst. Indem der Rätekongreß die gesamte Gewalt an die Regierung Ebert-Scheidemann übergab und sich für sofortige Wahlen zur Nationalversammlung entschied, ohne daß durch die Säuberung des Staatsapparates, durch die Bodenreform und durch die Entmachtung der Kriegsverbrecher die Voraussetzungen für demokratische Wahlen geschaffen wurden, ermunterte er direkt die Konterrevolution. Das war der Beginn des schrittweisen Abbaus der demokratischen Errungenschaften, die sich die Arbeiterklasse am 9. November erkämpft hatte.

Durch den Beschluß der Mehrheit des Rätekongresses wurde die Grundfrage in der damaligen Situation: Vernichtung der Macht des deutschen Imperialismus, das heißt der deutschen Konzernherren, Bankherren, Großgrundbesitzer und ihrer Staatsmacht durch die Räte, oder Aufrechterhaltung dieser Macht unter bürgerlich-parlamentarischen Formen, zugunsten der alten monopolkapitalistischen Kräfte entschieden. Die Hauptverantwortung dafür trägt die deutsche Sozialdemokratie, die mit Hilfe ihrer Arbeitsgemeinschafts- und Koalitions politik die deutsche Arbeiterklasse spaltete und desorientierte.

Der Angriff der Konterrevolution

Nachdem der Rätekongreß, anstatt die Macht in seinen Händen zu konzentrieren, auf die Erfüllung dieser geschichtlichen Aufgabe verzichtet und seine Hoffnungen auf die Nationalversammlung gesetzt hatte, führte die Konterrevolution den Kampf mit allen militärischen Mitteln, um bis zur Nationalversammlung die revolutionären Kräfte niederzuwerfen. In den Weihnachtstagen 1918 versuchten die reaktionären Truppen des Generals Lequis, die Volksmarinedivision, die sich seit den Novembertagen in Berlin befand, zu entwaffnen. Die Arbeitermassen gingen auf die Straße und konnten die Durchführung des Putsches verhindern. Die Reaktion, mit der sozialdemokratischen Führung an der Spitze, führte eine wüste Mordhetze gegen Karl Lieb-

knecht, Rosa Luxemburg und die bewaffneten Formationen der Arbeiter und Soldaten in Berlin. Die Zusammenarbeit von Ebert-Scheidemann mit den konterrevolutionären Militärs veranlaßte Ende Dezember die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie, aus der Regierung auszutreten. An ihrer Stelle wurden Noske und Wissell Mitglieder dieser rein sozialdemokratischen Regierung.

In dieser für das ganze werktätige Volk und für Deutschland entscheidenden Situation fand vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) statt, nachdem das Programm des Spartakusbundes zur Vorbereitung dieses Parteitages am 14. Dezember in der „Roten Fahne“ veröffentlicht worden war. Die geschichtliche Bedeutung der Gründung der KPD, die infolge der verspäteten Trennung vom Opportunismus in der Zeit der schärfsten Kämpfe erfolgen mußte, besteht darin, daß damit der Grundstein für eine marxistisch-leninistische Partei und für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage gelegt wurde. In Deutschland war endlich eine revolutionäre Partei gegründet worden, die sich vom ersten Tage ihrer Existenz an in fester Freundschaft mit Sowjetrußland verbunden fühlte.

Auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) wurden die grundsätzlichen Fragen des Staates und des Sozialismus richtig beantwortet, aber der durch den abgrundtiefen Verrat der Sozialdemokratie hervorgerufene Haß und die Unkenntnis der Lehren von Lenin und Stalin ließen die Mehrheit der Delegierten nicht verstehen, daß als Hauptaufgabe der Kampf um die Gewinnung der Arbeiterklasse stand und daß es zur Lösung dieser Aufgabe notwendig war, den Kampf um die demokratischen Forderungen zu führen, die Arbeit in den Gewerkschaften zu organisieren und alle legalen Möglichkeiten, einschließlich des bürgerlichen Parlaments, auszunutzen. Gegen den Willen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde damals beschlossen, sich an den Wahlen zur Nationalversammlung nicht zu beteiligen.

Die Konterrevolution richtete ihren Hauptstoß gegen die bewaffneten Kräfte der Arbeiterklasse und sah in dem Berliner

Polizeipräsidenten Eichhorn, der der USPD angehörte, ein wesentliches Hindernis für die Durchführung der konterrevolutionären Pläne. Eichhorn hatte sein Mandat vom Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte erhalten. Die Sicherheitswehr — so nannte sich die Polizei — war zwar keine bewußt revolutionäre Kraft, ließ sich aber auch nicht gegen die revolutionären Volksmassen gebrauchen. Die sozialdemokratische preußische Regierung verfügte über den Kopf des Vollzugsrates hinweg die Absetzung Eichhorns. Die Berliner Obleute beschlossen am 4. Januar 1919, daß Eichhorn auf seinem Posten bleiben solle, und riefen zur Massendemonstration auf. Diese Riesendemonstration beherrschte am 5. Januar das Innere der Stadt. Später charakterisierte Noske in „Von Kiel bis Kapp“ selbst die Lage am 5. Januar wie folgt:

„Wenn die Scharen entschlossene, zielklare Führer gehabt hätten, an Stelle von Schwadronneuren, hätten sie am Mittag dieses Tages Berlin in der Hand gehabt.“

Die Arbeitermassen erkannten, daß die Absetzung des Polizeipräsidenten die Vorbereitung zur Auflösung der Sicherheitswehr sein sollte und gegen den Vollzugsrat der Arbeiter und Soldaten gerichtet war. Der Aufruf der revolutionären Obleute, der USPD-Leitung und des Spartakusbundes zur Massendemonstration und zum politischen Streik für die Rückgängigmachung der Absetzung Eichhorns, für die Entfernung der weißen Truppen Noskes und für die Bewaffnung des Proletariats war geschichtlich notwendig, denn das war die Bedingung für die Erhaltung der Errungenschaften der Novemberrevolution. Es war jedoch ein Fehler, daß das revolutionäre Komitee darüber hinaus zum Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann aufrief, weil dazu die Bedingungen noch nicht gegeben waren.

Die Feinde entsandten Provokateure in die Reihen der Sicherheitswehr und zwangen sie, an taktisch ungünstigen Punkten den bewaffneten Kampf zu führen. Der neueingesetzte sozialdemokratische Polizeipräsident Eugen Ernst erklärte später:

„Wir haben Spartakus zum früheren Losschlagen gezwungen. Sie (die revolutionären Arbeiter. W. U.) mußten angreifen, ehe sie es wollten, und wir waren deshalb in der Lage, ihnen zu begegnen.“

Die Regierung Ebert-Scheidemann nutzte das Schwanken der Führer der USPD aus und ließ Verhandlungen mit der USPD-Führung durchführen, um für die Heranführung der konterrevolutionären Truppen aus der Umgebung von Berlin Zeit zu gewinnen. Noske übernahm den Oberbefehl und rückte in Berlin ein. Obwohl die Führung der jungen Kommunistischen Partei, die erst wenige Tage vorher, am 31. Dezember 1918 und 1. Januar 1919, ihren Gründungsparteitag durchgeführt hatte, den Aufruf zum Aufstand für einen Fehler hielt, kämpfte sie mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Wilhelm Pieck an der Spitze heroisch in den Reihen der Vorhut der Arbeiterklasse.

Wenige Tage nach der Gründung der Kommunistischen Partei, am 15. Januar 1919, ermordeten die Noske-Truppen die Besten der deutschen Arbeiterklasse, den großen Vorkämpfer gegen den imperialistischen Krieg, Karl Liebknecht, die kühne Führerin des deutschen Proletariats, Rosa Luxemburg, und am 10. März 1919 den Organisator des illegalen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, Leo Jogiches. Wilhelm Pieck, der am 15. Januar mit verhaftet war, entging der geplanten Ermordung durch seine Flucht.

„Wie schwach die Revolution dort war“, heißt es in der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), „ist schon daraus ersichtlich, daß sie die straflose Ermordung so hervorragender Revolutionäre wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch deutsche Weißgardisten zuließ.“¹

Mit der Niederschlagung der Vorhut der Arbeiterklasse hatte die Reaktion ihr unmittelbares Ziel erreicht. Die Macht der Konzernherren und Großgrundbesitzer war gerettet und damit die Voraussetzung für die Nationalversammlung geschaffen. Die kapitalistischen Parteien erhielten bei den Wahlen am 19. Januar 1919 die Mehrheit.

Der Kampf in Berlin fand in ganz Deutschland seinen Widerhall. Es kam zu revolutionären Kämpfen im Rheinland, an der Ruhr und vor allem in Bremen. Der Kampf war nirgends einheitlich, er wurde nicht nach einem gemeinsamen Plan geführt; und so konnten die von dem Sozialdemokraten Noske komman-

¹ „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 289.

dierten, unter dem Kommando der feudalen Junker stehenden Truppen die revolutionären Arbeiter nacheinander niederschlugen. Die alten reaktionären Kräfte blieben in ihren Machtpositionen. Selbst das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“, mußte feststellen:

„Keinem dieser Schuldbeladenen ist nur ein Haar gekrümmt worden. Sie bewegen sich frei in unserer Mitte, schmieren ihre Zeitungen, in denen sie die Revolution und damit das deutsche Volk beschimpfen, und reden in Wählerversammlungen große Töne.“

Ergebnisse und Lehren der Novemberrevolution

Die Vorhut der Arbeiterklasse hat in der Novemberrevolution heroisch gekämpft. Dank ihrem Opfermut gelang es, eine Reihe demokratischer Forderungen der Arbeiterklasse und soziale Verbesserungen durchzusetzen. Die Novemberrevolution blieb jedoch eine bürgerliche Revolution, denn sie ließ die kapitalistische Klassenherrschaft bestehen. Es erfolgten nur Änderungen in der Herrschaftsform, indem an die Stelle der halbkonstitutionellen Monarchie die bürgerliche Demokratie trat.

Die Ursache dafür, daß es in der Novemberrevolution nicht gelang, die nationale und soziale Aufgabe, die Beseitigung der Herrschaft des deutschen Monopolkapitals, des Trägers des deutschen Imperialismus, zu erkämpfen, war das Fehlen einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse, einer Partei neuen Typus. Die Tatsache, daß die Trennung der revolutionären Kräfte von der reformistischen und chauvinistischen Sozialdemokratie weder vor dem ersten Weltkrieg noch während des Krieges erfolgt war, hatte zur Folge, daß erst nach Ausbruch der Novemberrevolution die Bildung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse erfolgte, und zwar erst, nachdem bereits auf dem ersten Rätekongreß die Mehrheit der Räte unter sozialdemokratischem Einfluß ihre revolutionären Aufgaben preisgegeben und die Zustimmung zur Einberufung der Nationalversammlung gegeben hatte.

Weil in Deutschland keine revolutionäre marxistische Partei bestand, deshalb war die Mehrheit der Arbeiterklasse 1918 noch

in bürgerlichen Vorurteilen befangen, von einem tiefen Respekt vor der kapitalistischen Staatsgewalt erfüllt und hatte die Hoffnung, mit Hilfe des Stimmzettels bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Macht des Monopolkapitals beseitigen zu können. Weil die Mehrheit der Arbeiterklasse keine richtige Einschätzung der Ursachen des imperialistischen Krieges, der Rolle des deutschen Imperialismus, der Funktion der kapitalistischen Staatsmacht als des Machtapparates des deutschen Finanzkapitals hatte, weil ihr das Bewußtsein von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und von der Notwendigkeit des Bündnisses mit den Bauern fehlte, deshalb blieb sie im Schlepptau der sozialdemokratischen Führer und ließ sich von Reden über „Sozialisierung“ irreführen.

Das Ergebnis des Verrats der deutschen Sozialdemokratie in der Novemberrevolution 1918 war folgerichtig, daß die demokratischen Errungenschaften schrittweise abgebaut und die Lasten des Krieges und des Versailler Vertrages auf das schaffende Volk abgewälzt wurden. Deutschland wurde von der Inflation und später von der tiefsten Krise erschüttert. Dieselben Konzern- und Bankherren, die im November 1918 von der Führung der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in ihren Machtpositionen belassen wurden, und die Offiziere, die im Januar 1919 unter dem Kommando Noskes die revolutionären Arbeiter niedergeschlagen hatten, bereiteten dann die offene faschistische Diktatur vor und trieben Deutschland in den zweiten Weltkrieg.

Es gab jedoch 1918 einen Ausweg, einen Weg, der zu Frieden und Aufstieg für das deutsche Volk geführt hätte. Das wäre die Annahme des Friedensangebotes Sowjetrußlands vom 8. November 1917 gewesen, die sofortige Beendigung des Eroberungskrieges im Osten durch den Sturz der Macht der Kriegsschuldigen, der deutschen Imperialisten. Dieser Weg hätte dem deutschen Volk das Versailler Diktat, Krisen, Arbeitslosigkeit, Faschismus und die Katastrophe des Hitlerkrieges erspart.

*Erstmalig erschienen in der „Einheit“,
Heft 11, November 1950.*

Die geschichtliche Rolle Karl Liebknechts

Karl Liebknecht! Dieser Name ist für Millionen friedliebender Menschen in der ganzen Welt ein Symbol des unerschrockenen, heldenhaften Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Sein „Nein!“ in der finstersten Nacht chauvinistischer Verhetzung hat die Ehre der deutschen Arbeiterbewegung gerettet.

Von Beginn seiner politischen Tätigkeit an führte er unermüdlich den Kampf gegen den Imperialismus und tat alles, um die Massen der Werktätigen, vor allem die Arbeiterjugend, für diesen Kampf zu mobilisieren.

„Dieser Name“, schrieb Lenin über Karl Liebknecht in seinem „Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas“, „ist das Symbol des wirklich wahren, des wirklich opferbereiten, schonungslosen Kampfes gegen den Kapitalismus. Dieser Name ist das Symbol des unversöhnlichen Kampfes gegen den Imperialismus nicht in Worten, sondern in der Tat, eines Kampfes, der gerade dann zu Opfern bereit ist, wenn das ‚eigene‘ Land von dem Rausch imperialistischer Siege erfaßt ist.“¹

So wie Ernst Thälmann in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg der deutschen Arbeiterklasse ein Führer war in ihrem Kampf gegen den schlimmsten Feind der Menschheit, den Imperialismus, so konsequent und hartnäckig war Karl Liebknecht der mahnende Rufer im Kampf gegen den deutschen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg und im Kriege.

Die Bedingungen dieses Kampfes waren unerhört schwer, denn der deutsche Imperialismus war der aggressivste, räuberischste und gewalttätigste Imperialismus. Die Ursache lag vor allem darin, daß das deutsche Kapital die Erde bereits aufgeteilt vorfand, als es sich anschickte, Absatzmärkte und Einflußsphären außerhalb Deutschlands zu erobern. Der Appetit der deutschen Im-

¹ W. I. Lenin, „Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas“, in Karl Liebknecht, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 41.

perialisten auf koloniale Extraprofite war auf Grund der schnellen industriellen Entwicklung Deutschlands besonders groß. Sie forderten daher einen „Platz an der Sonne“ und waren bereit, ihn mit allen Mitteln der Erpressung und des Krieges zu erzwingen und dabei jeden Widerstand im Innern zu unterdrücken.

Eine weitere Besonderheit des jungen deutschen Imperialismus bestand darin, daß er sich nicht nur auf die Bourgeoisie stützte, sondern auch auf die preußischen Junker, deren Lebens- element seit je Krieg, Plünderung und Eroberungen waren. Die Junker beherrschten im wilhelminischen Deutschland den Staats- apparat und damit das ganze öffentliche Leben. Das Heer hatten sie vollständig in ihrer Hand. Auf Grund ihrer Verfilzung mit dem Industrie- und Bankkapital bildeten sie mit der Großbour- geoisie einen reaktionären junkerlich-großkapitalistischen Block, der die gesamte Außen- und Innenpolitik Deutschlands auf den Weg des Eroberungskrieges führte.

Das gefährlichste Werkzeug des bürgerlich-junkerlichen deut- schen Imperialismus, seine stärkste Stütze war der Militarismus, der das gesamte öffentliche Leben verseuchte und dabei war, die militärischen Vorbereitungen für den Krieg um die Neuaufteilung der Welt zu treffen.

„Gewiß möchte“, schrieb Liebknecht 1907 in seinem bekannten Buch „Militarismus und Antimilitarismus“, „auch die herrschende Klasse des Kapitalismus ihre Profitinteressen ganz gern in voller Gemütlichkeit wahrnehmen. Da sich diese Gemütlichkeit aber weder mit der kapita- listischen Konkurrenz, der nationalen und internationalen, verträgt, noch auch dem Geschmack derjenigen dauernd entspricht, aus deren Haut der Kapitalismus Riemen schneidet, so errichtet der Kapitalismus zum Schutze der Lohnsklaverei um das Allerheiligste des Profits eine waffenstarrende, grausame Festung der Gewaltherrschaft.“¹

Unermüdlich wies Liebknecht darauf hin, daß die imperia- listische Eroberungspolitik die Existenz des ganzen Volkes ge- fährdet:

„Jene Politik dient mittelbar oder unmittelbar den Ausbeutungs- interessen der herrschenden Klassen des Kapitalismus. Sie sucht der regellos-wilden Produktion und der sinnlos-mörderischen Konkur-

¹ Karl Liebknecht, „Militarismus und Antimilitarismus“, Berlin 1907, S. 41/42.

renz des Kapitalismus mit mehr oder weniger Geschick über die Welt hinaus den Weg zu bereiten, indem sie alle kulturellen Pflichten gegen die minderentwickelten Völkerschaften niedertrampelt; und sie erreicht doch im Grunde genommen nichts, als eine wahnsinnige Gefährdung des ganzen Bestandes unserer Kultur durch die Heraufbeschwörung weltkriegerischer Verwicklungen.“¹

Auch andere Linke in der deutschen Sozialdemokratie haben immer wieder auf die großen Gefahren des waffenstrotzenden junkerlich-bourgeoisien Regimes hingewiesen, sie haben bei der Behandlung des Militärbudgets die skandalösen Zustände im Heer aufgedeckt und die kriegstreiberischen Machenschaften des führenden Klüngels entlarvt. Aber Karl Liebknecht ist der einzige gewesen, der verstand, daß es mit Protesten oder allgemeinen Erklärungen allein nicht getan ist.

Er erkannte frühzeitig, „daß die Arbeiterfeinde ihre Suppe mit Vorliebe am Feuer des beschränkten Chauvinismus kochen“ und daß „die militaristische Massensuggestion oder auch Massenpsychose“ eine große Gefahr für die Arbeiterklasse und das ganze Volk bedeutet. Deswegen setzte er sich hartnäckig für eine aufrüttelnde, unermüdliche Aufklärung der Massen über die volksfeindliche Rolle des Militarismus ein. „Sosehr wahr ist, daß die Entwicklung für uns arbeitet, so unwahr ist es, daß alles von selbst kommt“, warnte er vor dem Opportunismus der sozialdemokratischen Parteiführung, die zwar von der Gefahr eines Weltkrieges sprach, aber nichts tat, um ihn zu verhindern. Es verging seit 1904 fast kein Parteitag, wo Liebknecht nicht seine Forderung nach einer besonderen Propaganda gegen den preußisch-deutschen Imperialismus wiederholt hätte. Für ihn war der Kampf gegen den Militarismus eine Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung von nationaler Bedeutung, die der Erhaltung des Friedens diente:

„So wahr aber der Völkerfriede im Interesse des internationalen Proletariats und darüber hinaus im Kulturinteresse der gesamten Menschheit liegt, so wahr ist der Kampf gegen den Militarismus, der da alles in allem gleich ist der Völkerverhetzung, der Summe und dem Extrakt aller friedensstörenden Tendenzen des Kapitalismus, kurzum,

¹ Ebenda, S. 13.

der da die ernste Gefahr des Weltkrieges ist, ein Kulturkampf, den zu führen das Proletariat stolz ist, den es in seinem ureigensten Interesse führen muß und den zu führen keine andere Klasse als solche . . . ein nur entfernt ebenso großes Interesse besitzt.“¹

Die kompakte Mehrheit der Reformisten in der Parteiführung war entschieden gegen die besondere Bekämpfung des Militarismus, Liebknecht dagegen hatte die Bedeutung des Kampfes gegen den Militarismus als Teil des antiimperialistischen Kampfes erkannt. Darum beschränkte er sich nicht auf die Appellationen an die sozialdemokratische Parteiführung, sondern wandte sich direkt an den Teil des Volkes, der von der Militärkamarilla dazu ausersehen war, einmal auf seine Väter und Mütter schießen zu müssen, an die arbeitende Jugend.

Gegen den Willen des Parteivorstandes förderte er die Bildung selbständiger proletarischer Jugendorganisationen und zeigte der Jugend den Weg des Kampfes gegen Militarismus und Krieg. Er war der Begründer der sozialistischen Jugendinternationale, deren Anhänger nach Ausbruch des Weltkrieges in der ersten Reihe der Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg stritten. Im Reichstag setzte er sich immer wieder für die Interessen der arbeitenden Jugend ein und kämpfte gegen ihre Rechtlosmachung. Mit der ganzen Schärfe seines Geistes entlarvte er bei jeder Gelegenheit, daß alle jugendpflegerischen Maßnahmen der reaktionären Regierung, aber auch die Heuchelei der Kirche, nur das eine Ziel haben: aus den Kindern der arbeitenden Bevölkerung willfähige Soldaten für die Interessen der herrschenden Klassen zu machen.

Die Geschichte hat bewiesen, wie richtig und notwendig der Kampf Karl Liebknechts gegen die Kriegspolitik der herrschenden feudal-imperialistischen Clique war. Karl Liebknecht schrieb den imperialistischen Kriegsinteressenten à la Krupp bereits 1913 ins Stammbuch:

„Brutal, robust, voll zynischen Hohns gegen alle Argumente und Methoden einer sozusagen feineren Gesittung, wie der Militarismus selbst, diese konzentrierte, systematisierte Roheit der Gewalttätigkeit — so ist die Rüstungsindustrie . . . Und nicht gedeihend bei Glück, Freiheit und Frieden der Völker, sondern bei Zwietracht, Kriegsgefahr,

¹ Ebenda, S. 67.

Krieg, die ihre Nahrung bilden: je mehr Völkerhaß, um so mehr Profit!"¹

Karl Liebknecht zeigt uns, wie jede Möglichkeit ergriffen werden muß, um das Volk unermüdlich über die Kriegstreibereien der profitgierigen Imperialisten aufzuklären. Da Presse- und Versammlungsfreiheit immer wieder beschnitten wurden, benutzte er vor allem die Reichstagstribüne, um das antinationale Treiben des Rüstungskapitals zu brandmarken. So entlarvte er kurz vor dem Kriege den Kanonenkönig Krupp, der hohe Beamte und Offiziere bestochen hatte, um militärische Geheimnisse zu erschleichen und mit ihrer Hilfe eine nationalistische Propaganda für die Erweiterung des Heeresbudgets zu betreiben.

An Hand dieses Beispiels entlarvte Liebknecht die Versippung von Rüstungskapital und Staatsapparat im imperialistischen Deutschland, wies aber auch die Verflechtung des deutschen mit dem ausländischen Rüstungskapital nach. Er verstand, daß der Krieg vor seinem Ausbruch verhindert werden muß. Darum mahnte er die Partei schon 1907, den Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr bewußt und planmäßig zu organisieren.

„Oder soll sich“, so fragte er, „... die deutsche Sozialdemokratie, die deutsche Arbeiterbewegung, die Kerntuppe und Elite der neuen Internationale, wie sie sich so gern preisen hört, in allzu großer Vorsicht oder Vertrauensseligkeit dieser Aufgabe solange verschließen... bis sie ungenügend gerüstet vor der bei Anspannung aller Kräfte und Kampfmethoden in gewissem Maße vermeidlichen Tatsache eines Weltkrieges... steht, für die sie dann die Verantwortung mit zu tragen hätte?“²

Karl Liebknecht stand damals fast allein, und so konnte sein unermüdlicher und furchtloser Kampf den Krieg nicht verhindern. Uns aber lehrt er, wieviel Hartnäckigkeit und Geschicklichkeit der Kampf für den Frieden erfordert, wie konkret die Propaganda gegen den Krieg sein muß und wie sie entsprechend den Bedingungen differenziert werden muß.

Im August 1914 trat ein, was Karl Liebknecht seit Jahren befürchtet hatte: die deutschen Imperialisten hielten den Augenblick für gekommen, den seit langem vorbereiteten Krieg um die Neu-

¹ Karl Liebknecht, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, S. 227/228.

² Ebenda, S. 121/122.

aufteilung der Welt vom Zaun zu brechen. Wie Liebknecht vorausgesehen hatte, fiel eine schwere Mitschuld dafür auf die Sozialdemokratie. Ebert, Scheidemann, Noske usw. gingen mit fliegenden Fahnen offen ins Lager des kaiserlichen Imperialismus über. Liebknecht jedoch blieb seiner Gesinnung treu. In der Reichstagsfraktion trat er sofort gegen die Bewilligung der Kriegskredite auf, fügte sich aber zunächst der Mehrheit. Bald zerstörte das Verhalten der sozial-chauvinistischen Parteiführung seine letzten Hoffnungen auf einen Wandel ihrer Politik, und er begann zusammen mit Rosa Luxemburg, Franz Mehring u. a. den Kampf gegen die Parteileitung. Bei der nächsten Abstimmung über die Kriegskredite im Reichstag, am 2. Dezember 1914, lehnte Karl Liebknecht als einziger die Kredite ab und deckte in einer Erklärung vor dem Reichstag die wahren Hintergründe des Krieges auf.

„Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg“, heißt es darin, „und zwar besonders auch auf deutscher Seite, mit dem Ziel von Eroberungen großen Stils.“¹

Liebknecht bewies durch sein Auftreten, daß er der größte Patriot des deutschen Volkes war. Oder konnte es eine größere patriotische Tat geben als die, sein Volk vor dem Grauen des Völkermordens zu retten? Welcher Mut dazu gehörte, als einziger unter Millionen von Chauvinismus und Siegesmeldungen trunkener „Vaterlandsverteidiger“ seine Stimme für die Beendigung des Krieges zu erheben, zeigt die Tatsache, daß selbst seine besten Freunde und Gesinnungsgenossen — Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Karski — ihm noch einen Tag vor der Abstimmung davon abrieten, als einzelner gegen die Kriegskredite zu stimmen, da sie fürchteten, daß seine Stimme untergehen und das Opfer sinnlos sein würde.

- In einem hatten seine Freunde recht: Die ganze brutale Gewalt der Militärdiktatur richtete sich nunmehr gegen die Gruppe der Linken. Karl Liebknecht wurde als Armierungssoldat eingezogen. Rosa Luxemburg wurde verhaftet. Liebknecht wurde als ausländischer Agent bezeichnet und als Vaterlandsverräter verleumdet. Den klassenbewußten Arbeitern aber und den Werktätigen, die angesichts der Kriegspolitik der sozial-chauvinistischen Partei-

¹ Karl Liebknecht, Reden und Aufsätze, Berlin 1921, S. 133.

führung unsicher geworden waren, gab Liebknechts Auftreten Mut und neue Zuversicht.

Liebknecht war in seinem Kampf unermüdlich. Seine Reichstagserklärung wurde als illegales Flugblatt verbreitet. Bereits im Mai 1915 hämmerte er den Arbeitern ein: „Der Feind steht im eigenen Land!“ Am 1. Januar 1916 versammelte Karl Liebknecht die Kämpfer der Gruppe „Internationale“, um den Spartakusbund zu gründen. Über die geschichtliche Bedeutung dieser Gründung schrieb Lenin in seinem „Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas“:

„Mit Liebknecht und den Spartakusleuten geht alles, was unter den Sozialisten Deutschlands ehrlich und wirklich revolutionär geblieben, alles, was an Bestem und Überzeugtem im Proletariat vorhanden ist, die gesamten Massen der Ausgebeuteten, unter denen die Empörung brodelte und die Bereitschaft zur Revolution wächst.“¹

Immer wieder forderte Liebknecht in Wort und Schrift zur revolutionären Beendigung des Krieges auf. Am 1. Mai 1916 trat er auf der ersten großen Massendemonstration auf dem Potsdamer Platz auf. Klar und eindeutig zeigte er den lauschenden Massen, wer die eigentlichen Kriegsinteressenten sind:

„Und zu wessen Nutz und Frommen, zu welchem Zweck all diese Schrecken und Bestialitäten? Damit die ostelbischen Junker und die mit ihnen versippten kapitalistischen Profitmacher durch Unterjochung und Ausbeutung neuer Länder ihre Taschen füllen können. Damit die Scharfmacher von der Schwerindustrie, die Heereslieferanten von den blutigen Leichenfeldern goldene Ernten in die Scheunen schleppen. Damit Börsenjobber mit Kriegsanleihen Wuchergeschäfte treiben. Damit Lebensmittelspekulanten sich auf Kosten des hungernden Volkes mästen. Damit der Militarismus, die Monarchie, die schwärzeste Reaktion in Deutschland zur nie dagewesenen Macht, zur ungeteilten Herrschaft emporsteigen.“²

Er beendete seine Rede mit dem Ruf: „Nieder mit der Regierung! Nieder mit dem Krieg!“ Karl Liebknecht wurde verhaftet. Die Klassenjustiz verurteilte den Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht zu langer Zuchthausstrafe, aber seine Stimme war

¹ W. I. Lenin, „Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas“, in Karl Liebknecht, *Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze*, S. 41.

² Karl Liebknecht, *Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze*, S. 398/399.

nicht zum Schweigen zu bringen. Aus dem Zuchthaus heraus schickte er heimlich seine Beiträge für die „Spartakusbriefe“, für die „Jugendinternationale“, für Flugblätter und Aufrufe.

Den größten Einfluß auf Karl Liebknecht hatte der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland. Karl Liebknecht war sich der weltgeschichtlichen Wende, die das russische Proletariat damit erkämpft hatte, sofort bewußt. Der Sieg der Bolschewiki gab ihm neue Kraft und Siegeszuversicht für den Kampf gegen die deutschen Kriegsverbrecher. Karl Liebknecht fühlte sich stets aufs engste mit Lenin und der bolschewistischen Partei verbunden, die der deutschen Arbeiterklasse gezeigt hat, wie man siegt.

Die Novemberrevolution befreite Karl Liebknecht aus dem Zuchthaus. Am 9. November rief er im Lustgarten die deutsche sozialistische Republik aus, die aber mit Hilfe der Noskegardien blutig erstickt wurde. Karl Liebknecht war es, der bereits am 10. November 1918 die engste Freundschaft mit Sowjetrußland forderte und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorschlug.

Die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse hat in der Novemberrevolution heroisch gekämpft. Ihrem Opfermut gelang es, eine Reihe demokratischer Forderungen und verschiedene soziale Verbesserungen durchzusetzen. Die Novemberrevolution blieb jedoch eine bürgerliche Revolution, denn sie ließ die kapitalistische Klassenherrschaft bestehen. Das hatte seine Hauptursache darin, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse noch in bürgerlichen Vorurteilen befangen war und glaubte, mit Hilfe des Stimmzettels könne sie die Macht des Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer beseitigen. Von der Novemberrevolution wurde die geschichtliche Aufgabe des Sturzes der Macht des deutschen Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer und die Zerschlagung ihres Staatsapparates nicht gelöst, weil es noch keine revolutionäre Arbeiterpartei von neuem Typus gab, die imstande gewesen wäre, die Massen aus dem Einfluß der sozialchauvinistischen Führer zu befreien. Jetzt rächte sich die Unterschätzung der Rolle der Partei durch die Linken, die bis Dezember 1918 mit den rechten Sozialdemokraten und Kautskyanern in einer Partei geblieben waren.

„Eine wirklich revolutionäre Partei“, schrieb Lenin, „hatten die deutschen Arbeiter im Augenblick der Krise noch nicht, infolge der zu spät gekommenen Spaltung, infolge des Druckes der verfluchten Tradition der ‚Einheit‘ mit der korrupten... und charakterlosen... Bande der Lakaien des Kapitals.“¹

„Trotz alledem!“ hatte Liebknecht seinen Artikel unterschrieben, als die Berliner Arbeiterschaft in vorzeitig provozierten Kämpfen niedergeschlagen worden war.

„Aber unser Schiff zieht seinen graden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel.

Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird — leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“²

Als dieser Artikel am 15. Januar 1919 erschien, war Karl Liebknecht bereits von einer blutrünstigen Soldateska meuchlings ermordet. Aber seinen Geist konnten sie nicht ermorden. Karl Liebknecht ist für die deutsche Jugend das Vorbild des unerschrockenen, opferbereiten Kämpfers gegen den imperialistischen Krieg.

*„Junge Welt“ Nr. 69,
12. August 1951.*

¹ W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Moskau 1940, Bd. XXVI, S. 594/595.

² Karl Liebknecht, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, S. 530.

Zur Politik der KPD in Thüringen

I

Die Unterzeichnung des Entente-Ultimeatums^[1] durch die deutsche Regierung hat zur verschärften Ausbeutung und steuerlichen Belastung der werktätigen Bevölkerung geführt. Um den Widerstand der Arbeiter gegen die weitere Senkung ihres Lebensniveaus zu brechen und die direkten und indirekten Lohnkürzungen, die Arbeitszeitverlängerung, Erhöhung der Steuern usw. durchführen zu können, begann die deutsche Regierung den Raubzug gegen die arbeitende Bevölkerung mit der militärischen Niederschlagung und politischen Knebelung der Arbeiterschaft.

Dieser Feldzug begann im März in Mitteldeutschland. Heldenmütig kämpften die mitteldeutschen Arbeiter auf ihrem Vorposten, wurden jedoch von der konterrevolutionären Übermacht erdrückt, weil die deutsche Arbeiterschaft nicht begriffen hatte, daß die militärischen und politischen Maßnahmen Hörsings den Auftakt zur Knebelung und Aussaugung der gesamten deutschen Arbeiterklasse bildeten.

Die Bourgeoisie hat aus den mitteldeutschen Kämpfen gelernt, daß in den übrigen Gebieten Deutschlands der Widerstand der Arbeiterschaft auf andere Weise gebrochen werden muß. Denn eine Wiederholung der Hörsingschen Provokation hätte auf Grund der mitteldeutschen Erfahrungen den Aufstand der gesamten Arbeiterschaft und eine Schwächung der Macht der Bourgeoisie verursacht.

Dementsprechend begann die Konterrevolution im Anschluß an die mitteldeutschen Kämpfe in Thüringen so unmerklich wie möglich mit zäher Energie Machtpositionen zu erringen. Eine systematische Hetze gegen die „bolschewistische“ Landespolizei (Lapo) leitete den Vorstoß der Rechtsparteien ein. Die rechtssozialistisch-demokratische Regierung gehorchte dienstbeflissen

den Befehlen der Reaktionäre. Der Spitzeldienst in der Lapo wurde aufs sorgfältigste ausgebaut. Zahlreiche Kommunisten und sonstige Beamte, die im Verdacht revolutionärer Gesinnung standen, warf man auf die Straße. Der Adjutant der Polizei, Spangenberg (USPD), und der Leiter der Lapo, Müller-Brandenburg (SPD), wurden der Reaktion geopfert. Danach übertrug die sozialdemokratische thüringische Regierung dem „demokratischen“ monarchistischen Staatsrat Krüger die Leitung der Lapo. Rücksichtslos säuberte dieser weiter und entließ in 3 Wochen mehr als 100 Beamte „auf eigenen Wunsch“. Die konterrevolutionären Offiziere haben nunmehr völlig freie Hand. Der preußisch-deutsche Kadavergehorsam beherrscht in zunehmendem Maße den Dienst.

Parallel mit dieser Umstellung der Landespolizei zu einem brauchbaren Werkzeug der Konterrevolution begannen in verschiedenen Teilen des Landes Reichskommissare bei der Arbeiterschaft nach Waffen zu suchen. Zu den Hochburgen der Rechtsparteien, den großen Gütern, wo Waffen in größerer Zahl lagern, fanden die Reichskommissare den Weg nicht. Die Reichsregierung war anscheinend mit dem Erfolge der Waffensuche und den Umstellungen in der Lapo unzufrieden und hat Reichswehr nach Thüringen entsandt. Verteilt auf zahlreiche Orte beschäftigt sich diese mit Erkundungen im Gelände und in den Orten. Daneben ist sie der Orgesch^[2] beim Ausbau ihrer Organisation behilflich.

Die Rüstungen der Orgesch werden in Thüringen mit besonderer Intensität durchgeführt. Ein dichtes Netz konterrevolutionärer Organisationen ist geschaffen. Der Spitzel- und Kurierdienst ist sorgfältig ausgebaut worden. Die Leitung der Bewegung liegt in den Händen zahlreicher Kapp-Offiziere, die sich illegal unter den verschiedensten Namen in Thüringen aufhalten. Durch diese emsigen Rüstungen versuchen die Konterrevolutionäre die organisatorische und militärische Basis zur Niederschlagung der thüringischen Arbeiterschaft zu schaffen mit dem Ziel der verschärften Ausbeutung des Proletariats, der Sicherung der Waffenindustrie Thüringens für die Konterrevolution und der Beherrschung des Verbindungsweges zwischen Bayern und dem konterrevolutionären Machtzentrum Kassel.

Angesichts dieser gefährvollen Situation hielten die Thüringer Kommunisten eine gemeinsame Aktion der gesamten Arbeiterschaft gegen die Umstellung der Lapo und gegen die Rüstungen der Konterrevolution für notwendig.

Die Kommunisten forderten:

Koalitions-, Versammlungs- und politische Meinungsfreiheit für die Landespolizeibeamten;

Bestimmungsrecht der Beamtenräte in allen Dienstangelegenheiten, insbesondere bei Beförderungen, Einstellungen und Entlassungen;

Wahl der Vorgesetzten durch die Beamten.

Von der Arbeiterschaft wurden diese Forderungen unterstützt. Die KPD-Vertreter beantragten daraufhin anlässlich einer gemeinsamen Sitzung der sozialdemokratischen Abgeordneten und der Gewerkschaftskartellvertreter sofortige Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen die Maßnahmen der Regierung, da die Einführung der Werkspolizei und die Verwendung der Landespolizei gegen streikende Arbeiter das notwendige Ergebnis dieser Entwicklung ist. Das Gewerkschaftskartell (USPD) zog es vor, nichts zu tun.

Trotz dieser Absage trat die Bezirksleitung der KPD an die Bezirksleitungen der SPD und USPD heran, um eine Aussprache über die nächsten Maßnahmen im Kampf gegen die Konterrevolution herbeizuführen. Die SPD lehnte jedes gemeinsame Vorgehen mit der KPD ab und erklärte, die Einheitsfront des Proletariats sei nur theoretisch möglich. Ebenso lehnte die USPD eine gemeinsame Aussprache mit der Begründung ab, daß ein besonderes Vorgehen in Thüringen unmöglich sei und die Aktion über das Reich gegebenenfalls vom Zentralkomitee der USPD eingeleitet würde.

Die USPD überließ also in Thüringen der Konterrevolution das Feld, um zu warten, bis im Reich die Rüstungen der Rechtsparteien so weit fortgeschritten sind, daß ihr Zentralkomitee die Mobilisierung der Arbeiter für notwendig hält. So wichen die Unabhängigen in Thüringen dem Kampf gegen die Konterrevolution aus.

Entsprechend der passiven Einstellung von SPD und USPD versuchen beide Parteien jeden parlamentarischen und außer-

parlamentarischen Konflikt mit der Reaktion zu verhindern. Der Offensive der Konterrevolution begegneten die Helden der II. Internationale und der II^{1/2}. Internationale^[3] durch Einsetzen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Vorgänge in der Landespolizei prüfen sollte. Die Konterrevolutionäre siegten auf der ganzen Linie. SPD und USPD bemühten sich, den Arbeitern die drohenden Gefahren zu verschleiern.

II

Die sozialdemokratisch-bürgerliche Regierung, die in jeder Hinsicht die Geschäfte der Konterrevolution besorgte und in keiner Weise Arbeiterinteressen wahrnahm, verlangte vom Landtag die Bewilligung der Grund- und Gewerbesteuer, das heißt, die Arbeiterklasse sollte in Form erhöhter Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten die Kosten der konterrevolutionären Regierung tragen. Die kommunistische Fraktion lehnte beide Steuern prinzipiell ab, weil sie im hohen Maße die werktätige Bevölkerung belasten.

SPD und USPD stimmten der Steuervorlage zu, angeblich, weil die Grundsteuer eine direkte Besitzsteuer ist, die vom Grundbesitz getragen würde. Während die SPD als Partei des kapitalistischen Aufbaus bei ihrer Stellung zu den Steuerfragen die Interessen der kapitalistischen Finanzpolitik über die Lebensinteressen der Arbeiterschaft stellte, verwickelte sich die USPD in offensichtliche Widersprüche, weil es unmöglich ist, ihre radikale Phraseologie mit ihren Taten in Einklang zu bringen. Die Redner der USPD lehnten prinzipiell die Grundsteuer ab, stimmten ihr jedoch zu, da sie das kleinere Übel sei.

Wir sehen, daß die Unabhängigen nicht die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen, sondern lediglich die thüringischen „Staats“interessen berücksichtigten und bestrebt sind, den Etat zu balancieren. Auf dem Gebiete des Steuerwesens betrachten sie das Land Thüringen als selbständiges Staatswesen, dessen Erhaltung im Interesse der Arbeiter — und auf Kosten der Arbeiter — notwendig sei. Bei politischen Vorgängen hingegen kriechen sie hinter die Reichsregierung und begründen ihr passives Verhalten mit der Unmöglichkeit, den Rahmen der Bestim-

mungen der Reichsregierung zu überschreiten. Das zeigt, daß die Unabhängigen aus dem Vorgehen der bayrischen Konterrevolutionäre absolut noch nichts gelernt haben.

III

Die Landtagswahlen in Thüringen haben eine Mehrheit von SPD, USPD und KPD ergeben. Während im alten Landtag die bürgerlichen Parteien 27, die sozialistischen Parteien hingegen nur 26 Sitze innehatten, brachten die Neuwahlen der Linken 28, der Rechten nur 26 Mandate. Damit sind die Voraussetzungen zur Bildung einer sozialistischen Regierung gegeben.

Als der Landtag sich auflöste, weil die Kommunisten es ablehnten, die Regierung Frölich und Co., die offen die Geschäfte der Konterrevolution besorgt hatte, weiter zu unterstützen, schrien die SPD- und USPD-Leute: seht, wie die Kommunisten gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien stimmen. Durch dieses Manöver wollten beide Parteien verschleiern, daß sie bisher Schritt um Schritt vor dem Ansturm der Rechtsparteien zurückgewichen und durch ihr passives Verhalten an der Machterweiterung der Konterrevolution in Thüringen mitschuldig geworden waren.

Wie stellen sich jetzt die Parteien zur Regierungsbildung? Die bürgerlichen Parteien sind eifrig bestrebt, eine Regierung der Mitte von der Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten zu bilden. Selbstverständlich würde die politische Linie dieser Regierung von der Volkspartei bestimmt. Den Sozialdemokraten fiele lediglich die Aufgabe zu, die Arbeiterschaft vom Kampf gegen die reaktionären Maßnahmen dieser Regierung abzuhalten. Daß die Sozialdemokraten bereit sind, diese Rolle des Regierungshausknechtes zu übernehmen, zeigen die folgenden Ausführungen des Sozialdemokraten Artur Hofmann im Saalfelder Blatt:

„Mit Bürgerlichen, die ausdrücklich die Verfassung und die Republik anerkennen, gemeinsam eine Regierung bilden, um bestehende Schwierigkeiten zu beheben, heißt doch nicht, deren Grundsätze annehmen. Es muß wahrhaftig um die Grundsatzfestigkeit eines Sozialdemokraten schlecht bestellt sein, der da fürchtet, es könne sein Seelenheil Schaden leiden, wenn er mit einem Landbündler oder Volksparteiler in der Regierung sitzt.“

Wenn die Sozialdemokratie versucht, durch Ausdehnung der Regierungskoalition nach rechts die Verantwortung für die Folgen ihrer eigenen Politik den Landbündlern und Volksparteilern zuzuschieben, so wird ihr das kaum gelingen. Bisher konnte sie auf die bürgerliche Parlamentsmehrheit hinweisen und damit ihre arbeiterfeindliche Politik entschuldigen. Bei der gegenwärtigen sozialistischen Mehrheit ist das unmöglich.

Die SPD führte den Wahlkampf unter der Parole: „Für die einheitliche thüringische Republik.“ Wenn 136 500 Wähler der Sozialdemokratie ihre Stimmen gaben, so geschah das nicht, weil die Sozialdemokratie für die Republik eintritt, denn ebensogut konnten sie dann Demokraten, Landbündler oder Volksparteiler wählen. Diese Massen wählten sozialdemokratisch, weil sie in dem Begriff „Republik“ die Wahrnehmung der Interessen der werktätigen Bevölkerung einschließen. Sie sind noch der Überzeugung, daß die SPD ihre Versprechungen verwirklicht und durchsetzt: die Entwaffnung der Orgesch und die Auflösung der konterrevolutionären Formationen, die Umstellung der Lapo, die Reinigung des Beamtenapparates von Konterrevolutionären, den Kampf gegen das Kinderelend usw.

Die nächsten Wochen werden den sozialistischen Wählern zeigen, ob die Sozialdemokratie entsprechend ihren Wahlreden handelt, oder Arm in Arm mit der Großbourgeoisie den Klassenkampf gegen das Proletariat führt.

Die USPD, welche im alten Landtage im Verein mit den Sozialdemokraten vor den Rechtsparteien kuschte und ihre politische Charakterlosigkeit in dem bekannten Schreiben an die demokratische Fraktion vom 16. Juli d. Js. schriftlich bestätigte, war während der Wahlbewegung furchtbar radikal. Sie führte den Wahlkampf unter der Parole: „Für das sozialistische Thüringen.“

Wenn diese Parole einen Sinn hat, dann bedeutet sie Kampf um die Sicherung der Lebensexistenz der werktätigen Bevölkerung, Ausnutzung der bürgerlichen Demokratie zur Schaffung proletarischer Machtpositionen und zur Unterdrückung konterrevolutionärer Bestrebungen. Das kann nicht erreicht werden durch Kommissionsverhandlungen oder schöne Reden im Landtag, sondern nur durch die Tatkraft der proletarischen Massen.

Betrachten USPD und SPD ihre eigenen Wahlreden und Wahlparolen nicht selbst als leere Phrasen, dann wird es ein leichtes sein, in Thüringen die einheitliche Kampffront der Arbeiter zu schaffen. Wir sind überzeugt, die Arbeiter der SPD und USPD meinen es mit ihrer Forderung ernst und sind gewillt, sie zu verwirklichen.

Wir Kommunisten werden die unabhängig-sozialdemokratische Regierung unterstützen, soweit sie eine Politik treibt, die den Arbeiterinteressen entspricht, das heißt, die Regierungsparteien müssen jetzt ihre eigenen Forderungen durchsetzen. Das sind:

Entfernung reaktionärer Offiziere und Beamten aus der Landespolizei;

Bestimmungsrecht der Beamtenausschüsse in allen Dienstangelegenheiten, insbesondere bei Einstellungen und Entlassungen. Koalitionsrecht, Versammlungsfreiheit und Freiheit der politischen Gesinnung für die Beamten, Wiedereinstellung der gemäßregelten Beamten;

Entwaffnung aller Konterrevolutionäre und Auflösung der gegenrevolutionären Organisationen (Orgesch, Jungdeutscher Orden u. a.);

schärfste Kontrolle der Eisenbahn und anderer Verkehrsmittel zwecks Verhinderung von Waffenverschiebungen.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen bilden die Arbeiter der drei sozialistischen Parteien und Gewerkschaften örtliche Überwachungsausschüsse, die bezirkswise zusammengefaßt werden;

entsprechend den Forderungen aller sozialistischen Parteien ist weiter die rücksichtslose Säuberung des Beamtenkörpers von Angehörigen gegenrevolutionärer Organisationen und sonstigen Konterrevolutionären notwendig;

den Erwerbslosen ist sofort zu helfen;

außerdem sind umgehend wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung des Kinderelends zu treffen.

Vorstehende Forderungen sind keine „hyperradikalen“, speziell kommunistischen Wünsche, sondern schon längst auch von den sozialdemokratischen und USPD-Arbeitern als notwendig und durchführbar anerkannt worden.

IV

Bei der Erörterung der gegenwärtig wichtigsten Aufgaben der Thüringer Arbeiterschaft, des Landtages und der Regierung stellten wir fest, daß die Forderungen der drei Arbeiterparteien im wesentlichen gleich sind. Die Abgeordneten sind verpflichtet, ihre Anträge im alten Landtag und ihre Forderungen im Wahlkampf jetzt durchzuführen. SPD und USPD weisen seit Wochen mit Nachdruck darauf hin, daß ihre Anträge und Forderungen gegenwärtig zu verwirklichen sind. Nach Zusammentritt des Landtages werden ihre Taten zeigen, ob sie den ernststen Willen haben, dementsprechend zu handeln, oder ob die angeführten Forderungen lediglich zum Zwecke des Stimmenfanges aufgestellt wurden.

Die SPD beginnt bereits allmählich den Rückzug anzutreten, indem sie die Frage der finanziellen Existenzmittel der künftigen sozialistischen Regierung als wichtigste Angelegenheit behandelt. Das sozialdemokratische „Volk“ schreibt in Nr. 217:

„Es sind ohne Zweifel zahlreiche Fragen, worüber innerhalb der sozialistischen Parteien keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen, aber auch solche, wo Differenzen sind. Da ist die Steuerpolitik. Regierung und Landtag flogen auf, weil die Kommunisten die Grundsteuer ebenso ablehnten wie die Deutschnationalen. Behalten die Kommunisten diese Politik und Taktik bei, dann nützt dem Thüringer Volk die Wahlkraftanstrengung gar nichts, dann ist der eben gewählte Landtag zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Wollen die Kommunisten eine rein sozialistische Regierung, müssen sie einer solchen auch die Existenzmittel gewähren.“

Vorstehende Ausführungen des führenden Organs der SPD zeigen das Bestreben der sozialdemokratischen Führer, die Fragen der Landespolitik, die für die gesamte Reichspolitik von Bedeutung sind, von der Steuerfrage abhängig zu machen. Auf diese Weise versuchen sie der Durchführung ihrer eigenen Forderungen aus dem Wege zu gehen.

Im alten Landtag haben die Sozialdemokraten stets versucht, ihre eigenen reaktionären Handlungen auf die Demokraten abzuwälzen. Sie wiesen stets darauf hin, daß angesichts der sozialistischen Minderheit im Parlament die Rücksichtnahme auf die Wünsche der bürgerlichen Parteien ein kleineres Übel sei als die Existenz einer Rechtsregierung. Die Neuwahlen zeigen dem-

gegenüber, daß in Wirklichkeit die Politik der SPD das größte Übel für die Arbeiterschaft war. Durch die sozialdemokratische Politik des kleineren Übels, durch die dauernden Kniefälle vor den Rechtsparteien wurden zum Beispiel die Umstellungen in der Landespolizei und die Ablehnung aller den Arbeiterinteressen entsprechenden Forderungen ermöglicht. Wenn die SPD bereits jetzt bestrebt ist, nachdem in Görlitz um die Liebe der Deutschen Volkspartei geworben wurde, die Fragen der Landespolizei, der Entwaffnung der Orgesch, der Auflösung der konterrevolutionären Organisationen, der Säuberung des Beamtenapparates von konterrevolutionären Elementen u. a. zu Fragen der Steuerbewilligung zu machen, so beweist sie damit ihre Interesselosigkeit an einer sozialistischen Regierung und die völlige Verkenning von deren Aufgaben.

Auf Grund der Methoden der Reichssteuerpolitik ist es Pflicht der sozialistischen Parteien, die Grundsteuer, ungeachtet des Reichsrahmengesetzes, zu einer Besitzsteuer umzugestalten. Wie die bayrische und die preußische Regierung den Anweisungen der Reichsregierung trotzen und tatsächlich dieser ihren Willen diktieren, so müssen auch die Länder mit sozialistischen Mehrheiten auf das Reich einen Gegendruck ausüben und dürfen nicht winseln und kuschen. Wenn die SPD und USPD in Feigheit vor den Steuererpressern blindlings den Befehlen der Reichsregierung gehorchen, dann müssen die Arbeiter in der SPD und USPD die parteipolitischen Konsequenzen daraus ziehen. Beide sozialdemokratische Parteien werden bei Beratungen der Grundsteuer im Landtag zeigen müssen, ob sie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung wahrnehmen wollen oder nicht.

„Neue Zeitung für Mittelthüringen“

Nr. 223, 225, 230,

22., 24., 30. September 1921.

Geheimratsdiktatur oder Arbeiterregierung in Thüringen?

In einem Aufsatz über „Rechtsanarchistische Verleumdungskunst“ bemüht sich die Thüringer rechtssozialistische Presse mit Erfolg den Nachweis zu erbringen, daß die Thüringer Regierung ihre Macht nicht so zum Nutzen der werktätigen Massen ausnutzt, wie es die Rechtsparteien für ihren Nutzen tun, wenn sie am Ruder sind. Während sich die bürgerlichen Parteien die sogenannten „Freiheiten“ der „demokratischen“ Republik dienstbar machen, indem sie in alle wichtigen Staatsämter ihre politischen Gesinnungsgenossen hineinschieben, die die Minister entsprechend „informieren“, beläßt die sozialdemokratische Regierung die Reaktionäre auf ihren Posten.

Die USPD hat sich zwar in dem auch von den Rechtssozialisten anerkannten Minimalprogramm für die Säuberung des reaktionären Beamtenkörpers erklärt. Getan wurde jedoch herzlich wenig. Das ist einerseits die notwendige Folge der demokratischen Illusionspolitik der sozialdemokratischen Parteien, die den bürgerlichen Parteien die gleichen Rechte wie den Arbeiterparteien zugestehen, wobei sie vollständig übersehen, daß die Bürgerlichen als Inhaber der wirtschaftlichen Macht diese „demokratischen“ Freiheiten zur Machterweiterung im Interesse ihrer Klasse ausnutzen. Andererseits sind in Thüringen die notwendigen Umstellungen nicht vorgenommen worden, weil die sozialdemokratischen Ruhe- und Ordnungspolitiker eine Störung des bürokratischen Apparates vermeiden wollten. Es blieb deswegen bei der alten Geheimratswirtschaft unter neuer Firma.

Wir Kommunisten sind keineswegs der Auffassung, daß durch Umstellungen im Beamtenkörper allmählich der Sozialismus herbeigeführt werden kann. Unseres Erachtens ist es aber möglich, durch Entfernung der reaktionären Beamten die Sabotage zu unterbinden und die beschränkten Möglichkeiten der bürger-

lichen Demokratie in weitgehendstem Maße im Interesse der Arbeiter auszunützen. Welchen Einfluß die Beamten, Oberbeamten usw. auf die Politik eines Ministeriums ausüben, kennzeichnet treffend Dr. Maurenbrecher in der „Deutschen Zeitung“. Dem reaktionären preußischen Kultusminister Boelitz wirft er vor, daß er den sozialdemokratischen Beamten in seinem Ministerium zum Teil ausgeliefert sei:

„Muß der Minister die Mitglieder der anderen Parteien in seinen Ämtern dulden, dann ist er auf deren Sachdarstellungen angewiesen, er ist kein freier Mann, kann seinem Willen nicht Nachachtung verschaffen und zappelt wie ein hilfloser Vogel in dem Netz, das die anderen, Stärkeren über ihn geworfen haben.“

Man sieht, die Bürgerlichen leiden nicht an demokratischen Hemmungen, sondern entfernen jene Beamte aus den Ämtern, deren politische Anschauungen von der des Ministers wesentlich abweichen. Daß Boelitz noch einige sozialdemokratische Beamte in seinem Ministerium duldet, ist darauf zurückzuführen, daß in der Grundeinstellung zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie und der preußischen Regierung nur unwesentliche Differenzen bestehen.

Wenn es schon einem reaktionären Minister verschiedentlich Schwierigkeiten bereitet, die subjektive Darstellung seiner liberalen Beamten kritisch einzuschätzen, so ist das den sozialdemokratischen Ministern gegenüber ihren reaktionären Beamten noch weniger möglich. Der Reaktionär auf Ministerposten findet stets Unterstützung bei den untergeordneten Staats- und Gemeindebeamten und kann sich im Verein mit den wirtschaftlichen Machthabern durchsetzen. Den sozialdemokratischen Ministern fehlt diese Unterstützung, weil nur wenige sozialistische Beamte in den unteren Verwaltungsstellen tätig sind und die Regierung es bisher abgelehnt hat, sich auf die Massen der werktätigen Bevölkerung zu stützen. Für eine sozialistische Regierung wäre es demzufolge doppelt notwendig, den Einfluß der Geheimratsdiktatur zu unterbinden.

Wie wenig in Thüringen bisher in dieser Richtung getan wurde, zeigt folgende Zusammenstellung der SPD-Presse:

Im Thüringer Ministerium des Innern befinden sich unter 23 höheren Beamten (von Gruppe 10 aufwärts) 3 ganze Sozial-

demokraten, außerdem sind in diesem Ministerium 3 Sozialdemokraten als Privatangestellte nebst 2 anderen Herren in höherem Dienste beschäftigt.

Im Thüringer Wirtschaftsministerium sind 26 höhere Beamte und 6 noch nicht festangestellte Herren im höheren Dienste tätig, also zusammen 32. Unter ihnen befinden sich 3 Sozialdemokraten, von denen einer der USPD und 2 der SPD angehören.

Im Justizministerium sind unter 9 Herren im höheren Dienste 2 Mehrheitssozialisten zu verzeichnen.

Im Finanzministerium ist unter 23 höheren Beamten nicht ein einziger Sozialdemokrat zu finden.

Im Volksbildungsministerium gehören unter 16 höheren Beamten einer der USPD, 2 der SPD und einer der KPD an. Die Minister sind natürlich in dieser Aufstellung nicht mit inbegriffen.

Bemerkt sei noch, daß von 23 thüringischen Landratsstellen heute eine einzige, nämlich Dermbach, mit einem Sozialdemokraten besetzt ist.

Im wichtigsten Thüringer Ministerium, im Finanzministerium, sitzen somit ausschließlich bürgerliche Beamte. Angesichts dieser Tatsache wundere sich niemand, wenn der sozialdemokratische Finanzminister Hartmann Holzwucherpolitik treibt und, statt den Arbeitern und Kleinbauern die Holzrechte zu belassen, ihnen empfiehlt, vernünftig zu sein und bei den Auktionen keine hohen Preise zu bieten. Das ist so ähnlich, als wenn der Unternehmer zu den Arbeitern sagt: „Ihr braucht ja nicht zu arbeiten, wenn euch der Lohn nicht genügt oder die Arbeitsverhältnisse zu schlecht sind.“

Die gleichen Mißstände herrschen in der Landespolizei. Dies wird illustriert durch jene bekannte Zuschrift mehrerer Polizeibeamter, in der es heißt:

„Wir stehen wieder vor einer schweren Stunde. Wieder rüttelt militaristische Borniertheit an den Grundfesten unseres jungen republikanischen Staates und der Landespolizei. Wenn nicht bald die Regierung im Interesse der Erhaltung der Republik und der sozialistischen Regierung die Jungdo-Leute und Hindenburg-Mannen, die sich jetzt noch in der Landespolizei befinden, hinauswirft und im Lande scharf

bewacht, wird man noch manches erleben können. Viele ausscheidende Beamte können sich unter dieser eingeschlichenen Clique nicht wohl fühlen und kehren der Polizei den Rücken, da ihnen nicht genug Beistand geleistet wird."

Viele Thüringer Arbeiter sind sicher der Meinung, daß sich die Regierung bemüht, den Einfluß der bürgerlichen Beamten und Orgesch-Leute zu beschränken. Weit gefehlt! Die Thüringer „Volksregierung“ bemüht sich sogar, den Deutschnationalen zu beweisen, daß sie die bürgerlichen Beamten in wichtigen Stellen belassen habe. Von den 23 Landratsstellen ist heute nur eine unbedeutende mit einem noch unbedeutenderen Sozialdemokraten besetzt! „Die Thüringer Regierung hat also dem deutschnationalen Verleumder ganz gewiß keine Veranlassung zu seinen gehässigen Ausfällen gegeben.“ So winselt in Ehrfurcht vor den Deutschnationalen die sozialdemokratische Presse.

Wir haben in Thüringen eine „sozialistische“ Regierung. Praktisch kann man jedoch, ohne zu übertreiben, feststellen, daß eine Koalitionsregierung besteht, die von den bürgerlichen Ministerialbeamten bis zur USPD reicht.

Die Arbeiterschaft verlangt jetzt von der Regierung, daß sie ihre Propagandapolitik, die in den ersten Monaten ihres Bestehens durchgeführt wurde, aufgibt und positiv die Arbeiterinteressen wahrnimmt. Das wird ihr allerdings nur möglich sein, wenn sie sich nicht nur auf die sozialdemokratische Parteileitung stützt, sondern auch auf die Massen der Arbeiter. Sollten die SPD-Führer allerdings die Meinung des Chefredakteurs des „Volk“ teilen, wonach die sozialdemokratischen Minister Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei sind und wonach sie nicht den Arbeitermassen, sondern nur der Parteileitung verantwortlich sind, dann wird es höchste Zeit, daß die Thüringer Arbeiter diesen „Führern“ einen anderen Standpunkt beibringen.

Bis heute hat die Regierung noch nicht versucht, die Kraft der werktätigen Massen Thüringens zum Kampfe gegen die Reaktion, für die Durchsetzung der nächstliegenden Arbeiterforderungen zu benutzen. Statt anläßlich der Vorberatung der Gemeindeverfassung die Gemeindevertreter der drei sozialistischen Parteien zusammenzunehmen, wurde eine Konferenz der Oberbürgermeisterzöpfe nach Weimar einberufen.

Ebensowenig wurden bis heute die Wohnungs- und Mieterfragen auf von der Regierung einzuberufenden Delegiertenkonferenzen der Mieter beziehungsweise Mietervereine behandelt.

Auf dem Gebiete des Schulwesens liegen die Verhältnisse nicht anders. Nur wenn die Regierung in enge Fühlung mit den Elternräten tritt und die Schulgesetze vor der Behandlung im Landtag den Elternräten und Elternrätekonferenzen vorlegt, ist die Möglichkeit gegeben, diese Gesetze und Verordnungen gegen den Willen der Schulreaktionäre durchzuführen.

Die Frage der Lebensmittelversorgung gilt es ebenfalls in engster Verbindung mit den Genossenschaftsleitungen und -mitgliedern zu regeln. Das Wirtschaftsministerium hat ja selbst im vorigen Herbst den Beweis geliefert, daß leere Verordnungen, zum Beispiel in der Kartoffelfrage, zwecklos sind. Die Durchführung dieser wirtschaftlichen Maßnahmen ist nur möglich durch aktive Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften.

Das zur Lebensmittelversorgung Gesagte trifft auf die gesamte Wirtschaftspolitik der Regierung zu. Eine Regierung ist nur dann imstande, proletarische Politik zu treiben, wenn sie sich auf die Macht der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern stützt, wenn sie in inniger Verbindung mit den Gewerkschaften und Betriebsräten wirkt.

Die Thüringer Arbeiter und Kleinbauern haben in den letzten Wochen in zahllosen Versammlungen und eindrucksvollen Kundgebungen der Regierung zugerufen: *Treibt Arbeiterpolitik.*

Das Ministerium kann demzufolge nicht die Ausrede gebrauchen, es fehle ihr an der Unterstützung durch die Arbeiter.

Nunmehr ist es Aufgabe der Regierung, mit Hilfe der Arbeiter proletarische Politik zu betreiben. Tut die Regierung das nicht, dann hat sie das Recht verwirkt, sich über den Entzug der Unterstützung durch die Arbeiter zu entrüsten.

Auf Taten kommt es jetzt an!

„*Neue Zeitung*“, Großthüringen, Nr. 79,
1. April 1922.

Der neueste Sozialisierungsschwindel des ADGB

Auf dem Gewerkschaftskongreß in Nürnberg 1919 wurde festgelegt, daß Verelendung und verschärfte Ausbeutung der Arbeiter nur durch die Sozialisierung verhindert werden können. In der Praxis jedoch sah der ADGB seine Hauptaufgabe in der Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Wirtschaftsleben, im kapitalistischen Ausbeutungsprozeß. Zu gleicher Zeit brüteten Sozialdemokraten und Unabhängige im Reichswirtschaftsrat und in anderen Kommissionen über Sozialisierungspläne. Kein deutscher Arbeiter wird zu beweisen versuchen, daß die sozialdemokratischen Parteien und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) auch nur einmal versucht hätten, die „Realisierung der Pläne anzubahnen“, noch viel weniger ihre Forderungen durchzusetzen. Dazu wären die Führung von Wirtschaftskämpfen der Arbeiter auf breitester Basis und der Kampf um die Erfassung der Sachwerte notwendig.

Infolge ihrer Stellung zu den wirtschaftlichen und politischen Grundproblemen untergruben sich die Gewerkschaften selbst die Möglichkeit, ernstlich den Kampf um die Sicherung der proletarischen Lebensexistenz zu führen, trugen sie selbst dazu bei, das Kräfteverhältnis zuungunsten der Arbeiter zu verändern und die Voraussetzung für die Machterweiterung des Großkapitals zu schaffen.

Auf dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig hat die Mehrheit von Sozialdemokraten und Unabhängigen durch Annahme des Antrages zur Wohnungsfrage aus dieser reformistischen Einstellung die Konsequenzen gezogen, indem — entsprechend dem Vorschlage des Bauarbeiterverbandes — beschlossen wurde,

„die wirtschaftliche und finanzielle Macht der organisierten Arbeiterschaft in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen und im Bundesbüro eine Zentralstelle zu schaffen, deren Aufgabe es sein soll, die Überführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die

Gemeinwirtschaft planmäßig zu fördern und alle Bestrebungen innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung, die auf dieses Ziel eingestellt sind, zusammenzufassen". (Siehe Beschluß des Bauarbeiterversammlungstages.)

Demnach sollen Gewerkschaftsgelder zur Schaffung von Produktivgenossenschaften benutzt werden, die mit Hilfe von Gewerkschafts- und Staatsgeldern allmählich ihre Betriebe erweitern. Auf diese Art und Weise glauben die kapitalistischen Aufbaupolitiker den Einfluß der Produktivgenossenschaften auf die Gesamtwirtschaft derart zu steigern, daß ohne Produktionsstörungen die „Gemeinwirtschaft“ Wirklichkeit wird. Damit wären die SPD- und USPD-Gewerkschafter glücklich weit hinter Lassalle, „bei dem Bourgeoisrepublikaner Buchez, der diese Forderungen gegenüber den Sozialisten aufstellte, um sie auszustechen“ (Engels), angelangt. Nicht durch Klassenkampf, sondern mit Hilfe von Produktivgenossenschaften soll der Kapitalismus „überwunden“, richtiger gesagt, ausgekauft werden.

Dr. Striemer, der „Theoretiker“ des ADGB, formuliert den gleichen Grundgedanken in der „Betriebsrätezeitung des ADGB“ in folgenden Sätzen:

„Die Kapitalneubildung, ohne die wir die Wirtschaft nicht erhalten können, muß aus der Gesamtheit des Volkes heraus erfolgen: die großen Massen der Arbeitenden müssen aus ihren Arbeitserträgen durch Ersparung Kapital bilden können. Der Arbeiterschaft muß die Möglichkeit gegeben sein, durch gesteigerte Arbeitsleistung gesteigerte Verdienste zu erzielen. Die Arbeiterschaft muß an der Aufbringung des Wirtschaftskapitals den Hauptanteil liefern.“

Sparen, sparen, das ist die Parole der „Volkswirtschaftler“ des ADGB — und auch der Deutschen Volkspartei — für die Arbeiter.

Praktisch sehen wir heute in den „Sozialen Bauhütten“ des Rheinlandes die Bestrebungen des ADGB vor uns. Wir müssen darauf eingehen, weil gegenwärtig in Thüringen in Verbindung mit dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses energisch Propaganda dafür getrieben wird. Dem rheinischen Aktionsausschuß für Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen, der den „Verband sozialer Baubetriebe“ unterstützt, gehören der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie

Angestelltenbund (AfA), SPD, USPD, Mieterschutzvereine und der Bauhütten-Betriebsverband Hessen und Hessen-Nassau GmbH, an. Das Kapital zur Führung dieser Betriebe wird durch Arbeiterorganisationen und Gemeinden bereitgestellt. Im Jahre 1921 betrug das Betriebskapital dieser größten Bauhütte 3 Millionen Mark und soll jetzt durch Unterstützung der Gewerkschaften erhöht werden. Eine lächerlich geringe Summe im Vergleich zu jedem einzelnen kapitalistischen Großbetrieb, der mit mehr Kapital arbeitet als alle Bauhütten zusammengenommen.

Abgesehen von den zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten infolge der Geldentwertung sind diese Produktivgenossenschaften jederzeit den großen Baustofffirmen und Rohstofflieferanten ausgeliefert, die ihnen ohne weiteres die Luft abschnüren können. Um nur einige Zahlen zu nennen, sei angeführt, daß allein 10 Zementfabriken im Jahre 1921 über ein Stammkapital von 92,10 Millionen Mark verfügten. Inzwischen sind parallel mit der Markentwertung weitere Kapitalerhöhungen vorgenommen worden. In der Industriegruppe Bau und Immobilien, Steine und Erden wurden im Jahre 1921 74 Gesellschaften mit einem Kapital im Nominalbetrag von 261,35 Millionen Mark gegründet. 41 Baugesellschaften erhöhten ihr Kapital von 63,13 Millionen auf 308,17 Millionen Mark. Diese Gesellschaften konnten im Jahre 1921 30 bis 40 Prozent Dividende auszahlen. Wir erinnern weiter daran, daß die Berliner Holzkontor AG im abgelaufenen Geschäftsjahr bei dem eingezahlten Kapital von 13,5 Millionen Mark einen Bruttogewinn von 22 Millionen und einen Reingewinn von 17,5 Millionen Mark erzielte.

Angesichts dieser fetten Profite der Beherrscher des Baustoffmarktes zeigt es sich, daß ein rationeller Wohnungsbau nur möglich ist, wenn die Arbeiterschaft den Kampf um die Erfassung der Sachwerte, um die Kontrolle der Produktion führt. Es ist einfach lächerlich, den Arbeitern zu raten, ihre Hungerpfennige für die „Sozialisierung“ zu sparen, während die Kapitalisten durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die Mehrwertteile derart erhöhen, daß sie über genügend akkumuliertes Kapital zur Betriebserweiterung verfügen. Die weiteren Voraussetzungen für diese Entwicklungstendenz werden durch das Reichsmietengesetz geschaffen.

Gegenwärtig zeigt sich somit deutlicher denn je, wie recht Marx hatte, als er jene Produktivgenossenschaften verspottete, die nach Lassalleschem Plan und nach dem Willen der SPD- und USPD-Gewerkschafter „an Stelle des Klassenkampfes die Lösung der sozialen Fragen anbahnen sollten“. Aufgabe der Gewerkschaftsmitglieder muß es sein, zu verhindern, daß Gewerkschaftsgelder für diesen „Klassenkampf“ Verwendung finden.

Die Anhänger der „Sozialen Bauhütten“ werden einwerfen, daß die Kommunisten doch für die Produktivgenossenschaften eigentlich ebenso eintreten müßten wie für die Konsumgenossenschaften. Weit gefehlt! Die Konsumvereine sind wichtige Klassenkampforgane, die auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung jetzt und später große Aufgaben zu erfüllen haben. Die Produktivgenossenschaften dagegen sollen vom Klassenkampf ablenken.

Wir Kommunisten fordern entgegen dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses zur Wohnungsfrage die Übernahme des Wohnungsbaues und der Wohnungsreparatur durch kommunale und staatliche Betriebe unter Kontrolle der Gewerkschaften.

Zum Beispiel ist es in Thüringen, wo Holz, Kalk, Schiefer und sonstige Baustoffe vorhanden sind, objektiv möglich, diese Rohstoffe in staatlichen Betrieben zu gewinnen und zu bearbeiten und sie der Verwendung in kommunalen Baubetrieben zuzuführen. Würde die Regierung dabei keinen Wucher treiben (auch nicht bei der Holzgewinnung), dann wäre eine wesentliche Verbilligung der Baukosten möglich, und die Städte wären nicht mehr bedingungslos den Privatkapitalisten ausgeliefert. Diese Maßnahmen wären allerdings nur wirksam, wenn die gesamte Kraft der Arbeiterschaft im Reichsmaßstabe parallel damit eingesetzt und wenn für die Erfassung der Sachwerte, für die umfassende Mitbestimmung der Arbeiter in der Gesamtwirtschaft gekämpft würde.

Der Beschluß des Gewerkschaftskongresses zur Wohnungsfrage steht im direkten Gegensatz zur Erkenntnis der Arbeiterschaft, daß nur die Klassenkampfpolitik zur Sicherung der proletarischen Lebensexistenz und damit auch zur Lösung der Wohnungsfrage führt. Aus diesem Grunde werden die Gewerk-

schaftskollegen es von selbst ablehnen, ihre Kräfte und finanziellen Mittel einer Utopie zum Opfer zu bringen, die schon von Marx abgelehnt wurde.

*„Der Kommunistische Gewerkschafter“ Nr. 31,
26. August 1922.*

Einheitsfront und Arbeiterregierung

Der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale fand zu einer Zeit statt, wo sich der Konsolidierungsprozeß der kommunistischen Parteien Westeuropas im Anfangsstadium befand. In den kommunistischen Parteien herrschte damals zum Teil die Auffassung, daß das Proletariat kurz vor der Eroberung der politischen Macht stehe und sich dementsprechend taktisch einstellen müsse. Wesentlich gestärkt wurde diese Einschätzung durch die Tatsache, daß zum Beispiel in Deutschland sich Tausende revolutionärer Arbeiter von den reformistischen Parteien abwandten, in das linke Extrem verfielen und glaubten, auch ohne Verbindung mit breiten proletarischen Massen revolutionäre Aktionen durchführen zu können. Der III. Kongreß der Komintern hat diese Taktik korrigiert und den kommunistischen Parteien zugerufen: *Heran an die Massen!*

Der IV. Weltkongreß hat durch das Referat und die Diskussionsreden zum Tagesordnungspunkt 1: „Bericht der Exekutive und die nächsten Aufgaben der Komintern“ die Richtigkeit der Beschlüsse des III. Kongresses bestätigt und ihre konsequente Weiterführung beschlossen.

Die Weltlage wird durch das Weiterbestehen der Krisenperiode des Kapitalismus charakterisiert. Wenn auch vorübergehend eine Stärkung der Bourgeoisie zu verzeichnen ist, so bleibt doch die Tatsache des Niederganges des Kapitalismus bestehen. Dementsprechend ist die Situation, vor allem in Westeuropa, objektiv revolutionär. Die Tätigkeit der kommunistischen Parteien ist in dieser Periode besonders schwierig. Während die Offensive des Kapitals unter Einsetzung aller Kräfte der Bourgeoisie durchgeführt wird und die Staatsorgane gesetzlich das Proletariat niederzwingen, zeigt sich bei breiten Proletarerschichten eine gewisse passive Verzweiflungsstimmung, die zum großen Teil die Folge des Verrats der sozialdemokratischen Parteien ist. Gerade in dieser Situation haben die kommunistischen

Parteien die Aufgabe, durch größte Aktivität, durch intensivste Tätigkeit der kommunistischen Zellen in allen Arbeiterorganisationen diese Stimmung zu bekämpfen und die proletarischen Massen unter Anknüpfung an ihre täglichen Nöte zu aktivieren.

Deutlicher denn je muß gegenüber den „Theorien“ der Cuno und Co. den passiven Arbeiterelementen bewiesen werden, daß der Kapitalismus nie von selbst zusammenbrechen wird, sondern bestrebt ist, sich mit allen Mitteln der Gewalt auf Kosten des Proletariats zu erhalten, wenn die Arbeiterklasse nicht durch revolutionäre Aktivität bewußt die geschichtliche Entwicklung in der Richtung zum Sozialismus beeinflußt. Zu diesem Zweck ist aber die Bildung der einmütigen Kampffront der Arbeiter notwendig. *Die Taktik der Einheitsfront ist keine nur vorübergehend notwendige Methode*, sondern wird von den kommunistischen Parteien im Interesse der Revolution noch jahrelang in den verschiedensten Formen angewandt werden müssen. Die Taktik der KPD ist besonders typisch für die verschiedenen Formen der Einheitsfronttaktik.

In der Regel kommt gegenwärtig die Einheitsfront anfangs unter mehr oder weniger starkem Massendruck als Vereinbarung zwischen Führern zustande und findet ihren Ausdruck in gemeinsamen Demonstrationen und Ansätzen zu Massendemonstrationen. Die organisatorische Schwäche der kommunistischen Parteien und ihre geringe Manövrierfähigkeit ermöglicht ihnen zu meist in diesem Stadium noch nicht die vorherrschende Beeinflussung der Bewegung. Die sozialdemokratischen Führer gehen auf die gemeinsamen Kundgebungen mit den Kommunisten ein, um vor den Massen radikal zu erscheinen, die Arbeiter zu verwirren und die Aktivität der Kommunisten zu hemmen. Durch Umbiegen der revolutionären Arbeiterforderungen zu Objekten parlamentarischen Schachers wird versucht, die Bewegung zum Abflauen zu bringen. Demselben Zweck dient die Forderung nach Aufstellung gemeinsamer Listen bei Wahlen und die Identifizierung der einheitlichen Kampffront mit der Schaffung einer Einheitspartei, in der selbstverständlich die Reformisten die Führung haben sollen.

Die Verschärfung der Klassengegensätze, die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter, die Auswirkungen der Koalitions-

und Arbeitsgemeinschaftspolitik und die Erfahrungen der Arbeiter bei den Einheitsfrontaktionen, wo in zunehmendem Maße das Vertrauen der Massen zum revolutionären Vortrupp des Proletariats wächst, zwingen die sozialdemokratischen Führer, sich taktisch umzustellen und ihre „Einheitsfronttaktik“ durch eine offene Spaltungspolitik zu ersetzen, indem sie die Kontrollausschüsse bekämpfen und die Gewerkschaften spalten. Durch dieses Vorgehen versuchen die sozialdemokratischen Führer die Absplitterung der Arbeiter von den sozialdemokratischen Parteien zu verhindern, das heißt die organisatorischen Auswirkungen der Erfahrungen der Arbeiter in den gemeinsamen Kämpfen mit den Kommunisten zu unterbinden.

Das zunehmende Vertrauen der Massen zur KPD und die politische und organisatorische Festigung der Partei führen zur Parierung dieser Spaltungstendenzen in Form der Bildung der einheitlichen Kampffront von unten. Örtliche Arbeiterausschüsse, Betriebsräteausschüsse und ihre Zusammenfassung in den Bezirken wie im Reiche sind der organisatorische und politische Ausdruck des Willens der Massen zur Abwehr der kapitalistischen Offensive. Es ist erklärlich, daß sich dabei innerhalb der Kommunistischen Partei vor allem rechte Abweichungen zeigen. Verschiedene Genossen, Anhänger eines gewissen formalen Einheitsfetischismus, stellen nicht die Wahrung der proletarischen Interessen und die Schaffung einer wirklich kämpfenden Einheitsfront in den Vordergrund ihrer Tätigkeit, sondern glauben, der Spaltungstaktik der Amsterdamer^[4] durch recht artiges Verhalten den Boden entziehen zu können. Gegen diese Tendenzen muß sich die Partei mit aller Schärfe wenden.

Auf den verstärkten Machtzuwachs der Arbeiterschaft durch Bildung der Einheitsfront reagiert die Bourgeoisie nicht nur mit dem Einsetzen der staatlichen Machtmittel, sondern sie schafft noch besondere außerordentliche Kampforgane, die nicht nur mit allen Mitteln der Gewalt gegen die Arbeiter vorgehen, sondern die daneben versuchen, die Arbeiterfront durch Schaffung konterrevolutionärer Gewerkschaften und durch Beeinflussung der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Elemente zu zersetzen. Der äußerste Typus dieser Kampforgane ist der Faschismus. Im Kampfe gegen die Konterrevolution muß die Kommunistische

Partei ihre Hauptkraft auf die Tätigkeit in den Betrieben konzentrieren, um eine sicher fundamentierte Kampffront der Arbeiter zu bilden, die imstande ist, die Diktatur der Bourgeoisie zu beseitigen. *Die mehr oder weniger feste Verankerung der Kommunistischen Partei in den Betrieben ist der Maßstab für die Aktionsfähigkeit der Partei.* Das ist eine der wesentlichsten Forderungen des IV. Weltkongresses an die kommunistischen Parteien.

In verschiedenen Ländern kann die Durchführung der Einheitsfronttaktik vorübergehend die Bildung einer Arbeiterregierung ergeben. In der Regel wird das in einer Situation geschehen, wo sich einerseits breite proletarische Massen von der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik abgewendet haben, ihre revolutionären Erfahrungen jedoch noch nicht zur Durchführung der Diktatur des Proletariats ausreichen, und wo andererseits noch stark konzentrierte Kräfte der Bourgeoisie den Arbeitermassen Widerstand leisten. Im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Regierungen, die angeblich die Interessen aller Bevölkerungsschichten wahrnehmen, in Wirklichkeit jedoch Regierungen des kapitalistischen Aufbaus sind, werden die Arbeiterregierungen gekennzeichnet durch die Wahrung der proletarischen Interessen. Gestützt auf die Massen der Arbeiter wird die Arbeiterregierung gegen die Widerstände der Bourgeoisie ankämpfen müssen, wobei die Arbeiter erkennen, daß sie die volle Staatsmacht erobern und mit Hilfe der Sowjets herrschen müssen, um ihre Ziele verwirklichen zu können.

Nach Eroberung der Macht durch das Proletariat ist die Anwendung der Einheitsfronttaktik keineswegs überholt, sondern muß auch da noch, wenn auch in anderen Formen, fortgesetzt werden. Es gilt dann vor allem die Parteilosen und jene sozialdemokratischen Arbeiter zu sammeln und durch die Partei zu beeinflussen, die sich von den Menschewisten abwenden.

Das sind die wesentlichsten Momente, die bei der Beratung des ersten Tagesordnungspunktes auf dem IV. Weltkongreß besprochen wurden. Den kommunistischen Parteien ruft die Kommunistische Internationale zu:

Führt die Einheitsfronttaktik konsequent weiter!

Seid Euch der geschichtlichen Rolle der kommunistischen Parteien bewußt!

Setzt alle Kräfte ein zur Erreichung größerer Aktivität der kommunistischen Parteien!

Legt das Hauptgewicht der Parteiarbeit in die Betriebe!

Beantwortet die Spaltungs- und Demoralisierungsversuche der sozialdemokratischen Führer mit der Einsetzung aller Kräfte für die Bildung der einheitlichen Kampffront des Proletariats, für die Schaffung revolutionärer Kampforgane.

*„Neue Zeitung“, Großthüringen, Nr. 274,
22. November 1922.*

Verwurzelt die Partei in den Betrieben!

Genosse Lenin betont mit Recht, daß die Genossen in den westeuropäischen Bruderparteien durch ihre tägliche Arbeit sich selbst die russischen Erfahrungen erwerben müssen. Was ist aber das Wichtigste der russischen Erfahrungen? Es ist die Tatsache, daß eine kommunistische Partei ihre revolutionären Pflichten nur dann erfüllen kann, wenn sie in den Betrieben fest verwurzelt ist, wenn sie in jahrelanger zäher Betriebsarbeit sich das Vertrauen der breiten Massen der Arbeiter erworben hat und dadurch zur Führerin des Proletariats wird. Die russische Partei hat den Beweis geliefert, daß nur durch ernste, zielbewußte Arbeit in den Betrieben die kommunistische Partei mit Hilfe der breiten Massen der Arbeiter und Bauern die Macht erobern kann.

Auch in Deutschland ist die Bildung der proletarischen Einheitsfront im Kampf gegen die Offensive des Kapitals und des Faschismus nur möglich, wenn die Partei endlich beginnt, systematische Betriebsarbeit zu leisten und entsprechend den Beschlüssen des III. Weltkongresses Betriebszellen zu bilden. Nur auf diesem Wege wird es der Partei möglich sein, breite Massen der Arbeiter zu beeinflussen und in den Kampf zu führen.

In den letzten Wochen haben insbesondere die Erfahrungen in der Ruhraktion sowie in der Kampagne für die proletarischen Betriebshundertschaften in Sachsen die deutschen Parteigenossen die Notwendigkeit der Betriebsarbeit gelehrt. Es ist eine Tatsache, daß trotz der energischen und umfangreichen, große Erfolge zeitigenden Propaganda im Ruhrgebiet die Partei nicht imstande war, anläßlich des Essener Arbeitermordes und in anderen Fällen breitere Massen zum Generalstreik zu veranlassen. Diese Schwächen der Partei haben in erster Linie ihre Ursachen in dem geringen Verwurzeltein in den Betrieben.

Ähnlich ist die Situation in den mitteldeutschen Bezirken. Dort wird die Mobilisierung der proletarischen Massen gegen den

Faschismus, für die Bildung proletarischer Hundertschaften am energischsten durchgeführt. Leider hat jedoch ein großer Teil der Genossen noch nicht erkannt, daß die proletarischen Hundertschaften nur als Einheitsfrontorgane der Arbeiter, aufgebaut auf den Betrieben, einen Sinn haben. Die Parteihundertschaften, wie sie von der SPD propagiert werden und auch in einzelnen Ortsgruppen der KPD wenigstens wieder formal bestehen, führen in der Regel nur zu einer militärischen Spielerei.

Gerade die russische Erfahrung lehrt, daß diese Kampforgane der Arbeiter nur dort lebendigen Inhalt haben, wo sie fest in den Betrieben verwurzelt sind und in inniger Verbindung mit den breiten Massen der Arbeiter stehen. Der Abwehrkampf gegen die Gefahr des Faschismus^[5] ist überhaupt nur möglich, wenn er von breiten Massen der Arbeiter getragen und nicht als Parteiangelegenheit behandelt wird. Aus diesem Grunde ist die Voraussetzung für diesen Abwehrkampf die Schaffung kommunistischer Betriebszellen.

Genosse *Lenin* sagte in seiner Rede auf dem IV. Kongreß der Komintern treffend:

„Vielleicht werden die Faschisten in Italien unsere Genossen den Organisationsaufbau und die Methoden ihrer Arbeit lehren.“

Die italienischen Faschisten haben das getan, und unsere Genossen mußten sehr hohes Lehrgeld zahlen. Soll es auch in Deutschland so kommen? Wenn man sieht, wie wenig systematisch unsere Partei die Betriebsarbeit verstärkt und in welcher völlig ungenügender Weise die kommunistische Presse über die wichtigsten Vorgänge in den Betrieben berichtet, dann scheint es so, als ob auch in Deutschland erst die Faschisten den Parteigenossen Unterricht über die Notwendigkeit der Schaffung kommunistischer Betriebszellen geben werden.

Genossen! Genügen euch die Lehren im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland, oder wollt ihr ebenso hohes Lehrgeld zahlen wie die italienischen Genossen? Wenn ihr das nicht wollt, dann konzentriert eure besten Kräfte auf die Tätigkeit in den Betrieben, auf die Schaffung kommunistischer Betriebszellen.

Nur mit Hilfe der Betriebszellen ist die Schaffung der proletarischen Einheitsfront möglich.

Nur mit Hilfe der Betriebszellen kann die Organisierung des Kampfes gegen den Faschismus und die Bildung aktiver proletarischer Betriebshundertschaften geschehen.

Nur mit Hilfe der Betriebszellen wird die Kommunistische Partei die Massenpartei, die sich durch unermüdliche Arbeit für die Interessen des Proletariats das Vertrauen der Massen erwirbt und zur aktiven, zielbewußten Führerin der Massen wird, wie es die Kommunistische Partei Rußlands ist.

*„Die Rote Fahne“ Nr. 104,
10. Mai 1923.*

Jede Fabrik soll unsere Burg sein

Zur Tagung des Zentralausschusses

„Keine kommunistische Partei kann als ernsthafte und solide organisierte kommunistische Massenpartei betrachtet werden, wenn sie keine festen kommunistischen Zellen in den Betrieben, Fabriken, Bergwerken, Eisenbahnen usw. hat.“ *[Aus dem Beschluß des IV. Weltkongresses der Komintern.]*

Der Ruhrkrieg sowie die Rüstungen und Gewalttaten der Faschisten haben die innerpolitische Situation weiter verschärft. Besonders nach der Verständigung zwischen der deutschen und der französischen Großindustrie spitzt sich der Klassenkampf weiter zu, weil das Proletariat gezwungen ist, den Abwehrkampf gegen die Aufbürdung der Verständigungskosten und gegen die verschärfte politische Knebelung mit allen Mitteln zu führen. Diese Aufrüttelung des Proletariats wird sich gegenwärtig nur dann in Massenaktionen auswirken, wenn es gelingt, diese Massen, die zum großen Teil das Vertrauen zu ihrer eigenen Kraft verloren haben, unter kommunistischen Einfluß zu bringen. Durch zielbewußt geführte Kämpfe gilt es das Selbstvertrauen zur eigenen Kraft und zur Einheitsfront des Proletariats zu stärken.

Die KPD wird diese Aufgaben nur dann erfüllen können, wenn sie fest in den breiten Massen des Industrieproletariats verwurzelt ist, wenn sie ihre Organisation zu einer Kampforganisation aufbaut, deren Hauptorgane die Betriebszellen sind. Es ist Pflicht des Zentralausschusses, in Verbindung mit der Erörterung der politischen Lage und der nächsten politischen Aufgaben zu diesen organisatorischen Fragen Stellung zu nehmen.

Der Organisationsaufbau und die Organisationsmethoden der Partei bilden sich in Verbindung mit den Erfahrungen der politischen Kampagnen und Kämpfe heraus. Demzufolge geschieht in der Regel die organisatorische Auswertung der Kampferfahrungen erst dann, wenn die politischen Aufgaben der Partei das schon längst gebieten. Selbst diese praktischen Kampferfahrungen sind meist nur schwer durchzusetzen, weil die KPD noch stark mit der sozialdemokratischen Organisationstradition be-

lastet ist. Obendrein sind die wenigen Funktionäre so überlastet, daß sie jeder Anregung zum Organisationsaufbau skeptisch gegenüberstehen. Viele Genossen betrachten die Wohnbezirksorganisation, wie sie früher in der SPD war, als der organisatorischen Erfahrung letzten Schluß und begreifen nur langsam, daß der Aufbau der führenden Partei des Proletariats ein Prozeß ist, der in lebendiger Wechselwirkung mit den konkreten politischen Aufgaben der Partei steht.

Wenn in der SPD der Wohnbezirk die Organisationsbasis der Partei bildet und nur in wenigen Betrieben politische Betriebsvertrauensleute der Partei wirken, so entspricht dieser Organisationsaufbau den politischen Aufgaben der Partei. Die SPD, die den kapitalistischen Aufbau fördert und auf parlamentarisch-demokratischem Wege die Staatsinstitutionen allmählich erobern will, braucht in erster Linie einen Wahlapparat. Die Tätigkeit der Betriebsvertrauensmänner ist dabei nur ein Hilfsmittel zur Beeinflussung der Wählermassen.

Anders bildete sich der Organisationsapparat der USPD aus. Dieser Partei gehörten proletarische Massen an, die ehrlich die Diktatur des Proletariats erstrebten, obwohl sie noch in weitgehendem Maße unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Ideologie standen. In Verbindung mit ihrer politischen Tätigkeit erkannten sie die Notwendigkeit der Betriebsarbeit und schufen ein Netz von politischen Vertrauensleuten, die in den politischen Aktionen als leitende Funktionäre breite Massen führten. Trotz des Betriebsvertrauensleutesystems bildete jedoch auch in der USPD der Wohnbezirk die Basis der Organisation. Ein systematischer Aufbau der Organisation auf den Betriebszellen in Verbindung mit der Wohnbezirksorganisation war nicht vorhanden.

Die Vereinigung des linken Teiles der USPD mit der KPD konnte die sozialdemokratische Organisationstradition nicht sofort überwinden. Es galt in erster Linie, eine allgemeine organisatorische Grundlage für die politische Arbeit zu schaffen. Das war die Wohnbezirksorganisation, deren Aufbau unter den gegebenen Verhältnissen relativ am leichtesten durchgeführt werden konnte. Dieser Organisationsaufbau stand in gewissem Widerspruch zu den großen Aufgaben der Partei, zum Kampf

um die Macht, deren Basis der Betrieb ist. Dieser Widerspruch konnte sich in der ersten Periode der Parteientwicklung nur wenig offen zeigen, weil die Partei in erster Linie als Propagandapartei wirkte, Entlarvungspolitik treiben mußte und demzufolge die Einheitsfronttaktik vor allem von oben anwandte.

Zum ersten Male zeigten die Kämpfe in Mitteldeutschland die Schwächen der Wohnbezirksorganisation und die geringe Verbindung der Partei mit den Betrieben. Auf Grund dieser Erfahrungen ging die Partei zum Ausbau des Zehnersystems über. Aber erst als nach der Rathenaukampagne unsere Einheitsfronttaktik die VSPD so weit bedrohte, daß die rechten SPD-Führer jedes Zusammengehen mit der KPD ablehnten, und als sich in der Form der Betriebsrätebewegung die Einheitsfront von unten herausbildete, erkannten die Parteifunktionäre mehr und mehr die Notwendigkeit der Betriebsarbeit.

Noch offener wurden die Schwächen der Parteiorganisation bei der Durchführung der Kohlenaktion im Ruhrgebiet und in Verbindung mit der Schaffung gemeinsamer proletarischer Betriebshundertschaften in Mitteldeutschland aufgedeckt. Die Tatsache, daß die Partei nicht imstande war, die Kohlenverteilung zu organisieren, zeigte die völlig ungenügende Verbindung der leitenden Parteiinstanzen mit den Betrieben und den Mangel systematischer Betriebszellenarbeit. Ebenso lagen die Verhältnisse in Mitteldeutschland. Bei der Bildung der proletarischen Betriebshundertschaften mußte sich offen zeigen, in welchen Betrieben systematische Arbeit geleistet worden ist. Überall dort, wo diese intensive Arbeit fehlte und höchstens ab und zu einmal Propagandareden gehalten wurden, war es selbstverständlich unmöglich, gemeinsame Betriebshundertschaften zustande zu bringen. An ihrer Stelle gliederten die leitenden Funktionäre in zahlreichen Orten die Partei in Hundertschaften auf, bildeten sich aber ein, proletarische Hundertschaften organisiert zu haben. Die praktische Erfahrung zeigte den Genossen bald, daß die Hundertschaften nur dann einen Sinn haben, wenn sie als Einheitsfrontorgane der Arbeiter auf Grundlage der Betriebe zustande kommen.

Somit zwingt in erster Linie der Kampf gegen die faschistische Gefahr und die Organisierung proletarischer Hundertschaften

die Partei, ihre Tätigkeit auf die Betriebe zu konzentrieren. Die Betriebszelle bildet die Grundlage des Parteiorganismus, umfaßt die im Betrieb tätigen Parteimitglieder und eventuell die Sympathisierenden und wirkt am Produktionsherd, wo die Arbeiter, ungeachtet ob und wie sie politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, in erster Linie den Kampf um die Sicherung ihrer Lebensexistenz führen. Somit sind die Betriebszellen (früher sagte man Fraktion) nicht Organe der Wohnbezirksorganisation, wie etwa die Genossenschaftsfraktion, sondern die Hauptorgane der Partei, die im Funktionärkörper und in der Parteileitung die ausschlaggebenden Kräfte sind.

Die Schaffung der Betriebszellen ist insbesondere zur schnellen Mobilisierung der Arbeiter notwendig. Kampagnen oder Aktionen können von der Partei nur dann wirkungsvoll durchgeführt werden, wenn eine schnelle und intensive Beeinflussung der Arbeiter in den wichtigsten Großbetrieben erfolgt. Besonders in der gegenwärtigen Periode des Abwehrkampfes wird es nur dann gelingen, breite Massen in Bewegung zu bringen, wenn die kommunistischen Betriebszellen energisch und zielbewußt den Kampf um die Tagesforderungen der Arbeiter führen, sich das Vertrauen der Belegschaften erwerben und dadurch imstande sind, bei politischen Kämpfen breite Massen zu beeinflussen und in den Kampf zu führen. Diese tägliche intensive Beeinflussung der Arbeiter, die Erwerbung des Vertrauens zur kommunistischen Betriebszelle auf Grund ihrer täglichen Arbeit für die Lebensinteressen der Arbeiter gewährleistet allein die Entwicklung der Partei zur Massenpartei und schafft einen breiten Ring Sympathisierender, die täglich in lebendiger Verbindung mit der Betriebszelle stehen.

Aber auch die innere Kraft der Partei wird gestärkt, wenn sich die Mitgliedschaft vor allem aus den fortgeschrittensten Schichten des Industrieproletariats rekrutiert, die in den Großbetrieben konzentriert sind. Die politische Energie, die Aktionsfähigkeit und der Aktionsradius der Partei werden wesentlich vergrößert.

Die Eigenart der Tätigkeit der Betriebszellen bringt es notwendig mit sich, daß es mit Hilfe der Zellen eher möglich ist, Genossen zur verantwortlichen Parteiarbeit heranzuziehen und

damit den Funktionärkörper zu vergrößern und zu aktivieren, als es bisher der Fall war; denn die Genossen sind täglich im Betrieb zusammen und werden täglich vor konkrete Aufgaben gestellt, vor denen sie sich nicht so leicht drücken können als in der Wohnbezirksorganisation.

Nicht ohne Einfluß wird die Zellenarbeit auf die Tätigkeit der kommunistischen Betriebsräte sein. Bei systematischer Arbeit der Zelle ist die sorgfältige Auswahl der kommunistischen Betriebsratskandidaten möglich, und nach der Wahl stehen die Genossen unter der Kontrolle der Zelle und sind an die Beschlüsse derselben gebunden.

Die Betriebszellenarbeit ist weiterhin geeignet, die Zeitungspropaganda und den Schriftenvertrieb zu fördern. Im Betrieb ist es möglich, täglich die Arbeiter über die Stellung der kommunistischen Presse zu den Tagesfragen zu informieren und sie zum Abonnement zu veranlassen. Das Abonnementsgeld kann am Lohntag kassiert werden. Dasselbe trifft zu auf den Schriftenvertrieb. Trotz der großen Bedeutung des Literaturvertriebes für die Beeinflussung breiter Massen werden gegenwärtig nur wenige kommunistische Schriften umgesetzt. Erst wenn der Betriebsliteraturobmann den Vertrieb organisiert und am Lohntag die aktuellsten Schriften zum Kauf anbietet, werden die kommunistischen Schriften als Mittel zur Beeinflussung und Aktivierung der Arbeiter in den Besitz weiterer Kreise der Arbeiterschaft kommen.

Welche Bedeutung die Betriebszellen in Perioden der Illegalität haben, wo öffentliche Versammlungen nicht abgehalten werden können, braucht an dieser Stelle nicht besonders hervorgehoben zu werden. Die russischen und die italienischen Erfahrungen würden allein genügen, die Notwendigkeit der Betriebszellenarbeit und ihre rasche Durchführung zu beweisen.

In Verbindung mit der Betriebsarbeit wird notwendigerweise eine Umstellung der Parteipresse erfolgen. Obwohl die Arbeiter am stärksten unter den Einflüssen der Vorgänge im Betrieb stehen, wo in erster Linie und am unmittelbarsten der Kampf um die Lebensinteressen des Proletariats geführt wird, spiegelt die kommunistische Presse diese im Betrieb in Erscheinung tretenden Nöte der Arbeiter nicht wider. Der Betrieb ist der

Ort, wo die nachhaltige Beeinflussung und Aktivierung der Arbeiter am ehesten möglich ist. Diese Tatsachen müssen die Partei veranlassen, in der Presse mehr auf die Vorgänge in den Betrieben einzugehen und weniger „hohe“ Politik zu treiben. Die Berichterstattung über die Betriebsarbeit ist systematisch zu organisieren. Wenn die leitenden Parteifunktionäre die Betriebszellenarbeit ernst durchführen, dann werden auch die kommunistischen Zeitungen zu wirklichen Arbeiterzeitungen werden, deren Inhalt aufmerksam von breiten Massen der Arbeiterschaft gelesen wird.

Auf Grund dieser politischen und organisatorischen Notwendigkeiten hat der Zentralausschuß die Aufgabe, die Parteigenossen für die Schaffung kommunistischer Betriebszellen zu mobilisieren und ihnen die organisatorische Grundlinie anzugeben, nach der die Arbeit in Angriff zu nehmen ist. Endgültige Richtlinien können selbstverständlich noch nicht beschlossen werden, weil erst die Praxis die Methoden der Betriebsarbeit lehrt und sich aus der praktischen Tätigkeit die Organisation der Betriebszellen und der Gesamtpartei herauskristallieren wird. Also kein Schema, keine unverständlichen Paragraphen, sondern lebendige Arbeit ist notwendig.

Es ist selbstverständlich, daß diesem Organisationsaufbau große Schwierigkeiten entgegenstehen. Aber alle Hemmnisse, auch der mögliche passive Widerstand eines Teiles der Mitglieder darf uns nicht von der energischen Durchführung der Zellenarbeit abhalten, denn wenn wir jetzt nicht mit allen Mitteln unsere Arbeit fester in den Betrieben verwurzeln, dann sind wir mitverantwortlich, wenn die Arbeiterschaft den Kampf gegen die faschistische Gefahr nicht in breiterer Kampffront führt. Die Erfahrungen in der Zellenarbeit werden die Genossen am ehesten von der Notwendigkeit derselben überzeugen.

Die Durchführung der Betriebsarbeit muß so beweglich wie möglich geschehen. In den Großbetrieben, wo die Kommunisten bereits systematisch arbeiten, ist die Zellenarbeit auszubauen und zu verstärken. Daneben sind besonders jene Betriebe von den Beauftragten der Parteileitungen zu bearbeiten, in denen die Arbeiterschaft aus irgendwelchen Anlässen augenblicklich besonders erregt ist (Vorgehen der faschistischen Banden, Ab-

lehnung der Lohnforderungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen u. a.). Besonders ist die Tätigkeit auf die wichtigsten Großbetriebe zu konzentrieren, in denen die Verhältnisse für die Zellenbildung am günstigsten sind.

Wenn in Verbindung mit diesen konkreten Aufgaben die Zellenarbeit organisiert wird, dann wird es kaum Genossen geben, die sich der Notwendigkeit dieser Arbeit verschließen. Die Betriebszellenbildung darf also keineswegs abstrakt organisatorisch geschehen. Die Arbeit wird nur Erfolge zeitigen, wenn die Parteiorgane die Betriebe individuell bearbeiten und ihre Kräfte konzentrieren.

Die Betriebszellen müssen in innige Verbindung mit der Wohnbezirksorganisation gebracht werden. In der Leitung der Ortsgruppe und im Funktionärkörper müssen die Betriebszellenobleute der wichtigsten Großbetriebe den stärksten Einfluß haben. Also kein Nebeneinander von Betriebszellen und Wohnbezirksorganisation, sondern so lebendige Verbindung, daß man sagen kann, die Hauptorgane der Partei sind die Betriebszellen und die Zehnergruppen.

Dem Zentralauschuß obliegt die Aufgabe, eingehend über diese wichtigen politischen und organisatorischen Fragen zu diskutieren und den Parteigenossen diese nächsten Aufgaben vorzuzeichnen.

*„Die Rote Fahne“ Nr. 100,
16. Mai 1923.*

Mobilisierung gegen die Regierung der nationalen Schmach

Die bürgerlichen Parteien haben im Thüringer Landtag die Maßnahmen der Thüringer Regierung in bezug auf die Besetzung von Zella-Mehlis gebilligt und ihr für diese bürgerliche Politik des sozialdemokratischen Polizeiministers Hermann das Vertrauen ausgesprochen. Dieser parlamentarische Akt beleuchtet blitzartig die Politik der Thüringer Regierung und der SPD.

Zu derselben Zeit, wo die verschärfte Offensive des Kapitals die Lebensexistenz des Proletariats bedroht, wo die Faschisten fieberhaft rüsten und die Hitlerbanden Thüringen bedrohen, läßt der Sozialdemokrat Severing Suhl mit Schupo belegen und stationiert der Sozialdemokrat Hermann Landespolizei nach Zella-Mehlis. Auf die Anklagen der Kommunisten antwortet der Thüringer Jungdominister: „Die Landespolizei soll die bayrischen Faschisten abwehren.“

Das ist wahrhaftig eine ebenso bewundernswerte Strategie, als wenn etwa die Reichsregierung bei Abwehrkämpfen der Arbeiter Truppen in Berlin zusammenzieht und erklärt, das Militär solle dort Deutschland gegen polnische Angriffe sichern. Seckt-Severing-Hermann als Bekämpfer der Faschisten — wer lacht da nicht? Da aber Hermann zu den echten Neusozialdemokraten gehört, betonte er offenherzig im Landtag, daß in Zella-Mehlis gegenüber den ihre Interessen vertretenden Arbeitern „Ruhe und Ordnung“ geschaffen werden müsse. Diese Terminologie erinnert an die klassischen Aussprüche des Arbeiterschlächters Noske und kennzeichnet zur Genüge die Politik der Thüringer Regierung, die nach den Worten des sozialdemokratischen Abgeordneten Knauer in der bisherigen Weise — zur Zufriedenheit der Bürgerlichen — fortgesetzt wird.

Gegen diese Politik wird die Kommunistische Partei im Namen der breiten Massen der Arbeiter den schärfsten Kampf führen. Die Regierung hat durch ihre Taten gezeigt, daß sie nicht gewillt

ist, im Sinne ihres Regierungsprogramms Arbeiterinteressen zu vertreten, sondern daß sie ihre Aufgabe im Aufbau der bürgerlichen Demokratie sieht. Vom Sozialismus und dem Kampf um die Lebensinteressen der Arbeiter will sie nur von dem für sozialdemokratische Lippenbekenntnisse geschaffenen gesetzlichen Feiertag am 1. Mai träumen. Die Thüringer Arbeiter werden dieser Politik der Thüringer Regierung und der SPD-Führer ebensowenig Sympathie bezeigen wie dem Holzwucher Hartmanns.

Wie die Arbeiter über die Maßnahmen im Kampf gegen die Konterrevolution denken und handeln, das zeigten die Selbsthilfemaßnahmen anlässlich der Ermordung Rathenaus. Ohne sich auf die staatlichen Organe zu verlassen, bildeten die Arbeiter in den wichtigsten Orten des Landes unabhängig von der Parteizugehörigkeit des einzelnen gemeinsame Abwehrorgane. Die proletarischen Massen erkannten auf Grund der bisherigen Erfahrungen, daß der Abwehrkampf gegen den Faschismus nicht von einigen getrennt marschierenden Arbeiterorganisationen geführt werden kann, sondern daß er nur geschlossen, bei Mobilisierung aller proletarischen Kräfte Erfolge zeitigt. Leider fielen SPD und USPD der Arbeiterschaft in den Rücken. Gegen den Willen der revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter führte die Thüringer Bezirksleitung der SPD einen Befehl ihrer Zentralleitung aus und zwang die Ortsgruppen zur Sprengung der Einheitsfront gegen die Konterrevolution. Seit dieser Zeit datiert der offene Rechtskurs der Thüringer Sozialdemokratie und der Regierung mit dem Resultat, daß nunmehr die Bürgerlichen, einschließlich der Deutschnationalen, ihrer Zufriedenheit mit den Maßnahmen Hermanns Ausdruck gaben und dem Antistreikminister Frölich attestierten, daß er auf Grund seiner Politik ein gutes Gewissen haben könne.

Hermann war die berechtigte Sympathie der Bürgerlichen wenig angenehm, und er versuchte deshalb alles auf die Reichsregierung abzulenken. Die Beseitigung der rechten und linken Selbstschutzorgane in Thüringen setze das Eingreifen der Reichsregierung gegen die faschistischen Verbände voraus. Wie bequem macht sich doch Herr Hermann die Verschleierung der Untätigkeit der Thüringer Regierung. Die Politik der sächsischen

Regierung zeigt, wieweit auch unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen in den Ländern ernstlich der Kampf gegen die Offensive des Kapitals und den Faschismus geführt werden kann. Will Herr Hermann etwa den Thüringer Arbeitern einreden, daß die Thüringer Regierung die proletarischen Betriebs Hundertschaften und Kontrollausschüsse nicht ebenso unterstützen könne wie die sächsische Regierung? Von den Arbeitern vor diese Frage gestellt, ruft die Thüringer Regierung verzweifelt: Reichsregierung, hilf, bekämpfe die faschistischen Verbände, damit wir in Thüringen nicht unter dem Druck der Arbeiter die proletarischen Selbstschutzorgane unterstützen müssen!

Wer ist denn diese Reichsregierung? Es ist dieselbe Regierung, die durch Anerkennung der Note vom 13. November 1922^[6] als Regierungsprogramm den Kampf gegen die Lebensinteressen der Arbeiter aufgenommen hat.

Beseitigung des Achtsturentages, Beseitigung der Zwangswirtschaft, Freiheit dem Wucher, Abbau der Arbeiterrechte, Stinnesierung der Staatsbetriebe, das ist der Sinn der Note vom 13. November, der die Thüringer Regierung und die sozialdemokratischen Führer zustimmten. Mit dieser Reichsregierung, die sich bisher als Werkzeug des Großkapitals bewährt, bildeten die Thüringer Regierung, die SPD und der ADGB die „nationale Einheitsfront“ gegen den französischen Imperialismus. Nachdem die deutsche Bourgeoisie mit dem „nationalen Widerstande“ glänzende Geschäfte gemacht und mit Hilfe des ADGB im Zeichen der Marktstabilisierung den Reallohn der Arbeiter gesenkt hat, kapituliert sie vor dem französischen Imperialismus und versucht, sich mit dem „Erbfeind“ auf dem Buckel der Arbeiter zu verständigen und entsprechend den Bedingungen der Großindustrie die deutschen Arbeiter zu Kolonialsklaven zu machen. Die Voraussetzung hierzu ist die Provokation und militärische Niederschlagung der Arbeiter, wie sie im Ruhrgebiet gemeinsam von dem deutschen und französischen Militarismus geschieht und in den anderen Gebieten Deutschlands vorbereitet wird. Die Zusammenziehung der Reichswehr bei Magdeburg, die zahlreichen Truppentransporte nach den Industriezentren, die Übungen der Reichswehr bei Ohrdruf kennzeichnen die große Gefahr für die Arbeiterklasse.

In diesem Zusammenhang gilt es die Besetzung von Suhl und Zella-Mehlis zu betrachten. Die dort stationierten Truppen werden in keinem Falle im Kampfe gegen den Faschismus Verwendung finden, sondern sie werden gegen die revolutionären Arbeiter des Suhler Gebietes eingesetzt werden, sobald diese mit Hilfe ihrer Organe den Wucher und den Faschismus bekämpfen.

Ebenso wie die Kommunistische Partei den Kampf führt gegen die Regierung der nationalen Schmach, die Regierung Cuno, ebenso ist sie nunmehr gezwungen, der sozialdemokratischen Regierung Thüringens die Unterstützung zu entziehen, nachdem diese durch ihre Polizeimaßnahmen das Vertrauen der Bürgerlichen einschließlich der Deutschnationalen erworben hat und in Thüringen im Sinne der Politik der Regierung Cuno arbeitet.

Die Arbeiter sind jetzt vor die Frage gestellt:

Wollt ihr den Kampf gegen die weitere Senkung des Reallohnes führen?

Wollt ihr die Angriffe der Großindustriellen und der Regierung Cuno auf eure Lebensexistenz abwehren und damit die Stinnesdiktatur verhindern?

Wollt ihr die Regierung der nationalen Schmach beseitigen und eine Arbeiterregierung im Reich erkämpfen, die gemeinsam mit der Arbeiter- und Bauernregierung Sowjetrußlands den Entente-Imperialismus abwehrt?

Wenn ihr das wollt, dann bildet in allen Großbetrieben und Orten die einmütige Kampffront des Proletariats, dann bildet proletarische Abwehrorgane gegen die faschistische Gefahr auf Grundlage der Betriebe, dann schafft Arbeiterorgane zur Bekämpfung des Wuchers und Schiebertums, dann führt die Bildung einer Arbeiterregierung auch in Thüringen herbei, die euch im Kampf um eure elementarsten Lebensinteressen hilft.

Es lebe die Einheitsfront des kämpfenden Proletariats!

„Neue Zeitung“, Großthüringen, Nr. 127,
4. Juni 1923.

Einige politisch-organisatorische Fragen

I

Der Abwehrkampf gegen die faschistische Gefahr und gegen die wirtschaftliche Verelendung der Arbeiterklasse und der Mittelschichten hat in Verbindung mit der Bildung der proletarischen Einheitsfront gezeigt, daß wesentliche organisatorische Schwächen die Partei bei der Durchführung ihrer politischen Aufgaben hemmen. Der organisatorische Aufbau ist mit der politischen Entwicklung der Partei verbunden. Am deutlichsten zeigen sich im Verlaufe der Aktionen die Schwächen des Organisationskörpers und die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Überwindung. Deshalb hinkt in der Regel die organisatorische Entwicklung der Partei den politischen Aufgaben nach. Das kann besonders dann zur Hemmung der Aktionen führen, wenn die Partei aus traditionellen Rücksichten oder anderen Gründen es nicht genügend versteht, bei vorangegangenen Kampagnen und Aktionen das organisatorische Fazit der Bewegung zu ziehen und die notwendigen organisatorischen Maßnahmen durchzuführen.

Die Kommunistische Partei, die sich die Aufgabe stellt, breite Massen der Arbeiter zielbewußt vorwärtszuführen, muß es im Interesse der Aktionsfähigkeit der Partei fertigbringen, organisatorische Erfahrungen der Gesamtpartei beziehungsweise der fortgeschrittensten Parteiorganisationen auch in den Organisationen durchzusetzen, wo infolge unzureichender revolutionärer Erfahrung Teile der Parteimitgliedschaft von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen noch nicht völlig überzeugt sind. Derselbe Grundsatz gilt selbstverständlich auch für das Verhältnis zwischen der Exekutive der Komintern und den einzelnen Sektionen.

Die ungeheuren Aufgaben, die die Partei im Kampf gegen die Verelendung der Arbeitermassen, gegen die Verschacherung der deutschen Nation an den französischen Imperialismus sowie

im Kampf gegen die faschistische Gefahr zu erfüllen hat, und die in den kommenden Monaten und Wochen zu erwartende Steigerung der revolutionären Kämpfe erfordern, daß die Partei ernstlich ihr organisatorisches Rüstzeug prüft.

Die taktische Situation der Arbeiterschaft in der Periode des Abwehrkampfes zeigt, daß nur dann der Angriff des Gegners erfolgreich abgeschlagen werden kann, wenn eine schnelle Mobilisierung breiter Massen an der entscheidenden Stelle möglich ist und die Arbeiterschaft der nichtbeteiligten Bezirke beziehungsweise Industrien zur Unterstützung der Kämpfenden beiträgt. Der offensive Gegner ist stets im Vorteil, weil er planmäßig mit konzentrierten Kräften angreift, und zwar nach Möglichkeit an den schwächsten Stellen der Arbeiterschaft. Die Kommunistische Partei als einzige zielsichere Führerin der Arbeiterklasse wird nur dann imstande sein, in breiter Arbeiterfront die Angriffe abzuwehren, wenn sie versteht, breite Massen schnell zu mobilisieren und entsprechend der taktischen Situation zu manövrieren. Die Kampfaufgaben gebieten den organisatorischen Aufbau nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Partei muß fest in den Betrieben verwurzelt sein, und die Betriebszellen müssen das Fundament der Partei im weitesten politischen und organisatorischen Sinne bilden.
2. Die Zehnergruppen müssen als politisch-organisatorische Arbeitsorgane der Partei funktionieren.
3. Die Partei muß straff zentralisiert und diszipliniert sein.

Der Betrieb, die Produktionsstätte ist der Ort, wo Massen von Arbeitern täglich gemeinsam fronden müssen und im Kampf um das nackte Leben zusammengeschweißt werden. Hier saust unmittelbar die Peitsche der großindustriellen Diktatur auf die Arbeiter nieder. Durch tägliche revolutionierende Arbeit der kommunistischen Betriebszellen gilt es, den Abwehrwillen und die Empörung der Arbeiter umzumünzen in revolutionäre Kraft, es gilt ihr Selbstbewußtsein zu stärken und Kampfpositionen zu erobern. Der Betrieb ist die Quelle der revolutionären Kraft des Proletariats. Besonders die gegenwärtigen, in weitestem Maße stattfindenden Lohnkämpfe zeigen die Notwendigkeit der kommunistischen Betriebszellen. Ist die Partei auf aktiven Betriebs-

zellen aufgebaut, so wird sie imstande sein, die Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer zu brechen, die Teilkämpfe vorwärtszutreiben, zu verbreitern, zusammenzufassen, mit konzentrierter Kraft zu steigern und über den ursprünglichen wirtschaftlichen Rahmen hinauszutreiben. Nur mit Hilfe der Betriebszellen kann die Partei jene Gebote einer revolutionären Kampfleitung in die Tat umsetzen, die Genossin *Rosa Luxemburg* in der Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ folgendermaßen formuliert:

„Die Parole, die Richtung dem Kampfe zu geben, die *Taktik* des politischen Kampfes so einzurichten, daß in jede Phase und in jedem Moment des Kampfes die ganze Summe der vorhandenen und bereits ausgelösten, betätigten Macht des Proletariats realisiert wird und in der Kampfstellung der Partei zum Ausdruck kommt, daß die Taktik der Sozialdemokratie nach ihrer Entschlossenheit und Schärfe nie *unter* dem Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses steht, sondern vielmehr diesem Verhältnis vorausseilt, das ist die wichtigste Aufgabe der ‚Leitung‘ in der Periode der Massenstreiks.“¹

Der Abwehrkampf der Arbeiter kann nur dann in breiter Front durchgeführt werden, wenn die Parteiorgane es verstehen, die allgemeinen Kampfaufgaben der Kommunistischen Partei in jedem Betrieb, Ort und Bezirk mit den dort vorhandenen speziellen Nöten der Arbeiter in Verbindung zu bringen. Deshalb ist die Tätigkeit der Bezirksleitungen für die Durchführung der Bewegungen von besonderer Bedeutung. Die Bezirksleitungen müssen Kampfleitungen sein. Sie haben nicht etwa nur die Aufgabe, die politischen Anweisungen der Zentrale auf dem Verwaltungswege weiterzugeben, sondern sind verpflichtet, diese konkret durchzuführen und entsprechend den Verhältnissen in den einzelnen Bezirken, Orten und Betrieben unter Umständen zu ergänzen und zu popularisieren. Voraussetzung dazu ist nicht nur eine innige Zusammenarbeit zwischen Bezirksleitung und Ortsgruppen und Unterbezirksleitungen und Ortsgruppen, sondern auch direkt mit den einzelnen Betriebszellen. Die schnelle Einleitung und erfolgreiche Durchführung von Aktionen hängt wesentlich davon ab, wieweit es die Bezirksleitungen verstehen,

¹ Rosa Luxemburg, *Ausgewählte Reden und Schriften*, I. Bd., Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 208.

den Betriebszellen und Ortsgruppen individuell konkrete Anweisungen zu geben, die Durchführung zu unterstützen und die Ausführung zu kontrollieren.

Notwendig zeitigt die Konkretisierung der allgemeinen Anweisungen der Zentrale insofern wesentliche Gefahren, als passive Ortsgruppen und einzelne Genossen ihre Untätigkeit nach echt sozialdemokratischer Manier mit den besonderen Verhältnissen am Ort zu begründen versuchen. Gegenüber diesen Tendenzen muß mit Hilfe schärfster Kontrolle durchgesetzt werden, daß die allgemeinen Anweisungen der Partei, ganz gleich, ob es sich um die Kampagne für die Arbeiterregierung, die Sachwert-erfassung oder um die Rote-Hilfe-Woche handelt, in jedem Bezirk mit allen Kräften zur Durchführung gelangen.

Die passiven Tendenzen, die oft in der Schwäche der kommunistischen Bewegung wurzeln, wirken sich außerdem in der falschen Anwendung der Einheitsfronttaktik aus. Es genügt nicht, gegen diese Tendenzen Resolutionen zu schreiben, sondern es ist notwendig, durch individuelle nachdrückliche Bearbeitung der einzelnen Ortsgruppen und Genossen und durch Ausbau einer systematischen Kontrolle der Parteiarbeit diese Fehler zu verhindern.

Besonders kraß tritt die Passivität vieler Organisationen in Erscheinung, wenn sich in irgendeinem Gebiet des Reiches eine Massenbewegung der Arbeiter entwickelt. Statt sofort darauf zu reagieren und die Kämpfenden zu unterstützen, verhalten sich die Organisationen, als ob sie dies alles nichts angehe. Werden zur Zeit in Sachsen die proletarischen Hundertschaften gebildet und die übrigen Bezirke verhalten sich passiv, so bedeutet das eine Schwächung der Bewegung in Sachsen, während doch gerade das sächsische Beispiel in erster Linie ein Mittel sein sollte, die Abwehrbewegung der Arbeiter im Reichsmaßstab zu beeinflussen. Nur wenn im übrigen Reich lebendig auf die Bewegung reagiert wird, ist die Partei in der Lage, die Kampferfahrungen eines Gebietes auch den nicht direkt beteiligten Arbeitern nachhaltig zum Bewußtsein zu bringen.

Die Ausnutzung der konkreten Situation in den einzelnen Bezirken bringt die Gefahr der Kantönli-Politik mit sich. Deshalb ist besonders in der Periode der Abwehrkämpfe nicht nur im Interesse der Zusammenfassung der Bewegung, sondern zur Ver-

meidung rechter Abweichungen die straffste Zentralisation der Partei notwendig. Das gleiche trifft auch auf die Zentralisation der Kommunistischen Internationale zu.

Wenn wir feststellen, daß die Aktionsfähigkeit der Partei wesentlich von ihrem Organisationsaufbau und den Organisationsmethoden abhängt, und darauf hinwies, daß es im Interesse der Kampffähigkeit der Partei, wenn es notwendig ist, die organisatorischen Umstellungen auch schmerzvoll durchgeführt werden müssen, so taucht die Frage auf: Hat die KPD bisher der systematischen Förderung des organisatorischen Aufbaus der Partei die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet? Wir antworten: Nein. Die organisatorischen Fragen wurden meist nur als verwaltungstechnische Aufgaben behandelt. Am deutlichsten zeigt sich das in der Zehnergruppenfrage. Obwohl die Organisationen von der Zentrale ausführlich und nachdrücklich auf die politische Bedeutung der Zehnergruppen hingewiesen wurden, sehen die örtlichen Organisationen vor allem die kassentechnische Seite der Frage, und soweit überhaupt Zehnergruppenführer existieren, sind sie zumeist als Beitragskassierer tätig.

Ein nicht zu unterschätzendes Hemmnis des organisatorischen Aufbaus der Partei besteht darin, daß nicht die organisatorischen Erfahrungen der Ortsgruppen und Bezirke ausgetauscht und der Gesamtpartei zugänglich gemacht werden. Seit einiger Zeit füllt zwar „Der Parteiarbeiter“ diese Lücke aus, es ist aber außerdem erforderlich, daß alle Parteimitglieder die Erfahrungen kennenlernen. Das ist in erster Linie die Aufgabe der kommunistischen Tagespresse. Gegenwärtig werden in der kommunistischen Presse organisatorische Fragen fast nicht besprochen, obwohl das zur Anregung der Tätigkeit jedes einzelnen Mitgliedes dringend notwendig ist.

Die Verbreiterung der Parteibasis erfordert eine schnellere Heranbildung von Funktionären. Die Pressediskussion über Organisationsfragen ist ein geeignetes Mittel, um die werdenden Funktionäre zu informieren und ihnen Organisationserfahrungen mitzuteilen. Es kommt hinzu, daß die organisatorische Entwicklung der einzelnen Parteibezirke besondere Erfahrungen zeitigt. Aus diesem Grunde müssen die Erfahrungen, vor allem der fortgeschrittensten Bezirke, der übrigen Parteimitgliedschaft

mitgeteilt werden, damit in allen Bezirken der Erfahrungsweg bis zu einem gewissen Grade abgekürzt werden kann.

Von besonderer Bedeutung für unsere Parteiarbeit ist neben den angegebenen Aufgaben die Beobachtung der organisatorischen Tätigkeit des Gegners. Die Partei muß aufs genaueste über die allmählichen Veränderungen in der SPD informiert sein, so zum Beispiel über den Ausbau des Betriebsobleutesystems der Sozialdemokratischen Partei. Wir müssen weiter wissen, wie die Faschisten ihre Tätigkeit in den Betrieben organisieren und mit welchen Mitteln sie versuchen, ihren Einfluß systematisch zu verbreitern. Eine schnelle Information der Parteileitungen über derartige Beobachtungen ist notwendig, damit die Partei imstande ist, entsprechend darauf zu reagieren und die Gesamtheit der Funktionäre davon in Kenntnis zu setzen.

II

Wir stellten fest, daß die Kampffähigkeit der Partei im wesentlichen von der Verwurzelung unserer Tätigkeit in den Betrieben abhängt. Trotz der Bedeutung der systematischen kommunistischen Tätigkeit in den Betrieben hat die Partei bisher dieser Aufgabe nicht die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet. Das liegt zum Teil in der sozialdemokratischen Tradition begründet, die noch mehr oder weniger auf der Partei lastet.

Es muß aber außerdem betont werden, daß der Aufbau der Partei auf Betriebsbasis durch die Beschlüsse des Heidelberger Parteitages^[7] wesentlich gehemmt wurde, die die Spaltung des Spartakusbundes zur Folge hatten. Weil die Trennungslinie zu weit rechts gezogen wurde, verließen gesunde revolutionäre Elemente die Partei, und jene Genossen, die zur Linken gehörten, aber in der Partei verblieben, waren nicht imstande, zu verhindern, daß die Partei gegenüber der KAPD in das entgegengesetzte Extrem verfiel.

Meines Erachtens ist das mit auf die Tatsache zurückzuführen, daß auf dem Vereinigungsparteitag zu weitgehende Konzessionen an die sozialdemokratische Organisationstradition gemacht wurden. Erst jetzt, nach harten Erfahrungen, geht die Partei dazu über, die Organisation in den Betrieben aufzubauen, weil

ohne Betriebszellenarbeit die richtige Durchführung der Einheitsfronttaktik unmöglich ist. Nur auf diesem Wege ist die Partei imstande, breite Massen schnell in den Kampf zu führen, den Abwehrkampf gegen den Faschismus zu organisieren, die Wirtschaftskämpfe entscheidend zu beeinflussen, die Revolutionierung der Gewerkschaften zu beschleunigen und den Kampf um die Arbeiterregierung im Reich durchzuführen.

Wesentlich ist der Einfluß der Betriebszellenarbeit auf die Partei selbst. Durch die tägliche revolutionäre Arbeit in den Betrieben wird der kommunistische Einfluß erweitert, die Partei wird zu einer Massenpartei des Proletariats, umgeben von einem breiten Ring Sympathisierender. Dieses Anwachsen der Partei kann selbstverständlich auch hemmend auf die revolutionäre Aktionsfähigkeit der Partei wirken, besonders dann, wenn unser Einfluß unter den Kleinbauern und Mittelschichten wächst und sich organisatorisch auswirkt. Diesen Gefahren kann nur begegnet werden, indem die Betriebszellen das Fundament der Partei im weitesten Sinne des Wortes bilden. Dadurch wird den fortgeschrittensten, revolutionärsten Elementen der Industriearbeiterschaft der entscheidende Einfluß in der Partei gesichert. Vor allem bietet aber die Betriebszellenarbeit die Möglichkeit, die Parteimitgliedschaft zur aktiven Parteiarbeit heranzuziehen. Im Betrieb werden die Genossen täglich vor konkrete Kampfaufgaben gestellt, und die Betriebszellenleitung ist imstande, durch dauernde innige Verbindung mit jedem einzelnen Genossen die Parteimitglieder zur Tätigkeit heranzuziehen und zu kontrollieren.

Mit Hilfe der Betriebszellen kommen wir somit der Verwirklichung des Grundsatzes näher: Jedes Parteimitglied ein Funktionär. Die Kontrolle der Parteitätigkeit der einzelnen Mitglieder durch den Parteikörper im Betriebe, die Betriebszelle, hat zugleich eine stärkere Kontrolle der Tätigkeit der kommunistischen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre zur Folge.

Indem die Betriebszelle als höchste Parteiinstanz im Betrieb von vornherein die Tätigkeit der kommunistischen Betriebsräte beeinflusst, können zahlreiche Differenzen zwischen den kommunistischen Betriebsräten und den Parteigenossen im Betriebe verhindert werden. Die Einhaltung der einheitlichen kommunisti-

schen Linie im Betrieb wird damit ermöglicht. Von entscheidender Bedeutung für die gesamte Parteiarbeit ist die Tätigkeit der Betriebszellen in Perioden der Illegalität. Die italienische Erfahrung lehrt, daß die Partei in diesen Zeiten nur in den Betrieben die Arbeiter beeinflussen kann.

Die Umstellung der Parteiorganisation von der Propagandapartei zur Aktionspartei rollt die Frage der Demokratie innerhalb der Partei auf. Diese Frage ist auch deswegen jetzt von Bedeutung, weil mehr als bisher Kleinbürger, Kleinbauern usw. der Partei beitreten und auf diese Art in manchen Orten und Gebieten diese kleinbürgerlichen Elemente die politische Tätigkeit der Partei stark beeinflussen können. Will die Partei auch weiterhin die Partei des Klassenkampfes bleiben, so muß den fortgeschrittensten Elementen der Industriearbeiterschaft auf jeden Fall der entscheidende Einfluß in der Partei gesichert sein.

Das bedeutet keineswegs die Einteilung der Parteimitglieder in zwei Kategorien, sondern erfordert nur, daß die Mitgliederversammlungen, Konferenzen usw. vom Funktionärkörper beziehungsweise von der Parteileitung gründlich vorbereitet werden. Zum Beispiel werden gegenwärtig zumeist die Ortsleitungsmitglieder auf typisch sozialdemokratische Art in der allgemeinen Mitgliederversammlung gewählt, wobei die Stimmungsmache oft das Wahlergebnis beeinflußt. Statt dahin zu wirken, daß die von den Betriebszellen der Großbetriebe vorgeschlagenen Genossen sowie die Ressortleiter die Ortsleitung bilden, ist zumeist das Wahlergebnis ein Zufallsresultat. Die ungenügende Verbindung der auf sozialdemokratische Art und Weise gewählten Parteileitung mit den die Parteibeschlüsse ausführenden Organen zeitigt oft Differenzen, weil die Beschlüsse häufig undurchführbar sind.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in bezug auf die Delegation zu Konferenzen. Heute werden oft Genossen auf Bezirksparteitage, Unterbezirkskonferenzen usw. entsandt, weil sie in irgendeiner Frage sich besonders laut bemerkbar machten, während sie in der Parteiorganisation keine bestimmten Funktionen ausüben. Werden diese Genossen zur Konferenz delegiert, so hat das zur Folge, daß die Beschlüsse der Konferenz in dem betreffenden Ort ungenügend oder gar nicht durchgeführt werden,

weil der Genosse nicht selbst mit zu den ausführenden Organen gehört und die leitenden Parteiorgane am Ort nur unzureichende Informationen besitzen. Deshalb ist es notwendig, daß leitende verantwortliche Funktionäre delegiert werden. Sollten die Parteigenossen der Meinung sein, daß der betreffende Delegierte nicht genügend energisch die Auffassung der Ortsgruppe vertritt, dann ist der Betreffende auch nicht in der Lage, als erster oder zweiter Vorsitzender in der Ortsgruppe zu fungieren. Dann soll man konsequent sein und ihn seines Postens entheben. Nur wenn die innerparteiliche Demokratie so durchgeführt wird, daß eine innige Verbindung zwischen beschließenden und ausführenden Organen vorhanden ist, ist die Aktionsfähigkeit der Partei gewährleistet.

Vorstehende Ausführungen sind das Resultat der Beobachtungen und Erfahrungen in den letzten Monaten. Es erscheint uns notwendig, daß über diese Fragen in den Parteiorganisationen eingehend diskutiert wird, damit bei der organisatorischen Umstellung der Partei alle Erfahrungen berücksichtigt werden können. Die Durchführung der Betriebszellenarbeit mit allen ihren organisatorischen Folgen ist ein Entwicklungsprozeß, der den organisatorischen Aufbau der Partei grundlegend ändert und die organisatorischen Voraussetzungen für die Kampffähigkeit der Kommunistischen Partei schafft. Wir sind uns klar über die Widerstände, die in einzelnen Organisationen entstehen. Aber gerade deswegen gilt es, mit aller Energie an die Arbeit zu gehen, damit die organisatorischen Schwächen der Partei nicht zum Hemmnis ihrer Aktionsfähigkeit werden.

*„Die Internationale“, Heft 16,
15. August 1923.*

Die Nachkriegskrise in Deutschland und die Ereignisse des Jahres 1923

Unter der unmittelbaren Einwirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution fanden in den kapitalistischen Ländern Europas große revolutionäre Kämpfe der Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg statt. In Deutschland war die Novemberrevolution die Kraftprobe des Proletariats. Unter der Losung des Spartakusbundes „Sozialistische Republik“ führte die Arbeiterklasse die Novemberrevolution durch. Sie sprengte die monarchistische Herrschaft und erkämpfte sich einige demokratische Rechte: den Achtstundentag, das Wahlrecht für die Frauen, die Presse- und Versammlungsfreiheit und einiges mehr. Die Hauptaufgabe der Novemberrevolution, die Grundlagen des Imperialismus in Deutschland zu vernichten, den alten Staatsapparat zu zerschlagen und damit die Voraussetzungen für Demokratie und Sozialismus zu schaffen, wurde jedoch nicht gelöst.

Durch den Verrat der rechten SPD-Führung blieb die Novemberrevolution eine bürgerliche Revolution, die lediglich die Monarchie beseitigte und für die Werktätigen einige demokratische Rechte und soziale Verbesserungen errang. Und trotzdem war es eine Revolution. In der Geschichte der KPdSU(B) heißt es:

„Allerdings war die Revolution in Deutschland eine bürgerliche Revolution und keine sozialistische, waren die Räte das gefügte Werkzeug des bürgerlichen Parlaments, denn in den Räten herrschten die Sozialdemokraten, Paktierer vom Schlage der russischen Menschewiki, und daraus eben erklärt sich die Schwäche der Revolution. Wie schwach die Revolution dort war, ist schon daraus ersichtlich, daß sie die straflose Ermordung so hervorragender Revolutionäre wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch deutsche Weißgardisten zuließ.

Aber trotzdem war es eine Revolution, Wilhelm war gestürzt worden, die Arbeiter entledigten sich ihrer Ketten, und schon das allein mußte die Revolution im Westen entfesseln, einen Aufschwung der Revolution in den europäischen Ländern hervorrufen.“¹

¹ „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 288/289.

Deutschland hatte den Krieg verloren. Der deutsche Militarismus war geschwächt, aber nicht vernichtet. Er lauerte nur darauf, unter Ausnutzung der Widersprüche des Entente-Imperialismus gestärkt von neuem in der Weltarena zum Kampf anzutreten. In der „Geschichte der Diplomatie“ heißt es darüber:

„Jedenfalls wurde das imperialistische Deutschland als ein sanftes Lämmlein dargestellt, das sich willig auf die Schlachtbank führen läßt. In Wirklichkeit war es ein verwundetes Raubtier, das unter Brüllen seine Wunden beleckte und scharf seine Feinde beobachtete, lauernd, ob es sich nicht von neuem in den Kampf stürzen könne.“¹

Die deutschen Konzernherren hatten sehr gut begriffen, daß der USA-Imperialismus an einem aggressiven imperialistischen Deutschland als Basis für den Kampf gegen die Sowjetunion interessiert war. Der amerikanische General Bliss sagte zu den Verhandlungen des Versailler Vertrages:

„Ich würde daher an die Spitze des Friedens stellen, daß, wenn Deutschland einmal unsere Bedingungen, besonders die Reparationen, annimmt, wir ihm die Rohmaterialien und Weltmärkte zu gleichen Bedingungen wie uns selbst öffnen und alles, was möglich ist, tun werden, um es dem deutschen Volke (dem wiedererstarkenden deutschen Imperialismus. W. U.) zu ermöglichen, wieder auf eigenen Füßen zu stehen.

... Es muß ein Vertrag zustande kommen, der einen Gegensatz zum Bolschewismus errichtet.“

Um ihren amerikanischen Gläubigern zu beweisen, daß sie mit diesen Forderungen einverstanden sind, begannen die deutschen Schwerindustriellen vom ersten Tage der Beendigung des Krieges an mit den brutalsten Methoden und mit Hilfe der rechten SPD-Führer die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu knebeln und das deutsche Volk auszuplündern. Zur gleichen Zeit erfolgte die Schaffung einer Anzahl reaktionärer, separatistischer und faschistischer Formationen zum Kampf gegen die deutsche Arbeiterklasse.

Das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus

Das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus fand seinen Ausdruck in folgendem:

¹ „Geschichte der Diplomatie“, Bd. III, Berlin 1948, S. 26/27.

1. Durch den Versailler Vertrag behielten die deutschen Imperialisten ihre Armee und den Generalstab als Instrument für die Niederhaltung der Arbeiterklasse und als Kaderreserve für einen zweiten Weltkrieg.
2. Der Staatsapparat als Teil des Überbaus wurde von Stinnes und Thyssen gelenkt; die Regierung war nur der Befehlsempfänger der Monopole. Der Staatsapparat schürte im deutschen Volke den Gedanken der Revanche und des Chauvinismus, förderte die faschistischen und separatistischen Mordbanden und organisierte die Hetze gegen die KPD und gegen die junge Sowjetmacht.
3. Die deutschen Monopolisten wälzten die Lasten des Krieges auf die Werktätigen ab. Durch ihre Inflationspolitik wurde das deutsche Volk ausgeplündert und die deutsche Wirtschaft mit Hilfe amerikanischer Anleihen in wenigen Händen der Finanzmagnaten konzentriert.
4. Systematisch wurden die demokratischen Errungenschaften der Novemberrevolution beseitigt. Mit Unterstützung des amerikanischen Kapitals wurde mit der Durchführung der Rationalisierung der Industrie begonnen, um Maximalprofite auf Kosten der Arbeiterklasse zu erreichen.

Durch ihren Verrat an der Arbeiterklasse und die damit verbundene Spaltungspolitik war die SPD-Führung mitverantwortlich für die Nachkriegskrise und die Verelendung der Werktätigen.

Indem die damalige sozialdemokratische Regierung sich der militärischen Führung und Hindenburg unterordnete und sich der sozialdemokratische Präsident Friedrich Ebert einseitig auf die kapitalistischen Westmächte orientierte, ermunterten sie diese Mächte zum Versailler Diktat, das heißt zur Versklavung Deutschlands.

Der Verrat der sozialdemokratischen Führung richtete sich sowohl gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes als auch gegen die demokratischen Rechte. Die Rettung des deutschen Imperialismus durch die Sozialdemokratie begünstigte zugleich die Pläne des deutschen Monopolkapitals auf schrittweisen Abbau der bürgerlich-demokratischen Errungenschaften.

Dieselben Konzern- und Bankherren, die im November 1918 von der Führung der deutschen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften in ihren Machtpositionen belassen worden waren, bereiteten mit den reaktionären Offizieren, die im Januar 1919 unter dem Kommando des Sozialdemokraten Noske die revolutionären Arbeiter niederschlugen, die Versklavung und Ausbeutung des deutschen Volkes vor. Sie unterordneten Deutschland den räuberischen Interessen des amerikanischen, englischen und französischen Imperialismus und suchten Deutschland zur Basis des Kampfes gegen die Sowjetunion zu machen. Die deutschen Großindustriellen rechneten darauf, daß es ihnen mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer gelingen werde, ihre Stellung ohne großen Widerstand der Arbeiter politisch zu festigen und dem revolutionären Ansturm der Nachkriegsjahre Einhalt zu gebieten. Doch sie hatten sich verrechnet.

Die Lasten werden auf das Volk abgewälzt

Die ökonomische Lage in Deutschland war auf Grund der Auswirkungen des Krieges katastrophal. Deutschland hatte im Verlaufe des Weltkrieges etwa 150 Milliarden Mark verbraucht und diese zum größten Teil als Krieganleihen, das heißt als Staatskredit, aufgenommen. Die Krieganleihen versprachen zwar gute Zinsen, mußten aber zum Ruin der Finanzen führen. Das meiste wurde buchstäblich verpulvert. Der Notenumlauf war ständig gewachsen. Nach dem Versailler Vertrag kamen die Lasten der Reparationszahlungen dazu. Durch die Ruhrbesetzung und den Ruhrkampf wurden die Finanzen vollends zerrüttet. Die ungedeckten Fehlbeträge des Staates führten zur vollständigen Entwertung der Mark. Hunderte von Trillionen Banknoten wurden in Umlauf gesetzt. Ein Dollar wurde zum Beispiel im Januar 1923 mit 17 972 Mark bewertet; im August stand der Kurs schon auf über 4,5 Millionen Mark. Die Steuersabotage der Bourgeoisie und der absolute Bankrott des gesamten Steuersystems trugen zur Vergrößerung des Chaos der Finanzpolitik bei.

Die Bourgeoisie wälzte die gesamten Lasten des Krieges und des Versailler Vertrages auf das werktätige Volk ab und tat alles,

um trotz der großen Not des Volkes ihren Profit zu retten. Während die Konzern- und Bankherren in den Jahren 1919 bis 1923 über 15 Milliarden Goldmark ins Ausland verschoben und so ihre Kriegsgewinne in Sicherheit brachten, gingen sie gleichzeitig dazu über, ihre Lieferungen in Dollar zu berechnen. Ihrem Beispiel folgte der Kleinhandel. Die Preise stiegen sprunghaft. Die Lebenshaltung der Arbeiter sank unter das Existenzminimum. Im Vergleich zur Vorkriegszeit waren die Preise im Jahre 1920 auf das Zehnfache gestiegen. Der Arbeiter mußte für einen Zentner Kartoffeln 48 Stunden arbeiten. Der Lohn von sechs Wochen reichte gerade aus, um ein Paar Arbeitsstiefel zu kaufen. Der Reallohn in Deutschland war im Jahre 1921 der niedrigste in Europa.

Nur durch diese Ausbeutung der deutschen Arbeiter konnte der deutsche Kapitalismus in der Nachkriegskrise exportfähig bleiben. Er unterbot die Welthandelspreise, ohne seinen Maximalprofit zu schmälern.

Auch die Handwerker und der Mittelstand waren durch die Raffgier der Schlotbarone Stinnes und Thyssen der Verelendung ausgesetzt. Ähnlich war die Situation in der Landwirtschaft. Die Junker erhielten Zuschüsse und Kredite. Die Kleinproduzenten mußten für Dünger, Saatgut und Produktionsmittel Wucherpreise zahlen.

Die Kleinhandelspreise zeigten am 10. Februar 1923 folgende Steigerung im Verhältnis zu früher:¹

Kleinhandelspreis pro Pfund (in Mark)	Durchschnitt 1914	Juni 1922	10. 12. 1922	10. 2. 1923	Steigerung gegen 1914
Blutwurst	1,00	54,00	920,00	4600,00	4 600fach
Schweinefleisch	1,00	64,00	900,00	5200,00	5 200fach
Butter	1,20	30,00	1700,00	7400,00	6 167fach
Margarine	0,50	40,00	1100,00	5400,00	10 800fach
Kartoffeln	0,03	2,30	10,00	40,00	1 333fach
Brot	0,45	22,00	500,00	2200,00	4 889fach
Petroleum (1 Liter)	0,30	16,00	600,00	2700,00	9 000fach
Schuhwische (1 Dose)	0,10	8,00	120,00	400,00	4 000fach
Seife (1 Stück)	0,10	30,00	150,00	1000,00	10 000fach

¹ „Die Rote Fahne“ Nr. 35, 11. Januar 1923.

Die Not des arbeitenden Volkes wuchs zusehends. Demgegenüber machte eine Handvoll Kapitalisten riesige Profite. Das waren die Auswirkungen des Versailler Vertrages, der auf Jahre hinaus die nationale Versklavung, die doppelte Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen Deutschlands brachte. Lenin sagte bei der Einschätzung des Versailler Vertrages mit Recht, daß der Versailler Vertrag Millionen Menschen unterdrückte und das deutsche Volk „in einer nie dagewesenen Sklaverei“ hält.¹

Dieser Weg der Krise und des Elends hätte vermieden werden können, wenn die demokratischen Kräfte in Deutschland unter der Führung der Arbeiterklasse die Macht der Kriegsverbrecher beseitigt, die Wilsonschen „Friedensbedingungen“ des amerikanischen Imperialismus abgelehnt und in enger Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht den Weg des Friedens und der Demokratie beschritten hätten. Die Sowjetregierung war die einzige Regierung, die gegen den Versailler Vertrag Stellung nahm.

Die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie

Das deutsche Monopolkapital war daran interessiert, nach dem Versailler Vertrag das kriegswirtschaftliche Potential zu erhalten, mit Hilfe amerikanischer Kredite seine Machtpositionen zu stärken, die Rationalisierung durchzuführen und die Lasten des Krieges auf das werktätige Volk abzuwälzen. Die sozialdemokratisch-bürgerlichen Regierungen der Weimarer Zeit boten sich dem USA-Imperialismus als Barriere und als Stoßtrupp gegen Sowjetrußland an, um für das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus Unterstützung zu erhalten.

Die deutsche Regierung schlug den Ententemächten die Stundung der Reparationszahlungen vor. Die englischen und amerikanischen Finanzmagnaten waren im Prinzip einverstanden, denn Deutschland machte den Vorschlag, die Reparationsfrage durch eine auswärtige Anleihe zeitweilig zu lösen, wodurch Deutschland noch stärker in Abhängigkeit zur USA kommen würde. Der damalige deutsche Reichskanzler Wirth bemühte sich, diese Anleihe zu annehmbaren Bedingungen zu erhalten. Das mußte mißlingen.

¹ W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, Wien/Berlin 1930, S. 500.

Ein Teil der deutschen Bourgeoisie versuchte, Deutschland durch die Aufnahme regulärer Beziehungen zu Sowjetrußland aus der Isolierung herauszubringen. Auf Vorschlag der sowjetischen Delegation zur Genua-Konferenz wurde am 16. April 1922 in Rapallo der Vertrag zwischen der deutschen Regierung und der Sowjetregierung unterschrieben. Lenin und die Sowjetregierung hatten seit der deutschen Novemberrevolution immer wieder Angebote auf Zusammenarbeit an Deutschland gerichtet, die von den sozialdemokratischen Regierungen mit Verleumdungen beantwortet wurden. Durch den Abschluß des Rapallovertrages erfüllte Dr. Wirth den Wunsch der Mehrheit des deutschen Volkes nach friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland.

Der Rapallovertrag entsprach dem nationalen Interesse des deutschen Volkes. Deutschland wurde durch diesen Vertrag zum ersten Male seit Beendigung des ersten Weltkrieges von einer Großmacht als gleichberechtigter Partner anerkannt. Damit war mit Hilfe der Sowjetregierung die außenpolitische Isolierung Deutschlands gesprengt worden, und Reichskanzler Wirth konnte erklären, daß der Abschluß dieses Vertrages der Beginn einer Wende in der Außenpolitik Deutschlands sei. Der Vertrag war ein Beweis dafür, daß ein Teil der deutschen Bourgeoisie, besonders die Fertigungindustrie unter Führung Walter Rathenaus vom AEG-Konzern, zumindest die Wiederherstellung der Beziehungen zur Sowjetunion ausnutzen wollte, um die Positionen des deutschen Großkapitals zu stärken.

Die Regierung Wirth hatte jedoch nicht die Kraft, ihre Außenpolitik gegen den Widerstand der Schwerindustrie und der Großagrarien durchzusetzen. Diese wirklichen Machthaber des damaligen Deutschlands waren auf die Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Finanzkapital orientiert. Die Vertreter der Schwerindustrie traten gegen die Politik der Verständigung mit der Sowjetunion auf. Rathenau wurde ermordet und die Regierung Wirth gestürzt.

England war besonders daran interessiert, zwischen Deutschland und Frankreich eine Auseinandersetzung herbeizuführen, und hoffte, auf diese Weise Frankreich zu schwächen, um die Vormachtstellung in Europa zu bekommen, während es selbst

durch den ersten Weltkrieg in gewisse Abhängigkeit von den USA geraten war. Diese Abhängigkeit kam in der Verschärfung der Gegensätze zwischen England und Amerika zum Ausdruck. Genosse *Stalin* schrieb über diese Gegensätze:

„Die Londoner Konferenz hatte keinen einzigen der alten Gegensätze in Europa gelöst, sie dafür aber durch neue Gegensätze ergänzt, durch Gegensätze zwischen Amerika und England. Es besteht kein Zweifel, daß England nach wie vor den Antagonismus zwischen Frankreich und Deutschland vertiefen wird, um seine politische Vorherrschaft auf dem Kontinent zu sichern. Es besteht kein Zweifel, daß Amerika seinerseits den Antagonismus zwischen England und Frankreich vertiefen wird, um seine Hegemonie auf dem Weltmarkt zu sichern.“¹

Getreu ihrer arbeiterfeindlichen Politik seit 1914 unterstützte die Sozialdemokratie die Politik der entscheidenden Kreise der Bourgeoisie, indem der Parteivorstand der SPD gegen den Rapallovertrag mit Sowjetrußland auftrat und sich außenpolitisch auf die USA und England orientierte.

Im Jahre 1921 stimmte die SPD-Fraktion dem Steuerkompromiß der Konzerne im Reichstag zu; somit wurde die Steuerschraube mit Hilfe der SPD um ein Vielfaches angezogen. Wie weit die SPD die Politik von Stinnes unterstützte, zeigt der „Dank vom Hause Stinnes“ im Organ der Deutschen Volkspartei, „Die Zeit“, vom 28. Januar 1922:

„Das vielleicht wichtigste Ergebnis der Verhandlungen über die von der Regierung eingebrachten Steuergesetze liegt doch wohl auf politischem Gebiet. Es ist darin zu erblicken, daß es gelungen ist, die Mehrheitssozialdemokratie zur Bewilligung umfangreicher indirekter Steuern und hiermit zum Verzicht auf einen über fünfzig Jahre lang festgehaltenen wesentlichen Punkt aller sozialistischen Programme zu bringen, wonach der Staatsbedarf nur durch direkte Steuern gedeckt werden soll. Die Angriffe der Linksradikalen gegen das Steuerkompromiß lassen gleichzeitig erkennen, wie wertvoll es für die zukünftige Innenpolitik sein muß, daß der Mehrheitssozialdemokratie die unwiderrufliche Absage an den Marxismus abgerungen worden ist.“

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die dem Versailler Vertrag zugestimmt hatten, verschleierten ihren Verrat, indem sie behaupteten, daß der Wiederaufbau der kapitalisti-

¹ J. W. Stalin, Werke, Bd. 6, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 260.

schen Wirtschaft die Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus sei.

1922 war es der Sozialdemokrat Severing, der als preußischer Innenminister mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den Eisenbahnerstreik unterdrückte. Für die Beamten der Eisenbahn sprach er ein Verbot der Beteiligung am Streik aus und drohte: „Wer seine Sympathie mit den Streikenden zum Ausdruck bringt, wird entlassen.“

Die amerikanischen Finanzmagnaten suchten günstige Bedingungen für ihre Kapitalanlage in Deutschland. Sie wollten gemeinsam mit den deutschen Monopolherren die Arbeiter versklaven und ausbeuten. Das Eingreifen der USA hatte schon in den vierzehn Punkten Wilsons seinen Ausdruck gefunden. Diese ultimativen Forderungen hatten gezeigt, daß der USA-Imperialismus dazu übergegangen war, Deutschland in seine imperialistischen Interessensphären einzubeziehen.

Die amerikanische Finanzoligarchie brauchte den Kapitalexport. In der „Geschichte der Diplomatie“ heißt es darüber:

„Auf der Suche nach vorteilhaften Möglichkeiten für große Kapitalanlagen legte das amerikanische Kapital besonderes Interesse für Deutschland an den Tag.“¹

Der nationale Verrat der Bourgeoisie im Ruhrkampf

Unter dem Druck der französischen Bourgeoisie stellte die Reparationskommission fest, daß Deutschland absichtlich die Lieferung von Kohle und Holz zurückhalte. Stinnes sabotierte die Erfüllungspolitik der Regierung Wirth, indem er sich nur unter der Bedingung bereit erklärte, der Regierung das Reparationsgold zu liefern, wenn der Staat ihm die letzten staatlichen Betriebe (die Kommunalwirtschaft und die Eisenbahn) als Gegenleistung aushändigt. So benutzten die deutschen Monopolkapitalisten ihre ökonomische Macht, um die staatlichen Betriebe mehr und mehr in ihre Konzerne einzugliedern.

Zur gleichen Zeit verhandelte Stinnes mit französischen Kapitalisten, um ein deutsch-französisches Kohlen- und Stahlsyndikat

¹ „Geschichte der Diplomatie“, Bd. III, S. 321.

zu bilden. Diese Bemühungen zeigten das Streben des deutschen Imperialismus nach einer selbständigen imperialistischen Politik. Die Bildung dieses Syndikats scheiterte jedoch, weil beide, Stinnes und der Vertreter des französischen Stahltrusts, Loucheur, auf der Beherrschung des Syndikats bestanden. Loucheur erhob Anspruch auf einen 60prozentigen Anteil. Das ging den deutschen Konzernherren zu weit; 50 : 50 war das mindeste, worauf sie eingehen wollten. Daraufhin schürte die Propagandamaschine der deutschen Stahlmagnaten die Revanchepropaganda, besonders unter den Massen der Kleinbürger.

Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Rhein- und Ruhrgebiet.

Die Sowjetunion verurteilte als einziges Land der Welt entschieden die Besetzung des Ruhrgebiets durch die französischen Imperialisten. Der Präsident des Allrussischen Zentralexekutivkomitees, Genosse *Kalinin*, erklärte am 13. Januar 1923 in einem „Aufruf an die Völker aller Länder“:

„Die Armeen des imperialistischen Frankreichs sind in das Ruhrgebiet eingefallen . . . Von neuem haben die französischen Imperialisten das Schwert auf die Waagschale der Geschichte geworfen und gehen nun zur militärischen Besetzung der bedeutendsten industriellen Teile Deutschlands über . . . In diesen entscheidenden Tagen erhebt das Rußland der Arbeiter und Bauern von neuem seinen empörten Protest gegen die wahnsinnige Politik des imperialistischen Frankreichs und seiner Verbündeten. Von neuem protestiert es mit ganz besonderem Nachdruck gegen die Vergewaltigung des Rechts des deutschen Volkes auf Unabhängigkeit. Von neuem warnt es mit ganz besonderer Energie die Völker der ganzen Welt vor der Gefahr neuen Blutvergießens, die heute Europa bedroht.“¹

Die Besetzung des Ruhrgebiets verschärfte die schwere Wirtschaftskrise in Deutschland. 88 Prozent seiner gesamten Kohlenförderung, mehr als 40 Prozent der Eisen- und 70 Prozent der Roheisenproduktion gingen verloren. Die gesamte Produktion ging dadurch stark zurück. Die Arbeitslosigkeit wuchs an. Der Kurs der Mark fiel in rasendem Tempo.

Die deutsche Bourgeoisie versuchte krampfhaft, den Kampf gegen den französischen Imperialismus durch den sogenannten

¹ „Internationale Pressekorrespondenz“ Nr. 3, 20. Januar 1923.

„passiven Widerstand“ zu gewinnen, um wieder unbeschränkt in Deutschland herrschen und zu einer Partnerschaft mit dem USA-Imperialismus kommen zu können.

Die damalige Cuno-Regierung bestand aus Vertretern der „Volks“partei, der „Demokratischen“ Partei und des Zentrums. Die „Volks“partei, in der Hugo Stinnes tonangebend war, war die ausgesprochene Partei der Schwerindustrie und der Großfinanz. Die „Volks“partei war die Partei der Reaktion, die ihre monarchistischen Stützen — die Reichswehr und die Freikorpsbanden — hütete und pfl egte.

Die „Demokratische“ Partei vertrat den Handel und die Fertigungsindustrie sowie die kleinen Geschäftsleute. Die Führung der Partei war von Vertretern des Bankkapitals besetzt und vertrat eine offen reaktionäre Linie, die als „Liberalismus“ getarnt wurde.

Das Zentrum war die Partei der katholischen Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes. Thyssen und Oppersdorf spielten in der Führung eine entscheidende Rolle; sie traten offen und auch versteckt für eine „Rheinische Republik“, also für die Separatisten, auf und versuchten durch ihre Hetze gegen die KPD die katholischen Arbeiter für sich zu gewinnen.

Reichskanzler Cuno selbst war Generaldirektor der Hapag und auf die Zusammenarbeit mit dem Finanzkapital der USA orientiert. Somit war die Cuno-Regierung mit den größten Konzernen Deutschlands verbunden. Schon vor der Ruhrbesetzung hatte die Regierung Cuno in Erfüllung der Direktiven von Stinnes und Thyssen die staatlichen Lieferungen an Frankreich vermindert.

Bei der Besetzung des Ruhrgebiets erhoben die deutsche Bourgeoisie und die Cuno-Regierung ein großes Geschrei: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ Sie meinten aber ihre Profite und verkündeten den sogenannten „passiven Widerstand“. Die Arbeiter wurden aufgefordert, den französischen Okkupanten Widerstand zu leisten, aber die Schlotbarone Stinnes und Thyssen verhandelten weiter mit den französischen Stahlvertretern. Diese Verhandlungen hatte Stinnes schon seit Herbst 1922 geführt und auch Teilabschlüsse getätigt. Er hatte die „Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau“ gegründet, die in Frankreich die zerstörten Gebiete aufbaute, und bekam dafür vom Staat Valuta zuzüglich sechs Prozent Vermittlungsaufschlag.

Auch Herr Röchling, einer der reaktionärsten Vertreter des deutschen Monopolkapitals, gehörte zu jenen westdeutschen Plutokraten, die sich auf die Zusammenarbeit mit den französischen Monopolen orientierten. Im Jahre 1921 hatten er und die Besitzer der französischen Stahlwerke von Longwy eine gemeinsame Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Paris gegründet.

Die Politik der Cuno-Regierung bedeutete schamloseste Ausbeutung, Ruin und Hunger für die Mehrheit des Volkes, riesige Profite für eine Handvoll deutscher und amerikanischer Monopolisten.

Die Banken und Konzerne bereicherten sich hemmungslos. Die Monopolisten führten einen bedeutenden Kapitalexpert durch, der das Absinken der Mark beschleunigte. Sie legten ihr Kapital im In- und Ausland in Sachwerten (Bergwerke, Fabriken usw.) an.

Die Großagrarien beseitigten ihre Schulden, indem sie mit der entwerteten Papiermark bezahlten.

Die gesamte Bourgeoisie profitierte von der Ruhrbesetzung durch die „Kredit- und Ruhrhilfe“ des Staates. Sämtliche „Schäden“, die durch die Ruhrbesetzung entstanden waren, wurden von der Regierung voll ersetzt. Ein sehr lohnendes Geschäft war die Kredithilfe. Die Kapitalisten bekamen, weil sie auf „Lager“ produzierten, von der Staatskasse Anleihen von einigen Milliarden Mark. Sie zahlten die aufgenommenen Kredite mit derselben Mark zurück, die inzwischen auf den vierten Teil und noch mehr zusammengeschrumpft, also fast wertlos war. Sie hatten aber mit Hilfe der Kredite des Staates Sachwerte produziert, die wertbeständig waren. Eine andere Bereicherungsquelle der Bourgeoisie war der Versuch der Markstabilisierung im Februar 1923.

Die Bourgeoisie benutzte die Gelegenheit, um ihr Geld in wertbeständiger ausländischer Valuta anzulegen, zum Beispiel in amerikanischen Dollars. Anlässlich einer Einschätzung der Ruhrkämpfe schrieb Genosse *Ernst Thälmann* treffend:

„Nicht um die Interessen der Nation, nicht ums Vaterland ging es den Prozentpatrioten des Ruhrkrieges; es ging um klingende Profite, um den höchstmöglichen Anteil, um den höchsten Gewinnprozentsatz in der Ausplünderung des Rhein- und Ruhrproletariats. Es ging ums Geschäft, um den Profit.“¹

¹ „Die Rote Fahne“ Nr. 9, 11. Januar 1933.

Je schneller die Mark entwertet wurde, desto schneller sank der Reallohn der Arbeiter, um so größer war der Profit, desto leichter waren die Schulden abzuwälzen, um so größere Spekulationen konnte man durchführen.

Stinnes zum Beispiel war vor dem Kriege Aufsichtsratsmitglied in den entscheidenden Industrien, baute nach dem Kriege den Stinnes-Konzern auf, indem er sich die Gelsenkirchener Bergwerks-AG, den Kirdorf-Konzern und die Rhein-Elbe-Union ergaunerte und mit dem Siemens-Schuckert-Elektrokonzern zu einem Montankonzern verband. Norddeutschland beherrschte er durch seine Reedereien. In Ostdeutschland hatte er den Kohlenexport sowie den Kohlen-, Maschinen- und Düngerhandel an sich gerissen. Um seinen politischen Einfluß zu verstärken, erwarb er mehrere große Zeitungen, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und andere. Die Stinnes-Gruppe eignete sich im Verlaufe der Inflation 1664 Unternehmungen mit 2890 Betrieben im In- und Ausland an. Sämtliche anderen Konzerne, Thyssen, Krupp, Klöckner usw., handelten ähnlich.

Diese Riesengeschäfte wurden von den Monopolisten in einer Zeit gemacht, als die Not des deutschen Volkes am größten war und Hunderttausende von Menschen an den Folgen der Unterernährung zugrunde gingen.

Der wirkliche Initiator der Ruhrbesetzung war aber die amerikanische Finanzoligarchie, die um die Vormachtstellung in Europa kämpfte. Die Morgan-Gruppe unterstützte die französische Bourgeoisie, während die Rockefeller-Gruppe sehr interessiert daran war, ihr Kapital in Deutschland anzulegen.

Die Bourgeoisie unternahm während der Ruhrbesetzung alles, um die separatistischen und faschistischen Kräfte zu mobilisieren. Unter dem Deckmantel der „Vaterlandsverteidigung gegen Poincaré“ wurden der „Stahlhelm“, der „Jungdeutsche Orden“ und andere Terrorbanden zugelassen und mit dem Steuergeld der Werkstätigen finanziert. Das Reichswehrministerium arbeitete unter der Leitung von Seeckt einen Plan aus, in dem der Einsatz der Reichswehr festgelegt war, falls die Polizei nicht ausreichte. Diese reaktionäre Reichswehrpolitik war ganz im Sinne des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus.

*Die KPD, die einzige Partei des nationalen und sozialen Kampfes
gegen Cuno und Poincaré*

Bei der Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen die französischen Okkupanten und gegen die Cuno-Regierung war die Kommunistische Partei Deutschlands die treibende Kraft. Durch die Aktivität der Funktionäre der KPD in den Betrieben wuchs in den Massen sehr schnell das Vertrauen zu ihr. Die Partei erkannte, daß eine revolutionäre Situation heranreifte, daß die Massen bereit waren, für die nationale und soziale Befreiung ihres Landes zu kämpfen.

Vom ersten Tage des Einmarsches der französischen Truppen in das Ruhrgebiet kämpfte die KPD, unterstützt von den kommunistischen Bruderparteien — besonders den kommunistischen Parteien der Sowjetunion und Frankreichs — gegen die imperialistischen Okkupanten. Bereits am 7. Januar 1923 hatte die KPD gegen die imperialistische Gewaltpolitik protestiert. In den Großstädten waren Kundgebungen gegen die angekündigte Besetzung und den Versailler Vertrag veranstaltet worden. Auf diesen Kundgebungen sprachen Genossen der französischen Bruderpartei und riefen die Massen zum entschlossenen Widerstand auf.

Am 11. Januar 1923 wurde vom Zentralkomitee der KPD ein Aufruf an das deutsche Volk sowie an die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes gerichtet. In diesem Aufruf wurde dargelegt, welche Schuld die Cuno-Regierung an der Not der Arbeiterklasse hat und daß der einzige Ausweg der Kampf des deutschen Volkes in der Einheitsfront gegen die Ruhrbesetzung und gegen die Politik der Cuno-Regierung ist. Die rechte SPD- und Gewerkschaftsführung lehnte den gemeinsamen Kampf ab.

Breite Massen der Werktätigen folgten jedoch den Losungen der Partei. Am 22. Januar gab die Partei die Losung heraus: „Schlagt Cuno und Poincaré an der Ruhr und an der Spree!“ In dem Aufruf wurden die Machenschaften des französischen und des deutschen Kapitalismus und ihrer Regierungen entlarvt und der Arbeiterklasse der Weg zur Befreiung gewiesen.

In ganz Deutschland kam es zu Demonstrationen, Hunger-

unruhen und Massenstreikkämpfen. Die Funktionäre der KPD stellten sich an die Spitze dieser Bewegung. Mit besonderer Zähigkeit kämpften die Arbeiter des Ruhrgebiets. Sie forderten in den Fabriken von Thyssen und Stinnes die Festsetzung eines Reallohnes nach dem Goldstandard, Absetzung der Regierung Cuno, die sie als „Regierung des nationalen Verrates“ bezeichneten, und Entfernung der Okkupanten. Diese Forderungen wurden in allen Gebieten Deutschlands zu Kampfforderungen der Arbeiterklasse.

Am Höhepunkt des Kampfes der Ruhrarbeiter wandte sich der Bürgermeister von Düsseldorf, Dr. Lutherbeck, an den Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen, General de Goutte, mit der Bitte, zur Niederschlagung der Arbeiteraktionen deutsche Truppen in das Ruhrgebiet einmarschieren zu lassen. Dr. Lutherbeck schrieb in seinem Antrag an de Goutte:

„Ich muß Sie daran erinnern, daß während des Kommuneaufstandes das deutsche Oberkommando den französischen Truppen in jeder Beziehung entgegenkam, um den Aufstand gemeinsam zu unterdrücken. Ich bitte Sie, uns die gleiche Unterstützung zu erweisen, wenn Sie nicht wollen, daß künftig eine gefährliche Situation entsteht.“

Die französischen Okkupanten beeilten sich, den deutschen Reaktionären die Erlaubnis zu geben, Polizei und Reichswehr in das Ruhrgebiet zu schicken.

Die revolutionäre Bewegung aber wuchs an. In diese Bewegung wurde nach und nach das Kleinbürgertum in Stadt und Land hineingezogen, das infolge der Inflation dem Ruin entgegenging.

Das Haupthindernis des nationalen und sozialen Befreiungskampfes war der Einfluß der sozialdemokratischen Führung. Sie betrieb ihre alte Burgfriedenspolitik mit dem westdeutschen Monopolkapital und tat alles, um die Arbeiterklasse von Aktionen gegen Poincarés Ruhrbesetzung und Cunos volksfeindliche Politik abzuhalten.

Bei der Ruhrbesetzung propagierte die SPD-Führung die „Einheitsfront“ mit den Schlotbaronen als einzigen Ausweg für die Rettung der Nation. Unter der Maske der „Vaterlandsverteidigung“ unterstützte sie die reaktionäre Reichswehrpolitik von Hindenburg und Seeckt und förderte alle reaktionären und separatistischen Bestrebungen der Monopole.

*Der VIII. Parteitag der KPD
zu den Fragen der Einheitsfront und Arbeiterregierung*

In dieser Situation der Krise und des nationalen und sozialen Kampfes fand der VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, die damals 225 000 Mitglieder zählte, in der Zeit vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 in Leipzig statt.

Aufgabe des Leipziger Parteitages war es, die Entwicklung der revolutionären Krise richtig einzuschätzen und zu beschließen, wie der Kampf für den Sturz der Herrschaft des Monopolkapitals und seiner Regierung, für eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung geführt werden soll.

Genossin Clara Zetkin gab den Bericht des Zentralkomitees über die weltpolitische Lage. Sie entlarvte mit aller Schärfe das verräterische Treiben der deutschen und ausländischen Finanzhyänen. Sie betonte, daß die Bourgeoisie nur durch die proletarische Einheitsfront zu schlagen ist und daß der Ausweg nur eine Arbeiterregierung sein kann.

Der Parteitag beschloß ein Manifest an das internationale Proletariat und an die Arbeiterinnen und Arbeiter Deutschlands, in dem nachgewiesen wurde, daß die Besetzung des Ruhrgebietes sowohl von den deutschen als auch von den französischen Monopolisten inszeniert worden war und daß Deutschland immer mehr zu einer Kolonie des Entente-Imperialismus herabsank. Das Manifest forderte das deutsche und das französische Proletariat zum gemeinsamen Kampf auf gegen Versailles und für die Bewaffnung der Arbeiter, zum Kampf gegen die faschistischen Terrororganisationen, für die Befreiung der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes.

Im Mittelpunkt der Debatten des Parteitages standen die Fragen der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Die Ursache für diese Debatten war das ausgesprochen opportunistische Verhalten der damaligen Parteiführung der KPD, Brandler, Thalheimer und anderer. Sie desorientierten mit Hilfe des Trotzkisten Radek die Partei. Sie entstellten die Einheitsfrontpolitik und propagierten eine prinzipienlose Blockbildung. Die Arbeiterregierung wollten sie durch eine Vereinbarung mit den rechten opportunistischen Verrätern der SPD unter Verzicht auf Massenkämpfe bilden. Sie

behaupteten, man könne den bürgerlichen Staatsapparat ausnützen, um die bürgerlich-demokratische Republik auf „friedlichem Wege“ allmählich in einen Staat der Arbeiter und Bauern umzuwandeln.

Diese Stellungnahme der brandlerischen Führung der KPD verwarf die marxistische Lehre von der proletarischen Revolution und dem bewaffneten Aufstand.

Genosse Ernst Thälmann, der an der Spitze der revolutionären Richtung auf dem Parteitag stand, führte mit den Genossen Wilhelm Pieck, Clara Zetkin, Walter Ulbricht, Walter Stoecker und anderen den Kampf gegen diese parteifeindliche Stellung in den Fragen der Einheitsfront und der Arbeiterregierung.

Klar sah Genosse *Thälmann* voraus:

„Wer sich einbildet, daß eine Arbeiterregierung vielleicht auf legalem Wege geschützt wird, wenn das Proletariat nicht kämpft, der wird erleben, daß bei der ersten besten Gelegenheit die Bourgeoisie diese auf den Ministersesseln sitzenden Arbeiter zum Teufel jagen wird.“¹

Genosse *Thälmann* erkannte die große Gefahr, die der Arbeiterbewegung aus dem Opportunismus der Brandler und Thalheimer erwachsen mußte.

„Der Eintritt in die Arbeiterregierung“, erklärte er weiter, „bedeutet für mich, daß zumindest ein Ansatz vorhanden sein muß, von dem aus die Macht der Bourgeoisie zertrümmert werden kann, daß in der Arbeiterregierung eine Vorstufe der proletarischen Diktatur sein muß, daß Teile des Proletariats in der Lage sein müssen, diese Arbeiterregierung zu schützen und zu stützen.“²

Obwohl die übergroße Mehrheit des Parteitages den Ausführungen von Ernst Thälmann zustimmte, wurde in den Verhandlungen der Redaktionskommission ein Kompromiß mit Brandler und Thalheimer geschlossen.

In die EntschlieÙung „Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung“ wurde die brandlerische Formulierung aufgenommen: die Arbeiterregierung „ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie“ Arbeiterpolitik zu treiben.

¹ „Bericht über die Verhandlungen des 3. (8.) Parteitages der KPD“, S. 358.

² Ebenda, S. 358.

Für die Führung des revolutionären Massenkampfes war die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder von entscheidender Bedeutung. Gegenüber den Tendenzen mancher Arbeiter, den Gewerkschaften den Rücken zu kehren und rote Gewerkschaften zu gründen, beschloß der Parteitag die Konzentrierung der Kräfte auf die Verstärkung der Massenarbeit in den Gewerkschaften. Die Partei beherzigte Lenins Hinweis in seinem Werk „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, wo *Lenin* schrieb:

„Gerade die absurde ‚Theorie‘ der Nichtbeteiligung der Kommunisten an den reaktionären Gewerkschaften zeigt am deutlichsten, wie leichtfertig diese ‚linken‘ Kommunisten die Frage der Beeinflussung der ‚Massen‘ behandeln und wie sie mit ihrem Geschrei von den ‚Massen‘ Mißbrauch treiben. Um es zu verstehen, der ‚Masse‘ zu helfen und sich die Sympathien, die Zuneigung, die Unterstützung der ‚Masse‘ zu erwerben, darf man vor den Schwierigkeiten keine Angst haben, darf man die Schikanen, die Anrempelungen, die Beleidigungen und Verfolgungen durch die ‚Führer‘ . . . nicht fürchten und muß unbedingt dort arbeiten, wo die Massen sind.“¹

Der Parteitag lehnte die sektiererischen Auffassungen entschieden ab und erklärte in seiner EntschlieÙung:

„Wo die Gewerkschaftsmitglieder fähig und stark genug sind, neue Organisationen aufzubauen, sind sie erst recht imstande, innerhalb der bestehenden Gewerkschaft Ordnung zu schaffen.

Gestützt auf die Erfahrungen der ganzen Welt, ruft der Parteitag den organisierten Arbeitern zu: ‚Bleibt in euren Gewerkschaften, sorgt dafür, daß den Reformisten das Handwerk gelegt wird.‘“²

Ein entscheidendes Problem wurde auf dem Parteitag nicht behandelt: das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern. Darin äußert sich eine Erscheinungsform des Sozialdemokratismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Die Partei berücksichtigte nicht die diesbezüglichen Hinweise von Lenin und Stalin. So hatte Genosse *Lenin* in seinem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ gesagt:

¹ W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 699.

² „Bericht über die Verhandlungen des 3. (8.) Parteitages der KPD“, S. 399.

„Ein siegreicher Kämpfer für den Demokratismus kann das Proletariat nur unter der Bedingung werden, daß sich die Masse der Bauernschaft seinem revolutionären Kampf anschließt.“¹

Die Parteiführung, die selbst vom Opportunismus durchsetzt war, konnte dieses Problem nicht erkennen und deshalb nicht überwinden. Die Brandler-Gruppe negierte die werktätige Bauernschaft, weil sie nicht an ihre revolutionäre Kraft glaubte. Entsprechend der sozialdemokratischen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung wurde die Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern abgelehnt. Erst in den Septembertagen des Jahres 1923 wurde in einem Aufruf der Bezirksleitung Thüringen der KPD auf Initiative des Vertreters des Zentralkomitees, Genossen Walter Ulbricht, der Partei und den Massen diese grundlegende Aufgabe nähergebracht. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„An die Arbeiter, Beamten, Kleinbauern und Mittelständler! Die bisherige sozialdemokratische Regierung ist an ihrer Arbeiterfeindlichkeit gescheitert. Die Kommunistische Partei fordert erneut die Schaffung einer Arbeiter- und Kleinbauernregierung.“²

Dann wurden in dem Aufruf die notwendigen Maßnahmen dargelegt und dabei gefordert: „Sofortige Einberufung des Thüringer Betriebsrätekongresses unter Hinzuziehung von Kleinbauerndelegierten.“

Der Leipziger Parteitag nahm ein Manifest an, in dem das große Vertrauen und die Verbundenheit der Vorhut der deutschen Arbeiterklasse mit der Sowjetmacht zum Ausdruck kam. In diesem Manifest sprach die Kommunistische Partei Deutschlands dem Sowjetvolk den Dank dafür aus, daß die Sowjetregierung schärfsten Protest gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebiets erhoben und sie als eine brutale Vergewaltigung der Rechte der Völker auf nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, als eine verbrecherische Gefährdung des Friedens gekennzeichnet hatte. Der Parteitag dankte Sowjetrußland für die große Lehre, daß die Sache der Nation eine Sache der Arbeiterklasse ist.

¹ W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 460/461.

² „Die Rote Fahne“ Nr. 208, 15. September 1923.

Der Massenkampf zum Sturz der Cuno-Regierung

Die Cuno-Regierung führte die Politik der reaktionärsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals durch. Sie half die Machtpositionen der Konzernherren stärken.

Die Schlotbarone gründeten in dieser Zeit den großen Hugenberg-Konzern, der die Hälfte aller deutschen Zeitungen beherrschte. Das Programm für die Ausbeutung der Arbeiterklasse wurde von den Unternehmerverbänden in folgenden Forderungen zum Ausdruck gebracht: Aufhebung des Achtstundentages, Auslieferung der Reichseisenbahn (Umwandlung in eine private Aktiengesellschaft), der staatlichen Bergwerke, schrankenlose Wucherfreiheit für Brot, Miete, Kohle, Eisen usw. und Steuerfreiheit für das Kapital.

Am 6. März 1923 erklärte Regierungsrat Dietz anlässlich einer Tagung des Schiedsgerichts: „Die Regierung hat Richtlinien beschlossen, daß für den Monat März keine Lohnerhöhungen zugelassen sind.“ Daß in dieser Zeit der Reallohn der Arbeiter von den Unternehmern planmäßig gedrückt wurde, geht aus einem Rundschreiben des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hervor: Es „ist nach wie vor entscheidender Wert darauf zu legen, daß die erreichten Löhne nicht nochmals ‚zum Zweck der Anpassung an das Preisniveau‘ heraufgesetzt werden“¹

Das bedeutete in der Praxis die absolute Verelendung der Arbeiterklasse. Die Lebenshaltungskosten waren schon über 40 Prozent gestiegen, und die Löhne reichten nicht einmal für das Existenzminimum aus. Diejenigen Arbeiter, die sich gegen die Hungerlöhne auflehnten, wurden von den Unternehmern in sogenannten „schwarzen Listen“ erfaßt, bekamen keine Arbeit mehr und waren dem Verhungern preisgegeben.

Zur Verwirklichung der Beschlüsse des Parteitages versuchte die KPD die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern, den Gewerkschaftern und den unorganisierten Arbeitern herzustellen. Die Kontrollausschüsse zur gerechten Verteilung der Bedarfsgüter, die Betriebsrätebewegung, die Erwerbslosen-

¹ „Vorwärts“ Nr. 171, 13. April 1923.

ausschüsse und die proletarischen Hundertschaften waren die Hauptorganisationsformen der Einheitsfront.

Die Kontrollausschußbewegung, die 1922 auf Initiative des ersten Reichsbetriebsrätekongresses entstanden war, stellte einen neuen Weg zur Mobilisierung der Massen dar. Durch die Kontrollausschüsse wurden alle Werktätigen angesprochen, weil diese Organisation das Elementarste der Menschen berührte: die ungeheure Not, die auf allen Werktätigen lastete. Die Spekulanten trieben Preiswucher und Schwarzhandel in größtem Ausmaß. Dadurch wurden die Kontrolle und die Selbsthilfe geradezu herausgefordert.

Die Ortsausschüsse der Gewerkschaften, Vertreter der Betriebsräte, Händler und Handwerker bildeten unter aktiver Anteilnahme von Funktionären der KPD Kontrollausschüsse. Die Erfolge der Ausschüsse trugen zur Mobilisierung der Massen bei und stärkten das Vertrauen zur Partei. So deckte im Januar 1923 der Ausschuß vom Bezirk Berlin-Mitte große Steuerhinterziehungen auf. Der Kontrollausschuß Berlin-Moabit entfaltete eine besonders intensive Tätigkeit bei der Kontrolle der Verteilung der Bedarfsgüter. Das Wohnungsproblem war für die Arbeiter besonders schwer. Tausende Familien hausten zusammengepfercht in engen Stuben und Kellerlöchern. Auch hier griffen die Kontrollausschüsse helfend ein. In Berlin-Neukölln wies der Ausschuß nach, wo leerer Wohnraum zur Verfügung stand, und durch Protestdemonstrationen konnte erreicht werden, daß in einigen Fällen Arbeiter Quartiere erhielten.

In Rheinland-Westfalen übernahmen die Kontrollausschüsse unter Leitung der Partei die Verteilung von mehr als fünf Millionen Broten an Arbeitslose, Rentner usw. Die Brote waren eine Spende des Sowjetvolkes für die kämpfenden Ruhrarbeiter. In Essen wurde eine ganze Schiffsladung Kartoffeln, die ins Ausland verschoben werden sollte, vom Kontrollausschuß beschlagnahmt und der Verkauf an die Werktätigen erzwungen. In Krefeld hatte es der Ausschuß durch Verhandlungen mit den Händlern erreicht, daß diese die Waren an die Arbeitslosen um ein Drittel des Marktpreises billiger verkauften. Die Überprüfung der Preise sowie die ständige Gewichtskontrolle bei den Händlern waren eine der Aufgaben der Kontrollausschüsse.

Sehr bald erkannte die Bourgeoisie, daß die Arbeit der Kontrollausschüsse für sie gefährlich wurde und ihre schmutzigen Geschäfte entlarvte und erschwerte. Deshalb entfachte sie eine wüste Hetze gegen die Ausschüsse, und es wurde ein allgemeines Verbot ausgesprochen. Trotzdem arbeiteten die Ausschüsse weiter. Die Werktätigen stellten sich bei Verfolgungen durch die Polizei schützend vor die Mitglieder der Ausschüsse und erzwangen durch Demonstrationen die Freilassung von Verhafteten.

Durch diese intensive Arbeit im Interesse der breiten Massen wurde das Vertrauen der Bevölkerung zur Kommunistischen Partei Deutschlands gestärkt.

Ein weiteres Zeichen für die richtige Politik der Partei war ihr immer stärker werdender Einfluß in den Gewerkschaften. Die reformistischen Gewerkschaftsführer taten alles, um den Burgfrieden mit den Unternehmern zu retten. Die Gewerkschaftsführer waren begeisterte Anhänger des imperialistischen Wilsonfriedens und orientierten sich nach der Seite des Entente-Imperialismus. Sie hetzten mit der rechten SPD-Führung gemeinsam gegen Sowjetrußland.

Der Widerstand gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik wuchs jedoch in den freien Gewerkschaften. Schon auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß im Jahre 1922 hatte die Opposition, bestehend aus Kommunisten, USPD-Leuten und Sozialdemokraten, einen Mehrheitsbeschluß erzwungen, der besagte:

„Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat aus der zentralen Arbeitsgemeinschaft auszuschneiden.“¹

Nach dem VIII. Parteitag in Leipzig wuchs der Einfluß der Kommunistischen Partei in den Gewerkschaften, besonders im Metallarbeiterverband, bei den Bau- und Holzarbeitern. In der Gewerkschaft der Gemeinde- und Staatsarbeiter sympathisierte die Mehrheit der Mitglieder mit der KPD. Diese Entwicklung veranlaßte die rechte Gewerkschaftsführung, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Funktionäre, die der KPD angehörten, mit den brutalsten Methoden zu bekämpfen und sie auszuschließen.

¹ „Protokoll der Verhandlungen des 11. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands“, Berlin 1922, S. 62.

Die rechten SPD- und die Gewerkschaftsführer wollten die Betriebsräte zu Handlangern ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik machen. Die Arbeiter erkannten diesen Schachzug und bildeten örtliche und bezirkliche Zentralen der revolutionären Betriebsrätebewegung.

Im Oktober 1922 hatte der 1. Reichskongreß der revolutionären Betriebsräte Deutschlands stattgefunden. In dem Programm wurden Maßnahmen zur Beseitigung der Not der Werktätigen gefordert, und es wurde erklärt, daß dieses Ziel nicht auf friedlichem Wege erreicht werden kann, daß die Erkämpfung der Arbeiterregierung der einzige Weg zur Erreichung dieses Zieles ist; deshalb forderten die revolutionären Betriebsräte die Bewaffnung der Arbeiterklasse.

In verschiedenen Betrieben hatten die Arbeiter mit der Bildung proletarischer Hundertschaften begonnen. Anknüpfend an diese Erfahrungen, forderte die Partei zum Kampf gegen die faschistischen Mordbanden und zur Verteidigung der 1918 errungenen Rechte auf, vor allem dazu, in den Großbetrieben und Orten proletarische Hundertschaften zu bilden. Auch die Tätigkeit der Kontrollausschüsse mußte vor faschistischem und polizeilichem Terror geschützt werden.

Die revolutionären Betriebsräte forderten schon im Januar 1923 auf einer Vollversammlung in Berlin die Bewaffnung des Proletariats und die Bildung proletarischer Hundertschaften.

Die Hauptaufgabe der proletarischen Hundertschaften war die Mobilisierung der Arbeiter zur Vorbereitung des bewaffneten Kampfes gegen die faschistische Gefahr. Der Faschismus war eine große Gefahr für die deutschen Werktätigen und für die junge Sowjetmacht. Die deutsche Arbeiterklasse mußte ihn unbedingt verhindern; denn sie hatte die Aufgabe, wie Genosse Thälmann auf dem VIII. Parteitag sagte, „die Zufahrtsstraßen zur Festung Sowjetrußland zu bewachen“.

Die nationalistische Verhetzung nahm mit der Besetzung des Ruhrgebietes ungeheuerliche Formen an. Die Faschisten organisierten Überfälle auf revolutionäre Arbeiter. Am 15. Februar wurde in Hagen, Westfalen, ein eintägiger Generalstreik gegen den Terror und für die Bewaffnung der Hundertschaften durchgeführt.

Das Remscheidter Gewerkschaftskartell faßte am 15. Februar den einstimmigen Beschluß, zum Kampf gegen die Faschisten proletarische Hundertschaften zu bilden. Die Betriebsräte von Solingen stellten auf einer Vollversammlung die Forderung, in allen Betrieben Hundertschaften zu bilden. Sie riefen die ganze deutsche Arbeiterschaft zum Kampf gegen den Wucher, zur Bildung proletarischer Hundertschaften und zur Bildung von Kontrollausschüssen auf. Eine Betriebsversammlung der Krupp-arbeiter stellte die gleiche Forderung.

Der Reichsausschuß der Betriebsräte rief im April 1923 zur Bildung von proletarischen Hundertschaften auf. In dem Aufruf heißt es:

„Was ist zu tun? Aktive Aufklärung über die Gefahr in Betriebs-, Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlungen, Aufklärung auch unter den Mittelschichten, Beamten, Kleinbürgern und Kleinbauern, aktive Klassenpolitik in allen Tagesfragen, kein Verlassen auf behördliche Maßnahmen, unermüdliche Arbeit zur Herstellung der kampfbereiten Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Hausfrauen, Organisation der Abwehr im gesamten Proletariat. In den Betrieben müssen proletarische Hundertschaften gebildet werden, in die auch die Jugendlichen und Erwerbslosen mit eingereicht werden müssen. Keine besonderen Abwehrehundertschaften für Erwerbslose oder Jugendliche!

Das gesamte werktätige Volk ist bedroht. Es muß als geschlossene Macht auftreten.

Keine Zersplitterung der Kampfkraft, keine Bildung von Partei-Hundertschaften; denn diese führen zur gegenseitigen Bekämpfung der Arbeiter.“¹

In dem Aufruf wird zur Bildung der Hundertschaften gesagt:

„Die Abwehrorganisationen werden gemeinsam gebildet. Die Grundlage dieser Organisation ist der Betrieb. Die Betriebsorganisationen werden örtlich zusammengefaßt.

Zur politischen Leitung des proletarischen Selbstschutzes setzen die Zentral-, Bezirks- und Ortsleitungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der KPD paritätische Kommissionen ein.“²

Den Hundertschaften wurden die Aufgaben gestellt: Schutz der Wirtschaft vor Überfällen der faschistischen Terrororgani-

¹ „Agitationsschrift des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte“, April 1923.

² Ebenda.

sationen, Schutz der gewerkschaftlichen Einrichtungen, Unterstützung der Kontrollausschüsse, breite Aufklärungsarbeit unter den Werktätigen in den Betrieben, um ihnen zu zeigen, welcher Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse beschritten werden muß. Über den erfolgreichen Kampf der proletarischen Hundertschaften berichtete „Die Rote Fahne“ Nr. 63 vom 16. März 1923 folgendes:

„Die Faschisten begannen im Ruhrgebiet ein großes Kesseltreiben gegen die Kommunisten. In Wanne bei Dortmund setzten proletarische Hundertschaften diesen Umtrieben einen entschlossenen Widerstand entgegen, ebenso in Gelsenkirchen und Bochum. Überall dort, wo die Bourgeoisie Provokationen startete, traten die proletarischen Hundertschaften geschlossen in den Abwehrkampf.“

Der 1. Mai 1923 stand im Zeichen der Einheitsfront; das bedeutendste Ereignis der Berliner Maifeier war der erste geschlossene Aufmarsch der proletarischen Hundertschaften. Rund 25 000 Mann, alle mit roten Armbinden, demonstrierten am 1. Mai an der Spitze des Demonstrationzugs.

„Es waren nicht mehr Arbeiter, die im Festanzug aus Tradition oder Parteidisziplin marschierten — es waren Arbeiter, die die Gefahr des Faschismus erkannten und bereit waren, die Angriffe der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse abzuschlagen und den Sieg des Proletariats herbeizuführen.“¹

Die Regierung Cuno erkannte bald die Bedeutung der revolutionären Betriebsrätebewegung und der proletarischen Hundertschaften. Über 500 Teilnehmer des 1. Reichsbetriebsrätekongresses wurden im Dezember allein aus dem Metallarbeiterverband ausgeschlossen, und der Sozialdemokrat und preußische Innenminister Severing verbot die revolutionäre Betriebsrätebewegung und die proletarischen Hundertschaften. Die Arbeiter aber machten das Verbot zu einem Stück Papier. Sie kämpften noch entschlossener und disziplinierter weiter.

So beschriftet die KPD in Anwendung der Losung des III. Weltkongresses des EKKI „Heran an die Massen“ und in der richtigen Erkenntnis der Einheitsfronttaktik verschiedene Wege zur Gewinnung der Massen, und die Erfolge blieben nicht aus.

Seit Januar 1923 wurden in ganz Deutschland Teilstreiks ge-

¹ „Die Rote Fahne“ Nr. 97, 2. Mai 1923.

führt. Die Losung der Partei: „Schlagt Cuno und Poincaré an der Ruhr und an der Spree!“ war die Kampflösung der revolutionären Arbeiter geworden und zeitigte ihre Resultate. Die Kommunistische Partei wurde zu einer Massenpartei.

In Tausenden von Versammlungen brachten die Arbeiter zum Ausdruck, daß sie bereit sind, gegen die Intervention des ausländischen Kapitals und die Verelendungspolitik der Cuno-Regierung, für die Einheitsfront der Arbeiter und für die Arbeiterregierung zu kämpfen.

Die Protestdemonstrationen und Teilstreiks, die von der Partei und den revolutionären Betriebsräten organisiert wurden, rüttelten die gesamte Arbeiterklasse auf. Am 9. März streikten in Oberschlesien 40 000 Bergarbeiter gegen die faschistischen Mordbanden und für die Wiedereinstellung der gemäßregelten revolutionären Betriebsräte. Der Streik in Oberschlesien endete durch den Verrat der sozialdemokratischen rechten Gewerkschaftsführer nach etwa vierzehn Tagen mit einer Niederlage. Der Streik stärkte trotzdem die Arbeiter und mobilisierte die Arbeiterklasse in anderen Gebieten. Über ganz Deutschland begann sich eine Streikwelle zu verbreiten. Am 17. März 1923 streikten in Dortmund die Bergarbeiter, weil die Bevölkerung keine Kohle hatte, obgleich große Kohlenhalden vorhanden waren. Die deutsche Bergwerksdirektion rief die französischen Okkupanten zu Hilfe, und französische Maschinengewehre wurden für die Interessen der deutschen Zechenbarone in Stellung gebracht.

Am 31. März provozierten die französischen und die deutschen Kapitalisten ein Blutbad in Essen, in den Krupp-Werken. Dreizehn Arbeiter mußten ihr Leben lassen. Das französische Militär schoß ohne Warnung in die Masse, um die Einheitsfront der deutschen und der französischen Arbeiter zu zerstören. Die französischen Eindringlinge hatten sich aber verrechnet.

Am 18. April demonstrierten in Mülheim an der Ruhr diszipliniert Arbeitslose und Notstandsarbeiter für eine einmalige Teuerungszulage; denn ihre Familien mußten infolge der Wucherpreise hungern. Als die Arbeiter ihren Unwillen zum Ausdruck brachten, stürmten separatistische Schlägerkolonnen und Achtgroschenjungen, geführt von Kriminalbeamten in Zivil, die trotz der offiziellen Anweisung der Schupo weiter Dienst taten,

aus dem Rathaus und schossen wild in die Arbeitslosendemonstration. Acht Tote hatten die Arbeiter zu beklagen.

Am 5. Mai wurden im Preußischen Landtag mit Hilfe der rechten SPD-Führung siebzehn kommunistische Abgeordnete mit Polizeigewalt aus dem Landtag entfernt.

Zur gleichen Zeit ermordeten die Faschisten in der Schweiz den Delegierten Sowjetrußlands auf der Lausanner Konferenz, Genossen Worowski.

Die Zentrale der KPD forderte die Berliner Arbeiter zu Protestdemonstrationen gegen die faschistische Gefahr auf. Rund 100 000 Arbeiter, davon über die Hälfte Sozialdemokraten, protestierten im Lustgarten gegen den Terror der Konterrevolution und die Aggressionsabsichten der Imperialisten gegen Sowjetrußland.

Während des ganzen Monats Mai fanden in Deutschland Streiks, Protestdemonstrationen und Hungerunruhen statt. Ende Mai wurde im Ruhrgebiet unter der Leitung der KPD ein gut organisierter Streik der Berg- und Hüttenarbeiter durchgeführt, an dem sich 400 000 Arbeiter beteiligten. Auf Grund von Provokationen der Faschisten kam es zu Straßenkämpfen. Sie nahmen in Gelsenkirchen, dem Sitz der Streikleitung, einen Umfang an, der an die Kapp-Tage erinnerte. Das Rathaus in Gelsenkirchen wurde von den streikenden Bergarbeitern unter Einsatz von Hundertschaften mit bewaffneter Gewalt gestürmt. Die Arbeiter waren die Herren der Stadt. Die französische Besatzungsbehörde trat an die Streikleitung heran mit dem Anerbieten, die Besatzungsmacht würde „der Einführung des Räterystems auf allen Schachtanlagen des Ruhrgebiets nicht entgegenstehen, falls die Räte sich verpflichteten, für die französische Regieverwaltung der Ruhrkohlschächte zu arbeiten“. Dieses Angebot wurde selbstverständlich abgelehnt.

Als der Streik seinen Höhepunkt erreicht hatte und die Frage der Ausbreitung auf ganz Deutschland stand, erschien die Trotzkin Ruth Fischer in der Bezirksleitung Essen, und in einer stürmischen Nachtsitzung, die stundenlang dauerte, gelang es ihr schließlich unter Beihilfe des damaligen ersten Sekretärs der Bezirksleitung Rheinland-Westfalen, einen Beschluß auf Einstellung des Streiks herbeizuführen. Ihr Hauptargument war, in

ganz Deutschland sei alles ruhig, sie käme gerade aus Schlesien, dort herrsche die Reaktion, das Ruhrgebiet würde allein bleiben und sich verbluten. Wie provokatorisch dieses Argument war, zeigte sich knapp einen Monat später im Juni, als in Schlesien mehr als 100 000 Berg- und Hüttenarbeiter streikten.

Es bedurfte gewaltiger Anstrengungen der Partei, die Ruhrbergarbeiter zur Einstellung des Streiks zu bewegen, denn sie waren absolut überzeugt, daß diese Streikbewegung sich bis zum entscheidenden Kampf um die Macht hätte ausbreiten lassen. An dieser Unzufriedenheit der Bergarbeiter änderte wenig die Tatsache, daß die wirtschaftlichen Forderungen, um die der Streik ursprünglich entbrannt war, im wesentlichen durchgesetzt waren.

Vier Wochen kämpften 120 000 Landarbeiter in Schlesien mit großer Entschlossenheit für ihre Rechte. Es war der größte geschlossene Kampf der Landarbeiter in der Nachkriegskrise. Der sozialdemokratische Oberpräsident Schlesiens, Zinner, setzte gegen die streikenden Landarbeiter Schutzpolizei und als Streikbrecher die Technische Nothilfe ein. Die Landarbeiter antworteten mit der Einstellung sämtlicher Notstandsarbeiten. Der Streik wurde durch die Gewerkschaftsbürokratie abgewürgt. Doch die Flamme brannte weiter. 150 000 Metallarbeiter streikten in Berlin. Die Landarbeiter von sechzig Gütern Schleswig-Holsteins legten die Arbeit nieder. In allen Teilen Deutschlands entbrannten Streiks: in Bielefeld, in Mitteldeutschland, Frankfurt am Main, Kassel, Königsberg, Breslau und im Rhein- und Ruhrgebiet.

Dem Rufe der KPD, am 29. Juli, dem Antifaschistentag, im ganzen Reiche gegen die faschistische Gefahr zu demonstrieren, folgten Millionen Arbeiter. Dieser Tag wurde ein Erfolg der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Der Partei gelang es unter der Leitung ihrer besten Kämpfer, wie Ernst Thälmann, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck, Fritz Heckert, Walter Ulbricht, Ernst Schneller, Wilhelm Florin und andere, trotz der Arbeit der Parteifeinde Brandler und seiner Clique den „passiven Widerstand“ in einen aktiven Kampf umzuwandeln, in einen Kampf, der sich gegen die deutsche und die französische Bourgeoisie richtete. Die revolutionäre Krise reifte in schnellem Tempo heran.

Die Cuno-Regierung setzte alle Kräfte gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung ein. Der Achtstundentag sollte fallen, die Zeitungen der KPD wurden verboten, die in der Weimarer Verfassung festgelegte Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit stand nur noch auf dem Papier. Ein Verbot löste das andere ab.

Am 11. August berief der Berliner Betriebsräteauschuß eine Vollversammlung ein. Ungeachtet der Sabotage der sozialdemokratischen Führer, die zum Boykott dieser Konferenz aufriefen, nahmen 2000 Delegierte an ihr teil.

Die Betriebsrätekonferenz beschloß, einen dreitägigen Generalstreik mit folgenden Forderungen durchzuführen:

1. Sofortiger Rücktritt der Cuno-Regierung.
2. Beschlagnahme aller Lebensmittel, um die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu sichern.
3. Sofortige offizielle Anerkennung der proletarischen Kontrollausschüsse.
4. Aufhebung des Verbots der proletarischen Hundertschaften.
5. Festsetzung eines Mindeststundenlohnes von 60 Pfennig in Goldwährung.
6. Einreihung aller Arbeitslosen in den Produktionsprozeß.
7. Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Demonstrationsverbots.
8. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.

Der Druck der Massen war so stark, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gezwungen war, einen Beschluß für den Rücktritt der Regierung Cuno und die Bildung einer neuen Koalitionsregierung zu fassen.

Der Generalstreik setzte mit solcher Wucht ein und nahm ein so gewaltiges Ausmaß an, daß schon am ersten Tage die Regierung Cuno hinweggefegt wurde. Gleich einem mächtigen Sturm erschütterte er das morsche Gebäude der Bourgeoisie. „Vom Moment des Sturzes der Cuno-Regierung an sprang der Funke des Bürgerkrieges durch Deutschland.“ (*Ernst Thälmann.*)

Mit den Stimmen der SPD wurde eine Regierung der „Großen Koalition“ unter Führung Stresemanns gebildet. Der neuen Regierung gehörten vier Sozialdemokraten an, darunter auch Hilferding. Der neue Regierungschef, Stresemann, erklärte offen,

„daß die Regierung auf einem Vulkan sitze und daß die Entscheidung in der Ruhrkrise die Entscheidung über die Frage ist, ob die Weltrevolution vom Osten nach Zentraleuropa übergreift oder nicht“.

Praktisch bedeutete die Koalition der Sozialdemokratie mit der Stinnes-Partei, daß sich die sozialdemokratischen Führer vor den Karren des deutschen Monopolkapitals spannen ließen. Wie immer in der Zeit der Weimarer Republik, holte auch diesmal die Bourgeoisie, als ihre Positionen bedroht waren, die Sozialdemokratie zu Hilfe.

Am 14. August wurde der Generalstreik abgebrochen. Die Opportunisten und Verräter in der Zentrale der KPD, Brandler, Thalheimer und andere, hatten ihm keine politisch klare Zielsetzung gegeben und nicht zur Errichtung der Arbeiterregierung aufgerufen.

Die Regierung Stresemann-Hilferding ging unverzüglich zur Offensive über. Die Unternehmer ließen aktive Teilnehmer des Generalstreiks verhaften. Viele revolutionäre Arbeiter wurden aus den Fabriken entlassen.

Am 23. September verkündete die Regierung die Einstellung des „passiven Widerstandes“. Angesichts der Revolutionierung der werktätigen Massen hatten sich die deutsche und die französische Bourgeoisie geeinigt.

Der sozialdemokratische Reichspräsident, Ebert, führte zur vollen Zufriedenheit der Unternehmer die Befehle aus. Am 13. Oktober erließ er das Ermächtigungsgesetz. Somit war der Achtstundentag gesetzlich aufgehoben. Der Schlichtungsausschuß in Essen kam am 19. Dezember 1923 zu dem Schiedsspruch, wonach die Arbeitszeit für einen Arbeiter am Koksofen im Wochendurchschnitt insgesamt 65 Stunden bei einer Höchstzeit von 74 Stunden, einschließlich sonntags, betrug. Die Arbeitszeit in den übrigen Betrieben sollte im Wochendurchschnitt auf 65 beziehungsweise 78 Stunden, einschließlich sonntags, erhöht werden.

Hiermit erklärten sich die Gewerkschaftsführer nicht nur einverstanden, sondern setzten sich sogar aktiv für die Verlängerung der Arbeitszeit ein. Sie waren genauso korrumpiert wie die SPD-Führung und hetzten ebenso gegen die KPD. Auf einer Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Ge-

werkschaftsbundes erklärte Brey als Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes:

„Nur die Kommunisten sind schuld, wenn die Arbeiter nicht willig die Arbeitszeitverlängerung hinnehmen.“

Die KPD stand an der Spitze des Kampfes für den Achtstundentag und für einen Friedenslohn. Gegen diesen Kampf wurden von den Monopolisten die Reichswehr und die Femeorganisationen eingesetzt. Reichswehr und Amerikaner hatten gute Beziehungen zueinander; das beweist das Beispiel, daß sich der Chef der politischen Abteilung des amerikanischen Oberkommandos in Kolberg Material beschaffte, mit dem er den französischen Ansprüchen begegnen konnte. Amerika wollte unbedingt einen Verbündeten in Europa haben, und das konnte nur das wiedererstarkende imperialistische Deutschland sein.

General von Seeckt verstand sehr gut, welche Rolle ihm die Amerikaner zugedacht hatten. Sein Plan war, mit Hilfe der Reichswehr und faschistischer Mordbanden die Arbeiter niederzuschlagen. Die alten Monarchisten manövrierten sehr geschickt. Unter dem Deckmantel der „Vaterlandsverteidigung“ und die Not der Werktätigen ausnutzend, warben sie hungernde Arbeiter als Söldner und bezahlten gut; denn Geld hatten sie für diese Zwecke genug. Allein der Monarchist Ehrhardt bekam 1923 20 000 Dollar für die Vorbereitung seiner Landsknechte auf den „Tag X“.

Diese Reichswehrpolitik wurde von der Sozialdemokratie gefördert. Schon im Februar 1923 hatten die Sozialdemokraten Ebert und Severing mit dem General von Seeckt ein Geheimabkommen zur Vergrößerung der Bürgerkriegsarmee beschlossen. Die ehemaligen Freikorpsbanden wurden zu einer festen militärischen Organisation zusammengeschlossen und die „Schwarze Reichswehr“ gebildet, denn die Hunderttausend-Mann-Reichswehr, die Deutschland im Versailler Vertrag zugebilligt worden war, reichte für die aggressiven Ziele nicht aus.

Internationale Solidarität

Die deutsche Arbeiterklasse stand in diesen großen Kämpfen gegen die deutsche und die französische Bourgeoisie nicht allein.

Vom ersten Tage des Kampfes wurde sie durch das internationale Proletariat in den verschiedensten Formen unterstützt.

Der Sieg der russischen Arbeiter und Bauern im Oktober 1917 und der siegreiche Abwehrkampf der Roten Armee gegen die Interventen hatte das internationale Proletariat zum Kampf für seine Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung mobilisiert. Dieser Kampfwille der Arbeiter war das Typische der revolutionären Nachkriegskrise in allen europäischen Ländern.

Am 6. und 7. Januar 1923 fand in Essen eine internationale Konferenz der kommunistischen Parteien statt. In dem Manifest der Konferenz heißt es:

„Arbeiter Europas!

Die Kommunistischen Parteien und die der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Gewerkschaften erklären ganz offen und eindeutig, was sie schon immer bekundet haben! Sie sind bereit, gemeinsam mit allen Arbeiterorganisationen für die gemeinsame Abwehr gegen die Bedrohung und die Gefahren der kapitalistischen Offensive und eines neuen Weltkrieges zu kämpfen! ¹

Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens, Belgiens, der Niederlande und der Tschechoslowakei protestierten auf dieser Konferenz gegen das Versailler Diktat und gegen den Einmarsch der französischen Truppen in das Ruhrgebiet. Das versetzte die Bourgeoisie so in Wut, daß das französische Kriegsministerium in einer Anklageschrift gegen die Kommunistische Partei Frankreichs die französischen Genossen des Landesverrats beschuldigte.

Der Kommunistische Jugendverband Deutschlands leistete in enger Zusammenarbeit mit der kommunistischen Jugend Frankreichs hervorragende Arbeit in den Reihen der französischen Soldaten. Seine Tätigkeit während des Ruhrkampfes war vorbildlich. Im ganzen Industriegebiet bis nach Düsseldorf klebten die Jugendlichen Zehntausende Plakate, in denen die französischen Soldaten zur Solidarität mit den deutschen Arbeitern aufgefordert wurden. Die kommunistische Jugend Frankreichs hatte gemeinsam mit der kommunistischen Jugend Deutschlands bewiesen, daß keine Grenzpfähle imstande sind, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zu hemmen.

¹ „Die Rote Fahne“ Nr. 6, 9. Januar 1923.

Die junge Sowjetmacht unternahm große Anstrengungen, um die kämpfenden deutschen Arbeiter zu unterstützen. Als einziges Land der Welt protestierte die Sowjetunion gegen den Raubzug des internationalen Kapitals. Die sowjetrussischen Arbeiter und Bauern unterstützten die deutschen Arbeiter mit Geld- und Lebensmittelspenden. Einen kleinen Einblick in die Hilfsaktion vermitteln uns nachstehende Zahlen:

Der Allrussische Gewerkschaftsrat spendete 100 000 Goldrubel. Die Bergarbeiter im Uralgebiet beschlossen, den Betrag einer Sonntagsarbeit in den Goldgruben, 3 Pfund Gold, ungefähr 50 Millionen Mark, zu spenden, der Allrussische Bergarbeiterverband den deutschen Berg- und Anilinarbeitern 10 000 Rubel. Die Arbeiter der Charkower Auto- und Lokomotiv-Werkstatt gaben laufend 2 Prozent ihres Arbeitslohnes. Das Zentralkomitee der Bergarbeiter stellte 160 Waggons Getreide zur Verfügung. Am 29. März 1923 wurden den deutschen Arbeitern 1400 Tonnen Roggen übergeben. Zwei weitere sowjetische Dampfer mit 2500 und 6000 Tonnen trafen kurz danach in Deutschland ein.

In Frankreich fanden Massenkundgebungen gegen die Ruhrbesetzung durch französische Truppen statt. Die Demonstrationen und Versammlungen der französischen Arbeiter waren der Ausdruck der engen Verbundenheit der deutschen und der französischen Arbeiter. Die KPD gab mit Hilfe der französischen Genossen eine Zeitung in französischer Sprache heraus.

Das Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe unterstützte durch Spenden die Arbeiter im Ruhrgebiet. Ob in London, Amsterdam, den Haag, Prag, Rom, Warschau oder Paris, die Arbeiter erkannten, wofür und warum in Deutschland gekämpft wurde. Sie unterstützten das deutsche Proletariat. Auf Initiative der revolutionären Betriebsrätebewegung wurden zwei internationale Kongresse in Frankfurt am Main abgehalten. Sie waren eine Stärkung des Kampfwillens des internationalen Proletariats.

Der Kampf im Ruhrgebiet hatte nicht nur eine nationale, sondern auch eine internationale Bedeutung. Aktiv unterstützte das internationale Proletariat die deutschen Klassengenossen, deren Sieg auch ihr Sieg war.

Die revolutionäre Krise im Herbst 1923

Aus Furcht vor der herannahenden revolutionären Krise hatte die Stresemann-Regierung vor Frankreich kapituliert und ihre gesamte Aufmerksamkeit auf die Unterdrückung der revolutionären Bewegung gerichtet.

Für die Arbeiterklasse gab es nur zwei Wege: entweder Duldung der Stresemann-Politik, das heißt Wiedererstarken des deutschen Imperialismus — Not, Elend, Versklavung und Krieg, oder Kampf für die soziale und nationale Befreiung und Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung, das heißt wirkliche Demokratie und Frieden.

In den Massen wuchs der Wille zum entscheidenden Kampf. Sie wollten nicht mehr in der bisherigen Weise leben. Mehr als 60 Prozent der Arbeiter waren Kurzarbeiter oder arbeitslos. Gegenüber der Vorkriegszeit waren die Lebenshaltungskosten am 23. August 1923 um das 1 548 871fache gestiegen. Um den Grundlohn von 60 Friedenspfennig zu erhalten, hätte der Stundenlohn 929 223 Mark betragen müssen. Eine Straßenbahnfahrt kostete 100 000 Mark. Für einen Tagesverdienst von 4 Mark vor dem Kriege, in Waren umgerechnet, mußte man Mitte September für dieselbe Warenmenge 58 Millionen Mark oder das 14,5-millionenfache aufbringen. Ein gelernter Arbeiter bekam aber im Höchsthalle in der Woche 126 Millionen Mark, für die er zwei Tage in der Woche leben konnte. Alles rechnete nur noch in Dollar. Der Dollar wurde der eigentliche Wertmesser. Er war der Faktor für die Preisbildung. So lenkten die amerikanischen Finanzhyänen ihre Geschäfte in Deutschland. 220 Millionen Mark hatten den Wert eines Dollars. Das steigerte sich in die Billionen und weiter. Der tägliche Dollarkurs wurde statt des Wetters zum Tagesgespräch. Im Herbst 1923 war der Höhepunkt der Krise erreicht. Das Gespenst des Hungers war bei den Werk-tätigen ständig zu Gast.

In dieser Situation forderten die klassenbewußten Arbeiter die Bewaffnung. Am 27. September erklärte Ebert den militä-rischen Ausnahmezustand, und die vollziehende Gewalt ging faktisch an Seeckt und seine Generäle über.

Ende September führten die Monarchisten in München eine

Parade durch. Einige Tausende ehemaliger Angehörige des „Bayerischen Leibregiments“ marschierten wieder im Stechschritt und bewaffnet durch die Stadt. Bayern war ein Hauptstützpunkt der Monarchisten. Ihr Führer Kahr, schon bekannt aus dem Kapp-Putsch, ernannte sich zum Generalstaatskommissar von Bayern und kümmerte sich sehr wenig um die Berliner Anordnungen — und Ebert war damit einverstanden. Aber nicht nur in Bayern, sondern auch bei den ostelbischen Junkern hatten sich seit 1918 die monarchistisch-faschistischen Banden gesammelt. Der 1. Oktober war für sie der „Tag X“. Es sollte mit dem faschistischen Terror in ganzer Breite begonnen werden. Abteilungen der „Schwarzen Reichswehr“ versuchten die Festung Küstrin zu besetzen, doch der Putsch wurde sehr schnell niedergeschlagen. Aber die deutschen Konzernherren setzten auf mehrere Karten. Nachdem sie sich mit dem internationalen Kapital geeinigt hatten, sollten die Arbeiter mit Waffen „zur Ordnung“ gerufen werden.

Im Rhein- und Ruhrgebiet erhoben in den letzten Septembertagen die Separatisten ihr Haupt und wurden dabei besonders von den französischen Kapitalisten unterstützt. 1919 hatte die Arbeiterklasse diesen Verrätern an der Nation die nötige Abfuhr erteilt, aber trotzdem versuchten sie es wiederum.

An der Spitze der Separatistenbewegung standen der Bankier Hagen, der Konzernvertreter Otto Wolff und der damalige Oberbürgermeister von Köln, Dr. Adenauer. Ihr Plan war, das Rhein- und Ruhrgebiet von Deutschland zu trennen und eine „Rheinische Republik“ zu bilden. Adenauer sagte auf einer Separatistenkundgebung in Köln folgendes: „Entweder wir kommen direkt als Pufferstaat zu Frankreich, oder wir werden eine westdeutsche Republik — ein Drittes gibt es nicht.“

In Düsseldorf sollte am letzten Sonntag des September 1923 in einer Riesenkundgebung auf den Rheinwiesen die „Rheinische Republik“ ausgerufen werden. Besprechungen, die auf Initiative der Kommunistischen Partei mit verschiedenen offiziellen Stellen, zum Beispiel mit den Oberbürgermeistern von Köln und Düsseldorf, stattfanden, mit dem Ziel, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen, um erstens zu verhindern, daß Separatisten in nennenswerter Zahl aus dem Rheinland nach Düsseldorf trans-

portiert wurden, und um zweitens in Düsseldorf die gesamte Bevölkerung zu einer machtvollen Gegenkundgebung auf die Beine zu bringen, blieben ergebnislos. Der Oberbürgermeister von Düsseldorf, unterstützt von sämtlichen bürgerlichen Fraktionen, wandte sich gegen jede aktive Gegenwehr. Die bürgerlichen Parteien beschlossen, die Bevölkerung aufzurufen, am Sonntag der Straße fern zu bleiben und die Separatisten „unter sich“ zu lassen. Sie erklärten in Aufrufen, dieser Septembersonntag müsse in Düsseldorf ein „toter“ Sonntag werden. Sozialdemokratische und Gewerkschaftsführer wichen zurück und unternahmen nichts.

Daraufhin übernahm die KPD unter der Führung von Walter Stoecker die Organisierung der Abwehr der separatistischen Umtriebe. Aus dem ganzen Ruhrgebiet wurden kleine bewaffnete Stoßtrupps nach Düsseldorf gezogen, die den Auftrag erhielten, die Ausrufung der „Rheinischen Republik“ unmöglich zu machen. Als mittags gegen 14 Uhr die Separatisten auf den Rheinwiesen versammelt waren und die Kundgebung beginnen sollte, griffen einige Stoßtrupps mit Handgranaten von der höher gelegenen Rheinuferstraße die versammelten Separatisten an. Einige wenige Handgranaten genügten, und die ganze Separatistenbande versuchte in völliger Auflösung und Panik, die Rheinwiesen zu räumen und in die Stadt zurückzukommen. Von einer Kundgebung oder Ausrufung der „Rheinischen Republik“ konnte keine Rede mehr sein.

In der Stadt dauerten die Kämpfe mit Polizei und französischen Besatzungstruppen bis zum späten Abend an, doch da die Arbeiter nur in kleinen, aber gut bewaffneten Trupps operierten, erlitten sie weder Verluste noch kam es zu Verhaftungen.

In Köln hatte die Partei auf Anweisung von Wilhelm Florin an einigen Stellen nördlich und südlich von Köln die Eisenbahnlinien gesperrt, so daß die gesamten Sonderzüge mit Separatisten, die aus dem südlichen Rheinland und dem Saargebiet nach Düsseldorf kommen sollten, bei Köln steckenblieben. Auch hier erlitten die Einsatztruppen der Partei keinerlei Verluste.

Trotz des Aufrufes der bürgerlichen Parteien, diesen Sonntag in Düsseldorf zu einem „toten“ Sonntag zu machen, waren an diesem Tag in Düsseldorf gewaltige Mengen von Arbeitern auf

der Straße, und zwar nicht nur Arbeiter aus Düsseldorf, sondern auch aus den nahe gelegenen großen Industriestädten. Sie hatten zum großen Teil Düsseldorf in stundenlangem Fußmarsch erreicht, da ihnen der Bahntransport an diesem Tage unmöglich gemacht war.

Mit Hilfe der französischen und der belgischen Bajonette versuchten die Separatisten dann in Aachen, Mainz, Wiesbaden und anderen Orten die „Rheinische Republik“ auszurufen. Ende Oktober bildeten sie die „Provisorische Regierung der Rheinischen Republik“.

Wie die Separatisten hausten, darüber berichtete später der Pfarrer Junkersfeld in der „Essener Allgemeinen Zeitung“ vom 2. Januar 1929:

„Das Dorf Höfel wurde von den Separatisten überschwemmt. Die Fenster und Türen in den Häusern wurden eingeschlagen, die Frauen und Kinder mit Schußwaffen bedroht. Es wurde geplündert, Gold- und Silbersachen geraubt, die besten Kleider mitgenommen, drei ältere Leute als Geiseln vor ihnen hergetrieben. Der ganze Ort war bald ein Bild der Verwüstung.“

Durch den mutigen Kampf der Bevölkerung wurden die Separatisten vertrieben. Vierzehn Tote ließen sie zurück. Der Verrat an der Nation war durch das geschlossene Auftreten der Arbeiterklasse mißlungen.

In der „Kölnischen Volkszeitung“ schrieb ein Zentrumsabgeordneter unter der bezeichnenden Überschrift „Klarer Wille“ folgendes:

„Heute wird der Ansturm der dunklen Helfershelfer der Sonderbündler von dem eindeutigsten Willen der Bevölkerung von rechts bis zur äußersten Linken glatt erledigt. In München-Gladbach standen die Kommunisten im Vordergrund der Befreier des Rathauses. Gelingt es nicht, in wenigen Wochen Arbeit, Brot und Geld zu schaffen, dann könnte es leicht der Fall sein, daß dieselben Kommunisten und andere wieder auf den Rathäusern erscheinen, aber nicht um zu befreien, sondern um zu diktieren. Wir gehen Hungerrevolten entgegen. Das törichte Experiment der Sonderbündler hat diese Entwicklung nicht hingehalten, sondern beschleunigt. Geben wir acht, daß uns die kommende Woge nicht in den Abgrund wirft.“

Das Ansteigen der Inflation ins Uferlose, die ungeheuren Repressalien gegen die Arbeiterklasse verstärkten in den Massen

den Willen zum Widerstand. Genosse *Ernst Thälmann* schilderte in seinen „Lehren des Hamburger Aufstandes“ die damalige Situation folgendermaßen:

„Vom Moment des Sturzes der Cuno-Regierung an sprang der Funke des Bürgerkrieges durch Deutschland. Schon vorher war an der Ruhr, in Hannover, in Oberschlesien, in Bayern und anderen Teilen Deutschlands geschossen worden. Jetzt wurde es mit jedem Augenblick klarer, daß eine friedliche Entscheidung nicht mehr möglich war. Der erbarmungslose, gewaltsame Kampf zwischen Klasse und Klasse wurde unvermeidlich, aus den Streiks wurden Zusammenstöße, aus den Kundgebungen wurden blutige Kleinkämpfe zwischen Arbeitern und Polizei in Dutzenden deutscher Städte. Es kam der Augenblick, von dem Lenin in seinen ‚Lehren des Moskauer Aufstandes‘ im Jahre 1906 sprach: Es zeigte sich, ‚daß sich der Generalstreik als selbständige und Hauptkampfform überlebt hat, daß die Bewegung mit elementarer, unwiderstehlicher Kraft diesen engen Rahmen durchbricht und eine höhere Kampfform, den Aufstand gebiert‘.

Diesem Augenblick näherten wir uns im Oktober 1923 mit unheimlicher Schnelligkeit. Eine unmittelbar revolutionäre Situation war vorhanden.“¹

Nach der Einschätzung der Kommunistischen Internationale waren im Oktober 1923 die objektiven Voraussetzungen für den revolutionären Kampf um die Macht der Arbeiterklasse gegeben. Genosse *Stalin* sagte über die revolutionäre Situation Deutschlands im Herbst 1923:

„Im Juli oder Anfang August 1923 bestand in Deutschland noch nicht jene tiefe revolutionäre Krise, die Millionenmassen auf die Beine bringt, das Paktierertum der Sozialdemokratie entlarvt, die Bourgeoisie vollends desorganisiert und die Frage der sofortigen Machtergreifung durch die Kommunisten auf die Tagesordnung setzt. Natürlich konnte bei der Lage im Juli-August in Deutschland keine Rede sein von einer *sofortigen* Machtergreifung durch die Kommunisten, die noch dazu in den Reihen der Arbeiterklasse in der *Minderheit* waren . . .

Aber zwei Monate später vollzieht sich in Deutschland eine schroffe Veränderung der Lage in der Richtung, daß sich die revolutionäre Krise verschärft. Poincaré unternimmt einen militärischen Angriff auf Deutschland; die Finanzkrise in Deutschland nimmt katastrophalen Charakter an; innerhalb der deutschen Regierung beginnen Zerfall und ständiger Ministerwechsel; die revolutionäre Welle steigt und droht die Sozial-

¹ „Die Rote Fahne“ Nr. 245, 23. Oktober 1925.

demokratie zu sprengen; es beginnt ein Massenübertritt der Arbeiter von der Sozialdemokratie zu den Kommunisten; die Frage der Macht ergreifung durch die Kommunisten tritt auf die Tagesordnung.“¹

Vor der KPD stand die geschichtliche Aufgabe, den Massen den revolutionären Ausweg aus der Krise zu zeigen, in Teilkämpfen die Aktionseinheit zu schmieden, die Mehrheit der Arbeiterklasse und große Teile der werktätigen Bauern zu gewinnen, gleichzeitig die Bewaffnung der Hundertschaften zu organisieren und den Aufstand zum Sturze der Regierung Stresemann und für Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung vorzubereiten.

Die Zentrale der KPD hatte den Beschluß zur Bildung eines Ständigen Militärischen Rates gefaßt, dessen Vorsitz Genosse Ernst Schneller übernahm und zu dessen ständigen Mitgliedern unter anderen Genosse Walter Ulbricht gehörte. Unter Führung der Partei gingen die fortschrittlichen Arbeiter noch entschlossener an die Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften, denn die Aktionen von Kahr in Bayern, die Aktionen der „Schwarzen Reichswehr“ und der Separatisten in ganz Deutschland zur Unterdrückung der Arbeiterklasse stellten diese Frage auf die Tagesordnung.

Der Militärische Rat der KPD organisierte die Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften. Aus Suhl, Pirna, Chemnitz und Potsdam wurden Waffen beschafft. Die Arbeiter aus Suhl leiteten einige Waffenlieferungen, die für die reaktionären Mordbanden gedacht waren, zu den Verteilerstellen der KPD. Ein Teil der Waffen wurde gekauft. Einige Soldaten der Potsdamer Regimenter unterstützten die Bewaffnung der Arbeiter. In Chemnitz konnte durch die Wachsamkeit der Eisenbahner auf dem Güterbahnhof ein großer Schuppen voller Kisten mit Gewehren und Munition, die für die Separatisten bereitgestellt waren, entdeckt und die Waffen abtransportiert werden. In Koffern transportierten die Genossen Sprengstoffe aus einem Lager in Berlin-Charlottenburg zu wichtigen Verkehrsknotenpunkten in Mitteldeutschland. In Hamburg organisierten die Seeleute und Hafener-

¹ J. W. Stalin, Werke, Bd. 10, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 54/55.

arbeiter unter der Leitung des Genossen Ernst Thälmann die Bewaffnung.

Dabei bestand jedoch folgender Mangel: Der Beschluß der Zentrale, die proletarischen Hundertschaften zu bewaffnen, wurde als Angelegenheit einer konspirativen Gruppe betrachtet. Den Arbeitern in den proletarischen Hundertschaften wurde nicht die Aufgabe gestellt, die Selbstbewaffnung durchzuführen.

Der Militärische Rat hatte wohl erkannt, worin der Fehler bestand, doch hatte man eine Trennung der politischen Führung von der militärischen Vorbereitung vorgenommen. Der Militärische Rat beschränkte sich hauptsächlich auf die Waffenbeschaffung, auf Fragen des Eisenbahnverkehrs und dergleichen. Er verfügte wohl über einen Kampfplan, doch hatte dieser den Fehler, daß er sich im wesentlichen auf Mitteldeutschland beschränkte und nur die Stilllegung der Eisenbahntransporte nach Sachsen und Thüringen vorsah. Ein gewisser Schwerpunkt war Hamburg, aber das Ruhrgebiet und Berlin wurden unterschätzt.

Brandler, der darauf aufmerksam gemacht wurde, daß man dazu übergehen müßte, die Ruhrarbeiter zu bewaffnen, antwortete immer: „Die Ruhrarbeiter sind bewaffnet und können sich selbst bewaffnen.“

Die „Arbeiterregierungen“ in Sachsen und in Thüringen

In Sachsen und in Thüringen waren die objektiven Voraussetzungen vorhanden, um einen Brückenkopf für den siegreichen Kampf der Arbeiterklasse zu schaffen. In Sachsen waren mehr als ein Drittel aller proletarischen Hundertschaften konzentriert. Die sächsischen Arbeiter hatten durch ihr geschlossenes Auftreten der Bourgeoisie schon einige Zugeständnisse abgezwungen. Die Regierung bestand aus Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokraten übten im Sächsischen Landtag ihren Verrat mit einer ganz besonderen Raffiniertheit aus. Die sächsische Regierung mit Zeigner an der Spitze erließ einige Gesetze zur Durchführung von Reformen, um die revolutionären Massen zu beruhigen und sie vom Kampf um die Macht abzulenken.

Die Arbeiter erzwangen jedoch durch ihren einheitlichen Kampf eine „Arbeiterregierung“, das heißt eine Koalition der

„linken“ Sozialdemokraten und Kommunisten. Daraufhin wurde eine ähnliche Koalitionsregierung in Thüringen gebildet. Die revolutionären Massen erwarteten von den kommunistischen Ministern entschlossene Aktionen. Aber statt die richtige Politik der Kommunistischen Internationale in der Frage der Einheitsfrontpolitik durchzuführen, statt die Massen zum Kampf zu mobilisieren, Massendemonstrationen und Streiks zu organisieren, das Proletariat zu bewaffnen und die Bourgeoisie zu entwaffnen sowie die Kontrolle der Produktion zu übernehmen, praktizierten Brandler und seine Clique eine verräterische Politik.

Schon Ende August 1923, als unter der Leitung des Genossen Ernst Thälmann eine Parteikonferenz des Bezirks Wasserkante mit der Forderung an das ZK der Partei herantrat, der Partei die Richtlinien zur Vorbereitung des unmittelbaren bewaffneten Kampfes um die politische Macht zu geben, schrieb Brandler an Genossen Ernst Thälmann folgenden frechen Brief:

„Wenn Sie mit dem Geschwätz über die Diktatur nicht sofort aufhören, werden Sie aus den Reihen der Partei ausgeschlossen.“¹

Brandler und Thalheimer versuchten mit allen Mitteln, der Partei ihre opportunistische Politik aufzuzwingen. Obwohl die Brandler-Gruppe keine Mehrheit im Zentralkomitee hatte, war es ihr infolge des Verhaltens der versöhnlerisch eingestellten ZK-Mitglieder und der ungenügenden Erfahrungen der anderen Mitglieder der Parteiführung möglich, ihre schädliche Politik durchzusetzen.

Die Mitglieder der Zentrale der KPD, die in die sächsische Regierung eintraten, verwandelten sich in bürgerliche Minister, die erklärten, „daß sie die Verantwortung ausschließlich vor dem Landtag und der Verfassung tragen“.

Genosse Dimitroff charakterisierte diese opportunistische Politik in seiner Rede auf dem VII. Weltkongreß treffend, als er sagte:

„Der Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung zusammen mit den linken Sozialdemokraten (Zeigner-Gruppe) war an und für sich kein Fehler. Im Gegenteil, dieser Schritt wurde durch die revolu-

¹ „Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“, Bd. 1, S. 246.

tionäre Situation in Deutschland vollauf gerechtfertigt. Aber die Kommunisten, die sich an der Regierung beteiligten, hätten die Position vor allem zur *Bewaffnung des Proletariats* ausnützen müssen. Sie haben das nicht gemacht. Sie haben nicht einmal eine einzige Wohnung der Reichen beschlagnahmt, obwohl die Wohnungsnot der Arbeiter so groß war, daß viele mit Frau und Kind kein Obdach hatten. Sie unternahmen auch nichts, um die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter zu organisieren. Überhaupt verhielten sie sich wie *gewöhnliche* parlamentarische Minister ‚im Rahmen der bürgerlichen Demokratie‘. Das war, wie bekannt, das Resultat der opportunistischen Politik Brandlers und seiner Gesinnungsgenossen. Das Endergebnis war ein solcher Bankrott, daß wir auch heute gezwungen sind, die sächsische Regierung als klassisches Beispiel dafür anzuführen, wie sich Revolutionäre in der Regierung *nicht* verhalten dürfen.“¹

Genosse Dimitroff erinnerte weiter daran, daß bereits Lenin die kommunistischen Parteien aufgefordert hatte, die ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, „*Formen des Überganges oder des Herankommens* an die proletarische Revolution ausfindig zu machen“. Der grundlegende Fehler der Genossen des Zentralkomitees, die nicht der Brandler-Gruppe angehörten, bestand darin, daß sie diese Frage nicht genügend beherrschten und noch nicht gelernt hatten, die Hinweise Lenins in „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ im Leben anzuwenden.

Durch das opportunistische Verhalten der kommunistischen Minister wurde die revolutionäre Bewegung gelähmt, entscheidende Aktionen wurden verhindert, und die Reichsregierung hatte leichtes Spiel bei der Zerschlagung der sächsischen und der thüringischen sogenannten Arbeiterregierungen. Die konterrevolutionäre Bourgeoisie konnte ihr blutiges Treiben in Ruhe vorbereiten. Ohne auf Widerstand zu stoßen, zogen die Reichstruppen am 21. Oktober in Leipzig ein. General Müller hatte vorher die Truppen der Reichswehr und der Polizei zusammengezogen, um die strategisch wichtigsten Punkte Sachsens zu besetzen.

Erst als am 21. Oktober die Truppen des Generals Müller in Leipzig einrückten, fand in Chemnitz eine Betriebsrätekonferenz

¹ G. Dimitroff, „Probleme der Einheits- und Volksfront“, Moskau 1938, S. 59.

statt. Die Delegierten, überwiegend revolutionär eingestellt, verlangten die Ausrufung des Generalstreiks, der als Signal für den Beginn des Kampfes dienen sollte. Die „linken“ SPD-Führer dagegen verlangten, daß die Frage des Generalstreiks von der Tagesordnung gesetzt werde, da sie sonst die Konferenz verlassen würden. Der Agent Brandler stimmte zu, anstatt sich an die Spitze der Konferenz, auf der Kommunisten und revolutionäre Betriebsräte die Mehrheit hatten, zu stellen und den revolutionären Weg zu beschreiten.

Der Hamburger Aufstand unter Führung Ernst Thälmanns

Auf dem dunklen Hintergrund der prinzipienlosen Kompromißpolitik und der schmachvollen Kapitulation der Brandler-Clique tritt der heroische Kampf der Hamburger Arbeiter leuchtend hervor. Die KPD zählte in Hamburg 18 000 Mitglieder. Die Kader der Hamburger Kommunistischen Partei waren von Genossen Thälmann im Geiste des Marxismus-Leninismus erzogen. Durch den unversöhnlichen Kampf gegen alle Abweichungen, den Genosse Thälmann führte, war in Hamburg eine Kampforganisation geschaffen worden, die politisch und militärisch auf den Aufstand vorbereitet war.

Als die Hamburger Arbeiter erfuhren, daß die Reichswehr nach Sachsen marschieren sollte, steigerte sich die Kampf Stimmung um ein Vielfaches. Am 20. Oktober 1923 kam es in Hamburg zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Arbeitern. In dieser gespannten Atmosphäre zeigte sich, daß auch viele Kleinbürger und in einigen Fällen sogar die Polizei mit den demonstrierenden Arbeitern sympathisierten. Als am 22. Oktober die Nachricht eintraf, daß die Reichswehr in Sachsen einrückt, legten die Hafen- und Werftarbeiter sofort die Arbeit nieder. In der Nacht vom 22. zum 23. Oktober wurde der Aufruf des Reichsbetriebsräteausschusses, der der Hamburger Parteiorganisation von der Zentrale zugestellt worden war, verteilt. Der Ausschuß forderte die Arbeiterklasse Deutschlands zum Generalstreik, zum Aufstand gegen die Offensive der Reaktion und gegen die Militärdiktatur auf. Im Aufruf wurde betont,

„daß jede Verzögerung dem Tode gleichkommt und es unbedingt notwendig ist, den Kampf gleichzeitig im ganzen Lande zu beginnen, weil der isolierte Kampf der Arbeiter in Mitteldeutschland zur Niederlage führen kann. Es wird nicht die Wiederholung der Novemberrevolution 1918 sein. Die entscheidende Stunde ist gekommen. Eins von beiden: Entweder rettet das werktätige Volk Mitteldeutschland, verwandelt Deutschland in eine Arbeiter- und Bauernrepublik, welche ein Bündnis mit der Sowjetunion schließt, oder es kommt eine ungeheure Not.“

Nach wenigen Stunden schon war der größte Teil der Betriebe stillgelegt. Die Aktion wurde von Genossen Ernst Thälmann geleitet. Massendemonstrationen fanden in ganz Hamburg statt. Im Hamburger Arbeiterviertel Barmbeck war die Lage besonders gespannt. Alles wartete nur auf das Zeichen zum Losschlagen. In den Hauptstraßen sammelten sich bis spät in die Nacht hinein immer mehr Menschen. Die Polizei war machtlos. Ihre Versuche, die Arbeiter mit Gewalt auseinanderzutreiben, scheiterten an dem geschlossenen Auftreten der Demonstranten.

Die Hamburger Parteiorganisation hatte sich einen sogenannten Ordnerdienst (OD) geschaffen, der den militärischen Kern der proletarischen Hundertschaften bildete. Die Ausbildung dieses Ordnerdienstes war vorbildlich. Seine Mitglieder waren im Umgang mit Waffen vertraut und kannten die Grundregeln des Straßenkampfes. Am 22. Oktober nachts beschloß die Bezirksleitung der KPD Wasserkante den Aufstand für den 23. Oktober, 5 Uhr früh. Es wurde der Beschluß gefaßt, mit der Erklärung des Eisenbahnerstreiks zu beginnen, um die Transporte nach Sachsen zu verhindern.

Der beschlossene Aufstandsplan war nach der Schilderung eines Teilnehmers in der Hauptsache folgender:

- a) Der Aufstand beginnt durch ein plötzliches Losschlagen der bewaffneten Arbeiterabteilungen in den Arbeitervierteln der Stadt, wobei in erster Linie die Waffenlager zu besetzen sind;
- b) Entwaffnung der Polizei und Faschisten in den Arbeitervororten;
- c) gleichzeitige Zusammenziehung der bereits bewaffneten Arbeiterabteilungen, die durch Massendemonstrationen aus den Vororten nach der Innenstadt zu decken sind, und Zurückdrängung des Gegners (Polizei und Faschisten im Stadtzentrum) nach Süden (an den Fluß, dessen Brückenübergänge schon vorher von den Ar-

beitern zu besetzen sind) und hier endgültige Entwaffnung des Gegners;

- d) Besetzung des Post- und Telegrafenamtes, der wichtigsten Bahnhöfe des Stadt- und Fernverkehrs, des Flugplatzes und der anderen wichtigsten Objekte, noch bevor die Abteilungen aus den Vorstädten nach dem Stadttinnern ziehen, durch die in diesen Vorstädten befindlichen Kräfte der Partei;
- e) um die Heranziehung von auswärtigen Verstärkungen durch den Gegner zu unterbinden, ist vorgesehen, ihn auf den Hauptstraßen, die voraussichtlich für ihren Nachschub in Frage kommen würden, in einen Hinterhalt zu locken. Mit der Organisation des Angriffs aus dem Hinterhalt und der Vernichtung der Wege im Umkreis von 25 Kilometern werden die Kräfte der Ortsorganisationen der nächstliegenden Arbeiterstädtchen und -siedlungen beauftragt. Die Organisationen von Harburg, Wilhelmsburg, Utersen und Stade sollen den Schiffsverkehr auf der Elbe sperren.“

Im Verlaufe des Aufstandes waren die Kämpfe im Arbeitervorort Barmbeck die entscheidendsten. Sie standen unter der direkten Leitung des Genossen Thälmann. Da hier die Arbeiter nur 19 Gewehre und 27 Pistolen besaßen, war die Frage der Bewaffnung für den Sieg ausschlaggebend. Genosse Thälmann entwarf einen Aktionsplan. Erst sollten die 20 vorhandenen Polizeiwachen gestürmt werden, um sich Waffen zu beschaffen. Mit einem Gewehr und zwei Pistolen ausgerüstet, begaben sich die einzelnen Kampfgruppen zu ihren Objekten. Nach der Entwaffnung der Polizeiwachen sollte die Wandsbeker Kaserne, die mit 600 Mann Polizei belegt war und über sechs Panzerautos verfügte, gestürmt werden.

Um 5.30 Uhr hatten die Kampfgruppen 17 Polizeiwachen entwaffnet. Rund 170 Gewehre und eine Menge Munition waren das Ergebnis des überraschenden Angriffs der Arbeiter. Drei Wachen konnten durch das Versagen und undisziplinierte Verhalten einiger Kampfgruppenführer nicht entwaffnet werden. Die Wandsbeker Kaserne wurde alarmiert, die Wachen erhielten sofort Verstärkung, und der Sturm auf die Kaserne wurde verhindert.

Ein großer Teil der Genossen, die nicht bei der Entwaffnung der Polizeiwachen eingesetzt waren, wurde von Genossen Thälmann nach den Stadtbahnhöfen, Betrieben und Werften entsandt,

um den Generalstreik auszurufen und die Arbeiter für den Kampf zu gewinnen. Diese Aktion gelang. Alle Verkehrsmittel standen still. Viele Arbeiter zogen geschlossen durch Hamburg, um ihre kämpfenden Klassenbrüder zu unterstützen. Um 7 Uhr wurde vom Genossen Thälmann der Befehl zum Barrikadenbau gegeben, der sofort von den Arbeitern aufgegriffen wurde. Große Teile der arbeitenden Bevölkerung, besonders der Frauen, beteiligten sich. Die Arbeiterfrauen und die Jugendlichen vollbrachten ungeheure Leistungen und trugen durch ihre Aktivität entscheidend zur Aufrechterhaltung des heldenhaften Widerstandes bei.

Entschlossen kämpften die Mädchen und Jungen des Kommunistischen Jugendverbandes. Sie waren Verbindungsleute zwischen den Barrikaden und versorgten die Kämpfer mit Munition. An der Spitze dieser Kämpfer stand Genosse Willi Bredel. Mit ungeheurem Mut kämpften die Arbeiter, ganz gleich, ob Mitglieder der KPD, der SPD oder Parteilose, Schulter an Schulter. Sie verstanden es, die wenigen Waffen so einzusetzen, daß sie der Polizei einen heißen Empfang bereiten konnten.

Die Kampfgruppen postierten sich auf Häuserdächern und in den Wohnungen. So waren sie in der Lage, die ganze Straßbreite mit wenigen Waffen zu beherrschen. Die Polizei richtete ihr Hauptaugenmerk auf die Barrikaden, wo sie die Massen der Verteidiger vermutete, während dort in Wirklichkeit nur einzelne Scharfschützen standen.

Die Kampfgruppen führten unerwartete Angriffe aus. Diese überraschenden Angriffe der Kampfgruppen spielten in den Hamburger Kämpfen eine entscheidende Rolle. Der Kampf in Barmbeck, also dem nördlichen Teil Hamburgs, blieb jedoch isoliert, weil der Verräter Urbahns den Beschluß der Chemnitzer Tagung: „Der Kampf wird verschoben“ in Hamburg als Direktive herausgab, obwohl bereits gekämpft wurde.

In der Nacht vom 23. zum 24. Oktober fanden keine größeren Kampfhandlungen statt. Die Polizisten waren trotz mehrmaliger Befehle ihrer Offiziere nicht zum Angriff zu bewegen, denn die Arbeiter hatten durch ihre Taktik am Tage bewiesen, daß die Polizei auch mit Panzerautos nicht in der Lage war, die Barrikaden zu stürmen. So wurde zum Beispiel ein Panzerwagen

durch den mutigen Einsatz eines Scharfschützen kampfunfähig gemacht. In einem anderen Falle fuhren zwei Panzerautos auf eine Barrikade zu. Die Arbeiter errichteten blitzschnell im Rücken der Wagen eine weitere Barrikade. Dadurch wurden die Wagen eingeschlossen und für eine gewisse Zeit kampfunfähig gemacht.

Trotz der verräterischen Direktive Urbahns', den Kampf einzustellen, demonstrierten die Arbeiter in Hamburg und jagten die opportunistischen Gewerkschaftsführer aus dem Gewerkschaftshaus.

Am zweiten Tage des Kampfes erhielt die Polizei Verstärkung. 500 Mann Lübecker Polizisten, der Kreuzer „Hamburg“ und zwei Torpedoboote wurden entsandt. Zur Unterstützung der reaktionären Horden kreisten Flugzeuge über Barmbeck. Eine Abteilung der Matrosen weigerte sich, am Kampf gegen die Arbeiter teilzunehmen.

Rund 6000 Mann Polizei und Militär, mit schweren Waffen ausgerüstet, versuchten Barmbeck zu stürmen. 300 entschlossene Arbeiter mit wenig Munition leisteten den reaktionären Horden hartnäckigen Widerstand. Als Genosse Thälmann feststellen mußte, daß er isoliert mit den Hamburger Arbeitern kämpfte, gab er Befehl zum geordneten Rückzug.

Drei Tage und drei Nächte hatten die Arbeiter in Barmbeck einen heroischen Widerstand geleistet. Der Aufstand wurde auf Beschluß der Partei abgebrochen, da durch den Verrat der Brandler-Clique der Hamburger Kampf isoliert blieb. Die bewaffneten Kampfgruppen des Hamburger Proletariats zogen sich in musterhafter Disziplin zurück. Genosse Thälmann setzte seine Arbeit fort; er blieb illegal in Hamburg.

Der Hamburger Aufstand hat historische Bedeutung. Er zeigte, daß die Bereitschaft der deutschen Arbeiter, unter der Führung der KPD für die soziale und nationale Befreiung des werktätigen Volkes zu kämpfen, vorhanden war. Genosse Thälmann und seine Kämpfer bewiesen durch die Tat, daß bei einer richtigen militärischen und politischen Führung die Arbeiterschaft auch an Zahl und Ausrüstung überlegene Gegner erfolgreich bekämpfen kann, wenn sich die Partei die Lehren und Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zunutze macht.

Der Hamburger Aufstand gehört daher zu den stolzesten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, lehrt er uns doch, daß eine einheitlich handelnde Arbeiterklasse unter der Leitung einer bolschewistischen Partei alle Aufgaben meistern kann.

Die Moskauer „Prawda“ brachte am 7. November 1923 unter dem Titel „Der heldenhafte Kampf der Hamburger Arbeiter“ folgenden Bericht:

„Niemals und nirgends beobachtete ich ein so mitfühlendes Verhalten der Bevölkerung zu den kämpfenden Genossen wie diesmal.

Es ist gar nicht nötig, von den Arbeitern zu sprechen. Ja, auch die Bürgerlichen, der kleine Kaufmann, der Beamte, Leute der freien Berufe, alle verhielten sich mit offensichtlichem Mitgefühl zu den Helden, welche in den Schützengräben hinter den Barrikaden lagen.

Sie versorgten die Kämpfer, teilten ihnen verschiedene Nachrichten über das Vorrücken des Feindes mit. Die Inhaberin eines kleinen Ladens drängte sich trotz Lebensgefahr durch die Kampfzone, brachte 120 Patronen und übergab sie einem bekannten Kommunisten.

Die parteilosen Frauen waren die hauptsächlichen Erbauer der Barrikaden. Sie waren es, die uralte Bäume fällten, das Pflaster auf-rissen, die Schützengräben gruben, die Werkzeuge für all diese Arbeiten beschafften.

Ich bin persönlich in diesen Tagen sehr viel in der Stadt umhergegangen, um die Gespräche zu hören, zu fliegenden Kundgebungen, und nirgends, in keinem einzigen Falle habe ich ein einziges Wort des Vorwurfs an die Adresse der Kommunisten gehört, mehrmals hörte ich jedoch, wie Leute vor Freude außer sich waren, als sie von den Heldentaten dieser jungen Menschen erzählten. Ich kam zu einer Gruppe von gutgekleideten Menschen, und hier sagte man: „Kann man denn diese Menschen verurteilen?“

Nach zwei Jahren, am 23. Oktober 1925, zog Genosse *Ernst Thälmann* in der „Roten Fahne“ die Lehren aus dem Hamburger Aufstand. Er schrieb unter anderem:

„Die proletarische Revolution hat mehr als eine blutige Niederlage ertragen. Sie ist niemals daran verblutet. Sie ist stärker, stolzer, entschlossener weitergeschritten. Die Pariser Kommune wurde niedergetreten. Die russische Revolution von 1905 endete an den Galgen des Zaren, in den Kerkern, in Sibirien. Und sie erwachte trotzdem aufs neue! *Auch Hamburg ist nicht tot, sondern Hamburg ist unbesieglich.* Neue Aufstände des Proletariats, neue Siege der Konterrevolution sind